hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig Mai 1992

Herausgeber:
Arbeitskreis
Hochschul-
politische
Öffentlichkeit

5/92

THEMEN:

Kirchliche Hochschulen
zwischen Nische und Fusion

BdWi-Frühjahrsakademie

Wissenschaft Ost 1989/90 Teil I

AUTOREN:

Mau * Kähler * Onnasch
Okun / Poldrack * Pasternack
Dahme / Haberlandt
Adling * Tews * Woyke * Maeß
u.a.

Editorial

Im Zuge der zahlreichen Hochschulintegrationsprozesse in den ostdeutschen Bundesländern gerieten auch die Kirchlichen Hochschulen etwas stärker ins öffentliche Interesse. Dieses ist grundiert von einer verbreiteten Unkenntnis darüber, was das eigentlich für Hochschulen sind, und worin ihre Besonderheiten bestanden, die eine Fortexistenz nun als nicht mehr so notwendig erscheinen lassen - zumindest in den Augen der Entscheidungsträger. Wir haben deshalb jeweils einen Professor von den drei Kirchlichen Hochschulen - Leipzig, Naumburg und Ost-Berlin - gebeten, seine Sicht der Geschichte dieser quasi als Subsystem des DDR-Hochschulwesens existierenden Schulen und seine Sicht auf die Gegenwart der Integration in Universitätsfakultäten zu formulieren. Die daraufhin entstandenden Artikel liefern aus einem spezifischen Blickwinkel auch interessante Einblicke in DDR-Geschichte und dabei insbesondere das Staat-Kirchen-Verhältnis.

Vom 10.-12.April d.J. führte der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), dem seit 1990 auch Studierende angehören können, seine zweite Frühjahrsakademie für Studierende durch. Der Ort der Veranstaltung lag im Osten - Windischleuba bei Altenburg bei Leipzig -, das Thema kam aus dem Osten: "Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem `Ende des Sozialismus´. Ihre Chancen zwischen Kritik an der und Integration in die soziale Marktwirtschaft", und wir publizieren zwei der dort von ostdeutschen Referenten vorgestellten Thesenpapiere.

Mit einer kommentierten Dokumentation beginnen wir eine thematische Artikelserie: Zwei Mitinitiatoren und Beteiligte der Arbeitsgruppe Wissenschaft des Zentralen Runden Tisches der DDR stellen die Aktivitäten dieser AG vor. Damit beginnen wir die Veröffentlichung einer Reihe von Artikeln zum Thema Wissenschaft Ost 1989/90, verfaßt von damals beteiligten Akteuren. Das Jahr zwischen der herbstlichen Systemimplosion 1989 und dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit am 3. Oktober 1990 war eine Phase, in der es gravierende Veränderungen im DDR-Wissenschafts- und Hochschulsystem gab bzw. solche Veränderungen angelegt wurden. Die Resanz der Ereignisse ließ kaum Zeit zu einer tiefgründigen Reflexion der ablaufenden Prozesse. Aus dem Abstand von etwa zwei Jahren könnten sich nun jedoch die Entwicklungen dieser Monate mit einem objektivierenden Blick betrachten und bewerten lassen. Die Erfahrungen dieser Zeit jedenfalls sollten u.E. nicht verloren gehen. Ergänzen werden wir die in den kommenden Heften zu veröffentlichenden Artikel mit der Publikation von Zeitzeugnissen.

IMPRESSUM
hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland
Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StudentInnenRat der Universität Leipzig, PSF 920, O-7010 Leipzig, Tel. 719 22 61, Uni-Fax 209 325
Verantwortlich: Peer Pasternack.
Redaktion: Dirk Behr, Frank Geißler, Monika Gibas, Erika Jäger, Matthias Middell, Peer Pasternack.
hso erscheint monatlich.
Schutzgebühren: Einzelheft 5,- DM (ostdeutsche PrivatbezieherInnen 3,- DM), Jahresabo (12 Ausgaben) 55,- DM (ostdeutsche PrivatbezieherInnen sowie Studierende jeder Herkunft 33,-, in der akademischen/ studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende 20,- DM).
Mitarbeit aller Art ist erwünscht. Insbesondere zum Schreiben von Artikeln und LeserInnenbriefen wird ermuntert. - Selbstverständlich geben die Artikel nicht in jedem Fall Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wider.
Nachdruck mit Quellenangabe ("aus: `hochschule ost`, Leipzig, Nr. ...") gestattet. Belegexemplar erbeten.

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

INHALT

THEMA I: Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion

Christoph Kähler:
Kirchliche Hochschulen in der DDR 3
Rudolf Mau:
Vom Hinterhof ins Herz der Hauptstadt.
Der Beitrag des "Sprachenkonvikts" zur Erneuerung der Theolgischen Fakultät der HUB 11
Martin Onnasch:
Kirchliche Hochschule in Naumburg 24

THEMA II: BdWi-Frühjahrsakademie

Bernd Okun / Horst Poldrack:
Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem "Ende des Sozialismus".
Perspektiven sozial- und geisteswissenschaftlichen Studiums im Spannungsfeld von Anpassung und Kritik an soziale(r) Marktwirtschaft 31
Peer Pasternack:
Das ostdeutsche Hochschul- und Wissenschaftssystem im Umbruch: 1989 - 1992

THEMA III: Wissenschaft Ost 1989/90 Teil I 44

Christian Dahme / Helmut Haberlandt:
Arbeitsgruppe "Wissenschaft" des zentralen Runden Tisches 45

BERICHTE
D.Dohnke/G.Groß/Ch.Melis/G.Redies: Ergebnisse einer soziologischen Begleitanalyse zur Auflösung und Umstrukturierung der ehemaligen AdW-Institute 60
Michael Globig: Die Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern 65
Wilfried Adling: Droht Sachsens Kunsthochschulen der Verschleiß? 69
Hendrik Tews: Was bleibt nach dem Sächsischen Hochschulstrukturgesetz noch übrig? 72
Deutsch-italienisches Symposium zur Reform der Ost-Hochschulen 73
Ralf Possekel: Tagung "Universities, Unification & Reform" in Harvard 75
Wichard Woyke: Zwischenbilanz: Als Wessi-Professor in Ossi-Land 79
Gerhard Maeß: Eröffnungsansprache zur HRK-Jahresversammlung 83

DOKUMENTATION
Bundestags-Aussprache zur "Stärkung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern" am 21. Februar 1992 86
Erklärung des *Koordinierungsrates der KdS* zur Liste der DDR-Bildungsabschlüsse, die gemäß KMK-Beschluß anerkannt werden 99

THEMA: Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion

Christoph Kähler (Leipzig):

Kirchliche Hochschulen in der DDR

Wolfgang Ullmann und Richard Schröder waren Dozenten der Kirchlichen Hochschule in Berlin, Markus Meckel, erster Außenminister im Kabinett de Maizière, und weitere Väter der SPD in der DDR ihre Studenten. Auch aus Leipzig und Naumburg lassen sich ähnliche Namen und Geschichten erzählen. Wie kommt es, daß die Kirchlichen Hochschulen der DDR, die sich allerdings nur wenige Monate so nennen durften, offenbar nicht ganz zufällig zu Sammelpunkten der Geister wurden, die nicht nur im Herbst 1989 eine Rolle spielten?

An dieser Stelle kann ich die Rolle der evangelischen Kirchen nicht im Einzelnen würdigen und kritisch beschreiben. Nur soviel scheint mir wichtig: Weder waren die Kirchen die Verursacher des Zusammenbruchs des sozialistischen Systems, dafür gibt es angebbare externe und interne Gründe, noch waren sie zufällige Elemente in dem erstaunlicherweise weitgehend gewaltfreien Spiel um die Macht. Wenn ich den verbreiteten technischen Metaphern für die Revolution des Herbstes 1989 eine weitere hinzufügen darf, dann legt sich als Bild für die evangelischen Kirchen am ehesten das eines Katalysators nahe, der die Energie der ablaufenden Prozesse nicht erzeugt, aber die Richtung und Geschwindigkeit der Reaktionen beeinflußt. Das aber hat auch etwas mit der inneren Verfassung solcher "Faktoren" zu tun. Dafür jedoch sind die Kirchlichen Hochschulen ein wesentliches und höchst charakteristisches Element.

Die folgende Darstellung schreibe ich als ein Beteiligter. Insofern sollte der Leser mit Eifer und auch mit Zorn rechnen.

Protest gegen den herrschenden Geist

Während die theologischen Fakultäten als der erste und lange Zeit wichtigste Teil der

Universität zugleich die mittelalterliche Herkunft der universitas litterarum repräsentieren, sind evangelische Kirchliche Hochschulen zumindest in Deutschland erst in diesem Jahrhundert in drei Perioden als Protest im doppelten Sinn entstanden: Zum einen sollte der Widerstand gegen herrschende Strömungen in Theologie (und Kirche) auch bei der Ausbildung institutionalisierte Formen finden, zum anderen sollte die genuin kirchliche Aufgabe einer Theologie wieder so übernommen werden, daß sie ihren Namen verdient: als die kritische Selbstprüfung, die untersucht, ob das, was in den Kirchen gepredigt wird, der verpflichtenden Herkunft angesichts des methodisch geleiteten Zweifels der Wissenschaft noch entspricht.

Die erste Kirchliche Hochschule wurde 1905 von dem bekannten Pfarrer und "Sozialarbeiter" Friedrich von Bodelschwingh als "freie theologische Schule zu Bethel bei Bielefeld" gegründet. Sie sollte die erkennbare Gedankenblässe und Erfahrungsarmut der bisherigen universitären Ausbildung durch eine stärkere Bindung an eine konkrete Ortsgemeinde und an die diakonischen Anstalten (Pflegestationen und Krankenhäuser) Bodelschwinghs ersetzen. Nach eher bescheidenen Anfängen erlebte sie ihre eigentliche Bewährungsprobe am Beginn des Nationalsozialismus, als die staatlichen evangelisch-theologischen Fakultäten sich in unterschiedlichem Ausmaß der braunen Ideologie öffneten, die bisherige und einige weitere neue Kirchliche Hochschulen (Berlin-Zehlendorf, Wuppertal) aber Zentren der Bekennenden Kirche wurden. Das hieß: ihre Studenten und Dozenten (die den staatlichen Titel Professor nicht führen durften, obwohl sie zu den führenden wissenschaftlichen Theologen gehörten) bauten illegale Strukturen in den evangelischen Kirchen gegen die braune Gleichschaltung auf und trugen sie bis zur Verhaftung und, bis sie durch die Gestapo verboten wurden.

Aus diesen Erfahrungen heraus wurden die Kirchlichen Hochschulen in Westdeutschland fortgeführt und auf dem Gebiet der DDR neu begründet. Dabei dominierten vielfach Frauen und Männer des kirchlichen Widerstands im Dritten Reich. Die Berliner Kirchliche Hochschule in Zehlendorf bildete bis 1961 Theologen auch für den Pfarrdienst u.a. in Berlin-Brandenburg aus. Nach dem Mauerbau übernahm ersatzweise das bereits 1935 gegründete und in Ostberlin liegende "Sprachenkonvikt", das zunächst nur Wohnheim und Sprachschule für die Hochschule gewesen war, die vollen Aufgaben einer akademischen Ausbildung für Theologen. 1949/50 wurde in Naumburg durch die Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen das sogenannte Katechetische Oberseminar eröffnet, das zunächst für die wissenschaftliche Ausbildung von Religionslehrern an Oberschulen gedacht war, aber zunehmend ein klassisches Studium für künftige Pfarrer bot. Als letzte der drei Kirchlichen Hochschulen entwickelte sich in den 60er Jahren aus dem früheren Missionsseminar der Evangelisch-Lutherischen Mission zu Leipzig das sogenannte Theologische Seminar Leipzig zu einer Ausbildungsstätte mit vollem wissenschaftlichen Niveau.

Unterschiedliche Nuancen der drei Institute lassen sich grob schematisierend wohl so beschreiben: In Naumburg und vor allem in Berlin war die Herkunft von einer Offenbarungstheologie besonders spürbar, wie sie in diesem Jahrhundert vor allem Karl Barth eindrücklich vertreten hat. In Leipzig wurde Theologie in lutherischer Tradition stärker als Aufarbeitung von menschlicher Erfahrung betrieben und verstanden.

Für die Freiheit der Theologie

In der DDR gab es außerdem sechs evangelisch-theologische Fakultäten. Die ideologischen Eingriffe in das Lehrprogramm und institutionelle Verflechtung mit der in das System fest eingebundenen CDU bzw. die direkten Kontakte zu entscheidenden Stellen des Partei- und Staatsapparates wechselten von Universität zu Universität, von Fach zu Fach und natürlich von Kollege zu Kollege. Eine ganze Reihe von Professoren hat unter schwierigsten Bedingungen die Theologie als eine auf die kirchliche Aufgabe bezogene Wissenschaft verstanden und betrieben. Im Allgemeinen war bekannt, wo die größere (oder geringere) Nähe zur staatlich verordneten Ideologie zu finden war. Sie war in aller Regel auch reziprok zum kirchlichen Engagement. So ist es kein Zufall, daß die als Mitarbeiter der Stasi beschuldigten Theologieprofessoren keine ordinierten Geistlichen waren. Eine Berufung zum Theologieprofessor setzte in jedem Fall eine kaderpolitische Entscheidung in Berlin voraus. Dabei war der Versuch unübersehbar, die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Fakultäten bzw. Sektionen vor allem nach dem Kriterium der gesellschaftlichen Aktivität und der politischen Zuverlässigkeit auszuwählen und dafür auch auf wissenschaftlichem Feld Abstriche hinzunehmen.

Dafür wurden die kirchlichen Hochschulen zu Sammelbecken von qualifizierten Wissenschaftlern - unter ihnen einige mit internationalem Ruf -, die aber in den Augen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen kaderpolitischen Bedenken unterlagen. Angesichts der seit 1962 betriebenen Militarisierung der DDR und der noch an der Universität veranstalteten militärischen Ausbildung wanderten viele pazifistisch eingestellte Studierende an die Kirchlichen Hochschulen, die in den 50er Jahren etwa ein Drittel der künftigen Pfarrer und später fast die Hälfte ausbildeten (3-400 von durchschnittlich 8-900 Studierenden in der DDR, die den Nachwuchs für 4-5000 ev. Pfarrer bildeten). Die Rekrutierung erfolgte auch über kirchliche Vorausbildungen, die die Benachteiligung von jungen Christen bei der Aufnahme in die EOS dadurch ausglichen, daß sie die notwendige Allgemeinbildung in 2 - 3-jährigen Kursen vermittelten. Auch die drei klassischen Sprachen Griechisch, Latein und Hebräisch wurden dort in einer sonst kaum erreichten Qualität vermittelt. Das erste dieser sogenannten Proseminare entstand im Frühjahr 1953, als Mitglieder der Jungen Gemeinde als Agenten des Imperialismus kurz vor dem Abitur aus den Oberschulen entfernt wurden.

Die von staatlichen Einflüssen weithin abgeschirmten Forschungs- und Ausbildungsstätten hatten den großen Vorzug, in ihrer Themenwahl und Argumentation erstaunlich frei agieren zu können, was den Nachteil fehlender interdisziplinärer Anregung weithin ausglich. Allerdings gab es hier und da auch Anzeichen einer Gettomentalität, die aufgrund traumatischer Erfahrungen der Studenten in Schule, Armee und durch Stasipressionen verständlich (wenn auch nicht wünschenswert) waren.

Die Inselstellung wurde allerdings auch dadurch gefördert, daß die Hochschulen keine staatliche Anerkennung besaßen. Lediglich in Leipzig gab es so etwas wie eine offizielle Kenntnisnahme - aber auch nicht mehr. Sie bewirkte im Zusammenhang mit der Krise bei der Sprengung der Universitätskirche 1968, daß sich die damalige Leitung des Theologischen Seminars zwar nicht auf die staatlichen Forderungen nach enem "gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium" mit marxistischem Dozenten im Kollegium der Hochschule, aber auf eine

entsprechende Unterrichtung der Studierenden im Rahmen der Volkshochschule einließ. Spätestens als bei der Rückgabe von schriftlichen Leistungskontrollen versehentlich eine numerierte Fotokopie auftauchte, war der Stasikontrollzweck dieser Veranstaltung so offensichtlich, daß eine fruchtbare Auseinandersetzung mit dem Marxismus dort nicht stattfinden konnte. Wenn, dann erfolgte diese in den hauseigenen philosophischen Veranstaltungen. So wie wohl überhaupt in der DDR die interessanteren philosophischen Gedankengänge nicht unbedingt dort erfolgten, wo Mann oder Frau für "Philosophie" bezahlt wurde.

Leider haben wir die Inselstellung nicht ausnutzen können, um in den Studienreformdebatten das 19. Jahrhundert hinter uns zu lassen. Bis auf wenige und kostbare Ansätze andersartigen Studierens wurde in Form und Inhalt dasselbe Programm an diesen Häusern traktiert, dem auch die Universitäten verpflichtet waren. Etwas bösartig läßt es sich als die stete Repristination des deutschen Kathedergelehrten bezeichnen. Formen erfahrungsbezogenen Lehrens und Lernens sind bei uns zwar diskutiert und punktuell getestet, aber nicht in einem breiten Versuch durchgeführt worden.

Der Zwangslage und der fehlenden staatlichen Anerkennung der Abschlüsse entsprach nun auch ein in dieser Weise einmaliges wissenschaftliches Qualifizierungsverfahren, das dem Promotions- bzw. Habilitationsverfahren nachgestaltet zwar keine obligatorische Marxismus-Leninismus-Ausbildung kannte, aber von seinen Anforderungen her eher strenger gehandhabt wurde. Jede Quasi-Promotion mußte jeweils von einem Ausschuß mit Mitgliedern aus allen drei Kollegien verantwortet werden. Dabei zeigen einige Arbeiten, wie unbefangen auch Grenzbereiche zu den Nachbardisziplinen der Theologie untersucht wurden. So z.B. in der auch erziehungs- und philosophiegeschichtlich wichtigen Studie von Rainer Bohley über "Die Christlichkeit einer Schule. Schulpforte zur Schulzeit Friedrich Nietzsches", oder in der militär- und ideologiegeschichtlich aufschlußreichen Untersuchung "«Mit Gott für König und Vaterland!» Ermittlungen zur Funktion und Interpretation einer klassischen preußischen Devise in ihrer frühen Geschichte" von Gerhard Graf in Leipzig. Beides waren Themen, die damals an den Universitäten kaum möglich waren. - Vor allem in Leipzig bürgerte es sich aber mehr und mehr ein, daß die "Repetenten", d.h. die kirchlichen Forschungsstudenten, ihre Dissertation mit freundlicher Hilfe der Fakultätskollegen an der Universität einreichten und dadurch einen bürgerlich verwertbaren Titel erhielten.

Unverkennbar eroberten die drei Kirchlichen Hochschulen nicht nur für sich selbst einen in der DDR sehr seltenen Freiraum in Forschung und Lehre, sondern durch ihre bloße Existenz und die Möglichkeit, die theologisch-wissenschaftliche Ausbildung zur Not ganz in kirchliche Hände nehmen zu können, trugen sie zu dem Freiraum bei, den auch die theologischen Fakultäten mit Hinweis auf die Alternative mehr oder auch weniger in Anspruch nehmen konnten.

Eine ganze Reihe von Aktivitäten im internationalen wissenschaftlichen Austausch, wie der Besuch von Kongressen, die Teilnahme an Weiterbildungen im Ausland und der Studentenaustausch wurde fast durchgehend von den kirchlichen Dienststellen in Berlin paritätisch für die drei Kirchlichen Hochschulen einerseits und die sechs Sektionen Theologie andererseits ermöglicht. So haben seit Jahren Gaststudenten aus den USA, der CSSR, den Niederlanden und schließlich auch aus der alten Bundesrepublik in Leipzig studieren können, während etwa Studierende aus Leipzig in Prag, Dublin, Chicago über ein Jahr zu Gast waren. Dabei galten solche Privilegien gegenüber normalen DDR-Bürgern intern als nicht unproblematisch und mußten sehr sorgfältig gehandhabt werden, um nicht politische Erpressungen zu begünstigen.

Hochschulen und Opposition

Wie wir inzwischen auch aus veröffentlichten Stasi-Dokumenten belegen können, galten die kirchlichen Hochschulen in den Augen der verunsicherten Staatsmacht als Sammelpunkt für unruhige Geister. Dabei unterschieden sich Lehrer und Studenten weniger in ihren grundsätzlichen politischen Optionen, die differierten zwischen konservativen und sozialökologischen Positionen hier wie dort, als vielmehr in der Wahl der Mittel und in der Prognose für das politische System. Während die Älteren, durch 1953, 1961 und 1968 geprägt, die repressive Kraft des Systems zu fürchten gelernt hatten, waren die Jüngeren durch die zunehmende Reisefreiheit, die wachsende Ausreise und den desolaten Zustand von Ökologie und Ökonomie zu radikalerer Opposition bereit. Die Auseinandersetzungen darüber sind bis heute nicht verstummt und werden uns noch lange begleiten. Immerhin galten bestimmte Regeln des fair play als selbstverständlich. Wo immer es uns bekannt wurde, haben wir Studenten vor der Stasi zu schützen gesucht. Die Offenlegung der Kontakte, die sogenannte Dekonspiration, genügte meist, um den Betreffenden vor weiteren Anwerbungsversuchen zu schützen. Zugleich gab es keine Exmatrikulationen aus politischen Gründen, auch nicht, als sie von uns faktisch verlangt wurden. Einzige, sehr spät gelockerte Ausnahme bildete dazu der Ausschluß derer, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten (und bei uns dann als Angestellte bis zur Ausreise überwintern konnten). Die Exmatrikulation begründeten wir mit der Verletzung des schriftlich abgegebenen Versprechens, die Ausbildung(skosten) für einen späteren Dienst in den Kirchen der DDR in Anspruch zu nehmen.

Einen Beleg für den wissenschaftlichen Diskurs auch bei diesen heißen Thema des politischen Engagements der Kirche stellen Thema und Referenten der Theologischen Tage von 1988 in Leipzig dar, wo u.a. Wolfgang Ullmann und Heino Falcke zum Thema "Kirche von unten" referierten und diskutierten.

Kirche und Demokratie

Sicher haben sich demokratische Bestrebungen der Neuzeit vielfach gegen den erheblichen Widerstand kirchlicher Vertreter durchsetzen müssen. Dennoch kann man mit wenigen Einschränkungen sagen, daß die formalen Prinzipien der Demokratie: geheime Wahlen, Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Jurisdiktion sowie der freie Meinungstreit in mündlicher und schriftlicher Form am ehesten in den Verfassungen und im Leben unserer evangelischen Kirchen in der DDR galten. Das hatte auch Auswirkungen auf die akademische Selbstverwaltung der Kirchlichen Hochschulen. In ihr standen sich vor allem Dozenten und Studenten gegenüber, denn einen ausgeprägten Mittelbau hat es kaum gegeben. Die Lehrstuhlinhaber mußten sowohl die Einführungsveranstaltungen wie die Oberseminare halten, was durchaus auch überdurchschnittliche Stundenbelastungen mit sich brachte. Immerhin gab es in größeren Abständen dann auch einmal die Möglichkeit zu einem Freisemester, das eigene Publikationen förderte.

Grundsätzlich hatte sich das Prinzip der Hochschulautonomie für wesentliche Beschlüsse, die den innerakademischen Bereich betrafen, an allen drei Standorten durchgesetzt. Ihre Gremien, die aufgrund von zähen Diskussionen nach 1968 auch Studierenden geöffnet wurden, erarbeiteten nahezu alle Regeln und Grundsatzentscheidungen bis hin zu den Berufungsvorschlägen. Sie wurden dann vom jeweiligen Rektor einem Kuratorium zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt, das aus Vertretern der Kirchen (in Naumburg und Berlin auch aus kirchlich aktiven Wissenschaftlern) bestand und das in etwa die Aufgaben eines Senats wie zugleich die eines Ministeriums erfüllte.

Unterschiedlich gestaltete sich lediglich die Zuordnung der jeweiligen Hochschule. In Berlin und Naumburg unterhielt je eine Landeskirche ihre eigene Hochschule. In Leipzig beteiligten sich die Mecklenburger, Thüringer und Sachsen gemeinsam an der größten akademisch-theologischen Ausbildungsstätte der DDR.

In der Berufungspolitik hatte es sich - als gute Regel - eingebürgert, nach Möglichkeit wissenschaftlich ausgewiesene und durch praktische, d.h. Pfarramtserfahrungen erprobte Kollegen zu wählen, wobei die jeweiligen Kollegien in der Wahl der Bewerber von außen nicht beeinflußt wurden. Auch wenn einzelne Kollegen provokante Thesen vertraten, gab es m.W. keinen Fall, in dem Kirchenleitungen auf Grund dessen maßregelnd eingegriffen hätten. Nach den Statuten hätten sie es so auch nicht vermocht. Allerdings unterlagen alle Dozenten als ordinierte Geistliche der kirchlichen Disziplin, sodaß es aufgrund von Ehescheidungen hin und wieder eine Entlassung aus der Dozentur gegeben hat.

Wenn man von Einflüssen sprechen will, dann sind vor allem Anregungen von den Hochschulen in die betreffenden Kirchen ausgegangen. Dozenten des kirchlichen Lehramtes waren Synodale (Parlamentarier), gehörten als Mitglieder zu den Kirchenleitungen (präsidialratsähnliche Gremien), bzw. übernahmen selbst hohe kirchliche Leitungsämter. Sie hielten Vorträge und lieferten wissenschaftliche Gutachten. Der Bezug zur Praxis, auf die sich die wissenschaftliche Arbeit bezog, war bei ihnen naturgemäß enger als an manchen Fakultäten, wo man wenigstens teilweise zu größeren Rücksichten auf Staat und Partei verpflichtet war.

Immerhin bleibt festzuhalten, daß die drei Kollegien kaum Hausberufungen vornehmen mußten, sondern mit wenigen Ausnahmen Auswärtige zu Lehre und Forschung verpflichten konnten, obwohl das Angebot an wissenschaftlichem Nachwuchs für die vielen relativ kleinen Ausbildungsstätten kaum ausreichte. So erhielten die meisten Kollegen ihre theologische Ausbildung an den verschiedenen Fakultäten, während erst in jüngerer Zeit der eigene Nachwuchs für Berufungen an Kirchliche Hochschulen in Frage kam. Immerhin brauchte es ja etwa 20 Jahre nach dem Abitur, bis man (frau?) die nötigen wissenschaftlichen Weihen erlangte.

Materielle Grundlagen

Wer sich für Institutionen interessiert, wird natürlich auch nach ihren Finanzen fragen - müssen. Darauf gibt es zunächst eine sehr einfache Antwort: Die Kirchlichen Hochschulen wurden sowohl in den sächlichen wie in den Personalausgaben von den jeweiligen Kirchen getragen, die ihre Mittel wiederum als Spenden von den Gemeinden erbaten. In diesem Rahmen erhielten die Studenten ein mageres kirchliches Stipendium, die Dozenten und Angestellten die entsprechenden knappen Pfarrgehälter, die durch eine jährliche Westgeld-Spende leicht aufgebessert wurde.

Die für die Lehre und Forschung notwendigen Bücher allerdings waren davon nicht zu beschaffen. Dafür gab es viele verschlungene Wege, auf denen durch offizielle und private Aktionen die benötigten und z.T. in der DDR indizierten Bücher beschafft wurden. Ohne den Erfindungsreichtum und die Großzügigkeit unserer westdeutschen und ausländischen Freunde wären wir noch stärker vom wissenschaftlichen Austausch abgeschnitten worden, als es sowieso der Fall in der theologischen Enklave DDR war. Übrigens profitierten auch die arg beschnittenen Bibliotheken der Sektionen Theologie von diesen verschlungenen Wegen, da sie nur so auf die dringend benötigte Westliteratur zurückgreifen konnten. Erst jetzt, wo wir selbst die Preise zahlen, wissen wir, was das im Lauf der Jahre gekostet haben mag.

Auch besondere Maßnahmen, wie Bauvorhaben und Technik, ließen sich bekanntlich nicht über Mark der DDR realisieren, sondern bedurften der Spendenmittel, die aus deutschen und internationalen Kirchenbünden zur Verfügung gestellt - und kontrolliert wurden. Daß dabei viele Kanäle, private, offiziöse und offizielle eine Rolle spielten, versteht vor allem der, der die Verflechtungen der DDR-Bürokratie kennengelernt hat.

Das Ende - ein Übergang

Die wirtschaftliche Katastrophe, in der die DDR endete und die uns noch Jahrzehnte anhängen wird, ging natürlich auch an den Kirchen nicht spurlos vorüber. Wie der Freistaat Sachsen nur ca. 2o% seiner Ausgagen selbst einnimmt, gilt Gleiches auch für die finanziell stabilste Kirche der neuen Bundesländer, die Sächsische Landeskirche. Das erzwingt einen Sparkurs, der zumindest für Berlin und Leipzig die Schließung der Kirchlichen Hochschulen nahelegte, da die politischen Umstände ihrer Entstehung weggefallen sind. Für Naumburg steht eine Entscheidung im Zusammenhang mit der Gründung der Erfurter Universität noch aus. Es ist zu hoffen, daß die Unabhängigkeit der theologischen Fakultäten wieder hergestellt wird und die Personalpolitik dort keinen fremden Einflüssen unterliegt. So wurden in Ostberlin Theologische Fakultät und Kirchliche Hochschule (das Sprachenkonvikt) vereinigt, für Leipzig ist das geplant. Daß dabei auf allen Seiten nicht nur eitel Freude herrscht, sondern die Konkurrenz um die knappen Stellen auch zu erheblichen Verständigungsschwierigkeiten führt, wird jeder verstehen, der ähnliche Prozesse aus der Zusammenführung von anderen Institutionen kennt, z.B. aus der Integration Pädagogischer Hochschulen in die Universitäten.

Ich selbst bedaure, daß die sachlich fruchtbare Konkurrenz zwischen Kirchlichen Hochschulen und theologischen Fakultäten nun auf den Westen Deutschlands beschränkt bleibt. Dafür werden im Osten die einzelnen Fakultäten wie die in Halle und in Leipzig in Wettstreit treten. Letztlich aber ist die theologische Ausbildung nur so gut, wie das jeweilige Fragen nach der Wahrheit, die im Leben und im Sterben hilft, zur gemeinsamen Anstrengung von Kommilitonen (Mitkämpfern) führt. Das aber meint Studierende und Professoren zugleich.

Christoph Kähler, Prof. Dr., ist Theologe an der Kirchlichen Hochschule Leipzig

Rudolf Mau (Berlin):

Vom Hinterhof ins Herz der Hauptstadt
Der Beitrag des "Sprachenkonvikts" zur Erneuerung der Theologischen Fakultät der HUB

I. Die Fusionen 1991/92 und ihre Partner

(1) Seit dem 1. März 1991 bietet die Theologische Fakultät der Humboldt-Universität ein stark verändertes Bild: In ihr verbinden sich seither zwei akademische Körperschaften, die im früheren Ost-Berlin mit zwar gleichartiger wissenschaftlicher Grundorientierung und Aufgabenstellung, aber institutionell ohne Verbindung und unter stark unterschiedlichen Bedingungen existiert hatten. Mit der ehemaligen "Sektion Theologie" wurde die "Kirchliche Hochschule Berlin-Brandenburg" fusioniert. Bis 1990 hatte sie unter dem Gründungsnamen "Sprachenkonvikt" (seit 1950), d.h. ursprünglich eines Heimes für Theologiestudenten vor allem der ersten Semester, die sich schwerpunktmäßig dem Erlernen von Hebräisch, Griechisch und Latein zu widmen haben, existiert. Bei dieser - ersten - Fusion wird es nicht bleiben. Ab Herbst dieses Jahres wird auch die im früheren West-Berlin existierende "Kirchliche Hochschule Berlin" zur Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität gehören. Die praktische Kooperation ist bereits im Gange.

Was verbindet sich da miteinander? Was besagt überhaupt "Fusion"? Welche Erfahrungen machen evangelische Theologen - Lehrende und Studierende - mit dem Experiment "Einheit"? Um es vorweg zu sagen: Als gravierendstes der schon vollzogenen und auch der noch bevorstehenden Fusion erweist sich das unterschiedliche Geprägtsein durch Geschichte und Tradition bei den drei genannten Institutionen. Schon die Erfahrungsstrecke eines Jahres macht neben der Bewältigung äußerer Probleme eine wichtige innere Aufgabe der Fusion dringlich: die gegenseitige Bereitschaft zur Kenntnisnahme, zum Fragen in Bezug auf die eigene Vergangenheit und die der anderen, zu gerechter Urteilsbildung - und die innere Bejahung eines nun gemeinsamen Weges, für dessen Gelingen menschliches Respektieren und Akzeptieren auch bei partiell noch fortbestehenden Verständnisbarrieren sehr wichtig sein wird.

(2) Es sind drei verschiedene Geschichtsläufe, die nun in ein gemeinsames Flußbett einmünden. Da ist zunächst - mit einer großen Tradition seit der Universitätsgründung 1810 - die **Theologische Fakultät:** Zu ihren herausragenden Gestalten gehörten Friedrich Schleiermacher als einer der Gründerväter der Berliner Universität und Adolf von Harnack als Koryphäe kirchen- und dogmengeschichtlicher Forschung und Lehre, Gelehrter mit weitreichender Ausstrahlung während der Wilhelminischen Ära und der Weimarer Republik. In der NS-Zeit bekamen dann in Berlin wie auch an anderen theologischen Fakultäten die "Deutschen Christen" das Sagen, die das Dritte Reich samt Hitlerkult als "christliches" Gebot der Stunde proklamierten.

Nach 1945 gelang in überzeugender Weise ein Neuaufbau der Theologischen Fakultät durch die Berufung kompetenter Lehrer, die sich nicht im "deutschchristlichen" Sinne kompromittiert hatten. Für geraume Zeit konnte sich die erneuerte Fakultät in starker Solidarität von Lehrkörper und Studentenschaft abermaligen massiven Politisierungsversuchen widersetzen. Besonders mutig und entschieden und für eine geraume Zeit identitätsstiftend war die Haltung des Kirchenhistorikers Walter Elliger. Seit etwa 1960 aber fand eine SED-orientierte Fraktion mit unmittelbarer Beziehung zum Zentralkomitee der Partei Eingang in den Lehrkörper der Theologischen Fakultät. Hauptakteure waren die Dozenten und späteren Professoren Hanfried Müller (Systematische Theologie) und seine Frau Rosemarie Müller-Streisand (Kirchengeschichte). Der vormalige Widerstand der Theologischen Fakultät gegen diese Berufungen war in unbegreiflicher Blauäugigkeit ausgerechnet durch den zugleich an der westberliner Kirchlichen Hochschule lehrenden und während der NS-Zeit im kirchlichen Widerstand gegen die "Deutschen Christen" bewährten Systematiker Heinrich Vogel unterlaufen worden. Fortan bestimmte die Präsenz der Genannten und ihr permanentes - sowohl offenes als auch zugleich konspiratives - Agieren im Sinne der SED-Ideologie und -Politik in zunehmend bedrückender Weise das Klima an der Fakultät.

Die Linie unbedingten Einverständnisses mit der Politik der DDR, der Parteinahme für den hier repräsentierten "historischen Fortschritt" war an der Fakultät und späteren Sektion auch in der CDU-Variante vertreten. Vor allem Hans-Hinrich Jenssen, Praktischer Theologe und Mitglied des Hauptvorstandes der CDU, suchte permanent - mit nur bescheidenem Erfolg - in diesem Sinne auf Pfarrerschaft und Theologiestudenten einzuwirken. In praktischen, vor allem Berufungsfragen vertrat er eine im Vergleich zur SED-orientierten Müller-Fraktion positiv zu wertende Linie. Eine moderate Tonart in Bezug auf Christentum und Kirche trat der von H. Müller und Gefolgsleuten vertretenen schroffen, dialektisch-aggressiven "Theologie" entgegen, die die Totalität des politischen und auch des ideologischen Anspruchs der SED (samt marxistischem Wissenschaftsbegriff!) proklamierte und "im Namen Jesu" die Kirche als öffentlich sich zeigende und sprechende Gemeinschaft verdammen zu müssen meinte. Die Gegensätzlichkeit beider Fraktionen bestimmte nach außen hin und in internem Kräftemessen das Bild der Fakultät bzw. Sektion seit den 60er Jahren. Daneben gab es eine größere Zahl derer, die sich von keiner der genannten Ideologien überzeugen ließen, aber den Anpassungs-Zumutungen in verschiedenen Abstufungen nolens-volens nachkamen, um im Rahmen der jeweiligen Fachspezifik solide und fachlich anerkannt theologisch forschen und lehren zu können.

(3) Die **Kirchliche Hochschule Berlin** war 1935 als Antwort der Bekennenden Kirche auf die massiven Gleichschaltungsversuche von Theologie und Kirche seitens des NS-Regimes und der "Deutschen Christen" gegründet worden. Nach illegaler Existenz und Gestapoverfolgung fand sie 1945 aufgrund einer Lizenz der Alliierten Kommandatur für alle vier Sektoren der

Stadt den Ort ihres Wirkens in Zehlendorf (US-Sektor). Während der ersten anderthalb Jahrzehnte der Nachkriegszeit erwies sich die Kirchliche Hochschule als attraktive Bereicherung des Theologie-Angebotes auch für Studierende aus der sowjetischen Besatzungszone und nachmaligen DDR. Seit dem Mauerbau versah sie die Funktion der Evangelisch-Theologischen Fakultät des Landes Berlin, das dann auch zu 70 % die Kosten der Institution übernahm. Im Zusammenhang mit dieser Funktionsbestimmung veränderte sich auch das Selbstverständnis der Hochschule und ihres Lehrkörpers: An die Stelle der vom Ursprung her gegebenen spezifisch krichlichen Bindung und Orientierung (wie sie noch für andere, auch in den alten Bundesländern bestehende kirchliche Hochschulen kennzeichnend ist) trat das Selbstverständnis als Theologische Fakultät, wenn auch eine in den 80er Jahren geplante institutionelle Verbindung mit der Freien Universität schließlich nicht zustande kam. Ungeachtet dieser internen Umorientierung wurde aber seitens der Kirchlichen Hochschule während der gesamten DDR- und Mauer-Zeit das gute Verhältnis zur östlichen Tochtergründung, dem Sprachenkonvikt, aufrechterhalten und unter Vermeidung jeglichen Aufsehens vielfältig unter Beweis gestellt.

(4) Von der Kirchlichen Hochschule aus war 1950 in Ostberlin das **Sprachenkonvikt** als Heim und Ausbildungsstätte für Studienanfänger ins Leben gerufen worden. Während seiner ersten Phase, bis zum Mauerbau, bestand es in enger institutioneller Verbindung mit der Kirchlichen Hochschule. Angesichts der Ost-West-Spaltung aber war das Sprachenkonvikt zugleich genötigt, sich den Behörden gegenüber als selbständige Institution darzustellen. Eine Anerkennung seitens der DDR-Behörden beschränkte sich aber bis 1990 strikt auf die vor allem durch die Sprachenausbildung gekennzeichnete viersemestrige Anfangsphase des Theologiestudiums. Der Ausbau des Sprachenkonviktszur vollen kirchlichen Hochschule nach 1961 änderte daran nichts. Daraus ergab sich das Faktum einer partiell illegalen Existenz dieser Hochschule. Das hatte Folgen bis in die Gestaltung des Lehrbetriebes hinein. Dieser mußte während der Jahrzehnte der Zuzugsbeschränkung für Berlin zeitlich stark zusammengedrängt werden. Denn Studenten der höheren Semester, die nicht aus Berlin stammten, konnten die Lehrangebote "legal" nur während je 3tägiger "besuchsweiser" Aufenthalte jede Woche am Konvikt wahrnehmen. Der Fortbestand der Institution konnte - zumal in Zeiten sich verstärkender Spannungen - keineswegs als gesichert gelten

Die materielle Existenzbasis des Sprachenkonvikts war und blieb im Verhältnis zu vergleichbaren Institutionen in staatlicher Verantwortung relativ schmal. Sie mußte ausschließlich aus kirchlichen Mitteln (überwiegend der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, bei der auch die institutionelle Trägerschaft lag) bestritten werden, nahm hier aber einen beträchtlichen Teil der Finanzkraft in Anspruch. Gerade angesichts der immer stärkeren Politisierung der staatlichen Fakultäten bzw. Sektionen war es für die Kirche wichtig, eigene Hochschulen - neben Berlin auch in Leipzig ("Theologisches Seminar") und Naumburg ("Katechetisches Oberseminar") - zu unterhalten, die den Vergleich mit theologischen Fakultäten nicht zu scheuen brauchten, ja ihrerseits angesichts der rigoroser werdenden staatlichen Hochschulpolitik das traditionelle Leitbild theologischer Fakultäten unverkennbar zur Geltung brachten.

Hier ergab sich also die paradoxe Situation, daß gerade durch krichliche Hochschulen, die als solche nicht anerkannt wurden, innerhalb der DDR das Modell der theologischen Fakultät mit wichtigen Elementen traditioneller akademischer Freiheit bewahrt wurde.

II. Zum Profil des Sprachenkonvikts als kirchlicher Hochschule

1. Rechtsstellung, Studienziel und Studiengestaltung

(5) Eigenart und Selbstverständnis des Sprachenkonvikts als Hochschule mit den Merkmalen einer theologischen Fakultät kamen schon durch die **Rechtsstellung** dieser Institution zum Ausdruck. Die durch die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg erlassene Ordnung intendierte eine weitreichende akademische Selbstbestimmung und suchte Ansatzpunkte für Regelementierungen von außen - auch seitens kirchlicher Instanzen - von vornherein auszuschalten. Lehrplan und Studiengestaltung waren Sache des Dozentenkollegiums, seit den 70er Jahren unter Mitwirkung studentischer Gremien. Ein Kuratorium, dem auch Vertreter anderer Landeskirchen angehörten, vertrat die Belange des Sprachenkonvikts nach außen. Die vom Dozentenkollegium nach Maßgabe fachlicher Qualifikation und persönlicher Integrität erarbeiteten Berufungsvorschläge machte sich das Kuratorium, wie ein Rückblick auf zahlreiche Berufungsvorgänge zeigt, nach sorgfältiger Prüfung in jedem Falle zu eigen. Das Dozentenkollegium des Sprachenkonvikts nahm in kirchlichem Auftrag die Prüfungen zum 1. theologischen Examen vor. Absolventen der Sektion wurden erst aufgrund eines Übernahmegesprächs in den kirchlichen Dienst übernommen.

(6) Die Zusammensetzung des Lehrkörpers des Sprachenkonvikts entsprach dem hier vertretenen **Theologieverständnis**. Es ging stets darum, den Studentinnen und Studenten nicht nur einige "praktische" Fähigkeiten und Fertigkeiten im Hinblick auf künftige kirchliche Aufgaben zu vermitteln (auf sie bezieht sich eine anschließende kirchliche Ausbildungsphase), sondern das Ganze des christlichen Glaubens und der Kirche zum Gegenstand von Erkenntnis und immer auch kritischer Befragung zu machen. Das Studium am Sprachenkonvikt intendierte nicht primär pragmatisch-berufsbezogen die Ausbildung von "Spezialisten " für kirchliche Tätigkeiten, sondern thematisierte den christlichen Glauben selbst anhand seiner geschichtlichen (biblischen) Grundlage als existenzbestimmendes Verhältnis zur Wirklichkeit, reflektierte die dem Glauben eigene Wahrheitsgewißheit im Gesamthorizont wissenschaftlicher Arbeit an der Wahrheitsfrage.

(7) Essentielles **Studienziel** war es, geistige Selbständigkeit und Urteilsfähigkeit in bezug auf Grundfragen des Glaubens und Lebens, die Wahrnehmung von Wirklichkeit überhaupt, zu entwickeln. Gemäß evangelischer Tradition ging es um den freien Blick des Glaubens auf die Wirklichkeit.

Dieser Zielstellung, die eine Unterwerfung unter doktrinäre Fremdbestimmung, etwa das Diktat des marxistischen Wissenschaftsbegriffs (s.o. H. Müller!) ausschloß, diente die Konzentration auf die klassischen fünf Hauptfächer der Theologie, d.h. auf die historischen Disziplinen (Altes Testament, Neues Testament, Kircher geschichte), die Systematische Theologie (Dogmatik, Ethik) - mit der hier zuzuordnenden Philosophie (einschl. Philosophiegeschichte) als besonderem Fach - und die auf die Aspekte kirchlichen Handelns

bezogene Praktische Theologie. Besonders wichtig war die sowohl theologische (auf die Quellenschriften des Glaubens bezogene) als auch philosophische Arbeit am Warhnehmen von Wirklichkeit und an der Klärung des Wahrheitsbegriffs. Gründliche philosophiegeschichtliche Kenntnisse, die quellenmäßige Beschäftigung auch mit den Grundlagen der marxistischen Ideologie (seit 1977 unter Anleitung von Richard Schröder als Philosophiedozent) gehörten zum Standard der Ausbildung am Sprachenkonvikt. Über die Hauptfächer hinaus gab es im Rahmen von Lehrbeauftragungen Angebote vor allem aus dem Bereich humanwissenschaftlicher Disziplinen (Sprache und Literatur, Psychologie, Soziologie u.a.). Im Unterschied zu der an der Sektion Theologie der Humboldt-Universität verfolgten Tendenz, die theologischen Hauptdisziplinen noch mit einem Kranz von angrenzenden Spezialfächern zu umgeben, die im Spektrum der Studienleistungen z.T. auch an die Stelle der theologischen Hauptfächer treten konnten, war und blieb das Studium am Sprachenkonvikt aus den genannten theologisch-grundsätzlichen Erwägungen heraus ganz auf die gründliche Beschäftigung mit den Hauptfächern und das Erbringen eigener Leistungen in jedem von ihnen ausgerichtet.

(8) Die **Studiengestaltung** a. i Sprachenkonvikt sollte den sonst in der DDR, vor allem seit der 3. Hochschulreform, zu beobachtenden Tendenzen zur pragmatisch-berufsbezogenen Verschulung des Studiums entgegenwirken. Für Absolventen des DDR-Schulsystems, die "Lernen" und "Leistung" fast nur als rezipierenden und reproduzierenden Umgang mit ideologisch-politisch geleiteter Indoktrination kannten, bedeutete der auf geistige Selbständigkeit zielende Lernprozeß die Herausforderung zum Sich-Bewegen in einer terra incognita. Sich darin zu üben, die Fähigkeit zu kritisch fragendem Umgang mit Wissensinhalten und Problemstellungen, eine Grundbereitschaft zur Offenheit angesichts denkbar konträrer steinerner Verhältnisse zu entwikkeln, war im Hinblick auf die künftige selbstverantwortliche Stellung von Pfarrern und Pastorinnen unerläßlich. Deshalb waren auch die selbständige Studiengestaltung in den höheren Semestern und der freie Studienplatzwechsel zwischen Berlin, Naumburg und Leipzig wichtig.

Das Studium am Sprachenkonvikt unterschied sich auch hierin von dem an der Sektion Theologie. Für die dortige Studienorganisation waren die DDR-übliche Studienjahresbindung und die Aufgliederung auch der einzelnen Disziplinen in Spezialbereiche jeweils zuständiger Professoren und Dozenten charakteristisch. Das Moment von Konkurrenz und Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenartiger Behandlung des gleichen Stoffes war dort weitgehend ausgeschlossen. Präsenzpflicht auch bei Kollegs sollte gewährleisten, daß auch diejenigen Professoren, die wegen ihrer Haltung und Lehrweise überwiegend auf Ablehnung stießen, stets ine Mindestzahl frustierter Hörer vor sich hatten.

2. Dozenten, Studenten, wissenschaftlicher Nachwuchs

(9) Die **Dozenten** des Sprachenkonvikts kamen - vor allem in der Phase des Auf-- baues des Lehrkörpers - überwiegend von den staatlichen Fakultäten. Mehrere hatten an der Humboldt-Universität studiert, dort auch promoviert und sich habilitiert, blieben aber angesichts der zunehmend politisch orientierten Berufungspolitik ohne Chance auf eine Universitätslaufbahn. Eine solche erschien aber auch unter den gegebenen Verhältnissen je länger um so weniger erstrebenswert. In einzelnen Fällen gab es zwar Berufungen von Dozenten einer kirchlichen Hochschule an eine staatliche Fakultät (von Naumburg nach Jena), während der Aufbauphase des Konvikts auch eine Berufung von dort (damals zwischen den oben genannten Gruppierungen - wie neuerdings aktenkundig wurde - umstritten unter der Alternative: willkommene Schädigung des Konvikts oder Selbstschädigung der Fakultät durch eine nicht politische "zuverlässige" Person?).

Bei gelegentlichen weiteren Berufungsanfragen fiel aber je länger um so mehr auch der Gesichtspunkt ins Gewicht, ob es erstrebenswert sein könne, die Dozentur an einer krichlichen Hochschule mit einer Universitätsprofessur zu vertauschen. Zwar winkten dort anstelle des unscheinbaren Dozententitels und des bescheidenen Pfarrergehalts der immer noch hoch angesehene Professorentitel mit sehr ansehnlichem Gehalt. Aber die Einbußen - der Tausch von nach DDR-Maßstäben einzigartig freien Arbeitsbedingungen gegen ein durch permanente Zumutungen z.T. entwürdigender Art bestimmtes Dasein - wogen schwer. Zu den Vorzügen der Arbeit wie auch des Studiums am Sprachenkonvikt gehörte die für DDR-Verhältnisse einmalige, großzügige Ausstattung mit Fachliteratur auch westlicher Herkunft. Das war der Unterstützung seitens der westlichen Kirchen zu verdanken. In einem begrenzten Rahmen profitierten hiervon auch die theologischen Fakultäten in der DDR.

Eine Reihe von Dozenten des Sprachenkonvikts waren vor allem in den 70er Jahren in kirchenleitende Ämter berufen worden (u.a. Kirchenpräsident Winter und die jetzigen Bischöfe Demke und Rogge). Eberhard Jüngel, einer der führenden evangelischen Theologen der Gegenwart, war schon 1967 einem Ruf nach Zürich und dann nach Tübingen gefolgt. Gerade den eben Genannten hatte das Sprachenkonvikt in seiner Aufbauzeit viel zu verdanken. Jüngel (Systematik), Demke (Neues Testament), J. Henkys (Praktische Theologie) wirkten beispielgebend und normsetzend hinsichtlich einer zu aktuell-brisanter Einsicht führenden konzentrierten, textbezogenen theologischen Arbeit.

(10) Die theologischen Hauptfächer waren am Sprachenkonvikt mit **je zwei Dozenturen** versehen. Das entspricht der Ausstattung theologischer Fakultäten (die aber z.B. an den kleineren DDR-Fakultäten - Jena, Greifswald, Rostock - nicht die Regel war) und hat vor allem den Sinn, innerhalb des gleichen Faches unterschiedliche Sichtweisen und methodische Ansätze zur Geltung zu bringen und für die Studenten erfahrbar zu machen. Aus diesem Grunde wurde auch (anders als an der Sektion) auf eine Unterteilung der Fächer in nicht zu überschreitende Kompetenzbereiche der einzelnen Dozenten verzichtet. Jeder Dozent vertrat als Lehrender und Prüfender grundsätzlich das ganze Gebiet seiner Disziplin. Daneben hatte er natürlich auch Gelegenheit für die Behandlung spezieller Themen und Forschungsgebiete in Vorlesungen und Seminaren.

Die in der Ordnung des Sprachenkonvikts festgelegte **Lehrverpflichtung** der Dozenten belief sich auf sechs Wochenstunden. Die Festsetzung dieser relativ niedrigen - aber in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen auch keineswegs ungewöhnlichen - Norm war durch den Gedanken an ein hochqualifiziertes Lehrangebot auf der Basis eigener Forschungstätigkeit geleitet. Die Praxis v. Lehre, Forschung, Publikationen, Studentenbetreuung, Verantwortung im Rahmen der Institution, vielfältiger Beteiligung an wissenschaftlichen und

kirchlichen Aufgaben unterschiedlicher Art machte auch einen Zustand mangelnder Beschäftigung undenkbar. Ohnehin ergab sich aus dem Bedarf eines hinreichenden Lehrangebots häufig oder teilweise auch regelmäßig eine Überschreitung der genannten Mindeststundenzahl. Die an der Sektion aufgrund einer reichlicheren Ausstattung mit Lehrkräften nicht selten geübte Praxis von Professoren, sich durch Dozenten oder Oberassistenten vertreten zu lassen, war am Sprachenkonvikt undenkbar. - Zusammen mit der Lektorin für Alte Sprachen (Griechisch, Latein) bestand das Dozentenkollegium des Sprachenkonvikts aus zwölf hauptamtlichen Lehrkräften. Dazu kam der vor allem für den Bereich der Verwaltung des Hauses und die äußere Gewährleistung des Studienbetriebes verantwortliche Ephorus. Einer der Fachdozenten versah für jeweils ein Jahr das Amt des Rektors und anschließend das des Prorektors. Diese Ämter hatten nichts mit zentralistisch-hierarchischer ("sozialistischer") "Leitungstätigkeit" zu tun. Es handelte sich vielmehr um die geschäftsführende, vor verschiedenen Wahlgremien rechenschaftspflichtige Verantwortung im Rahmen der gesamt-kollegialen Leitung der Hochschule. An ihr war durch entsprechende Vertretungen auch die Studentenschaft beteiligt.

(11) Die **Zulassung von Studienbewerbern** erfolgte durch einen Ausschuß des Kollegiums unter Beteiligung von Studenten, ohne ein Mit- oder Hineinwirken irgendeiner anderen Instanz. Die Immatrikulation war mit der schriftlichen Verpflichtung verbunden, jeden Versuch einer Spitzelwerbung sofort der Leitung des Hauses zu melden und diese Verpflichtung auch dem obskuren Anwerber zur Kenntnis zu geben. Das war der bestmögliche Schutz vor Stasi-Präsenz im Hause.

Das Sprachenkonvikt hatte während der gesamten Zeit seiner Existenz - anders als manche staatliche Fakultäten, auch die Theologiesektion der Humboldt-Universität - niemals das Problem eines bedenklichen Rückgangs von **Studentenzahlen**. Lange Zeit hatte das Konvikt im Durchschnitt einhundert Immatrikulierte, in den 80er Jahren auch noch beträchtlich mehr (130 bis 140). Für die ursprünglich stark frequentierte Theologische Fakultät (um 1060 noch über 200 Studierende) erwies sich das Sprachenkonvikt bald als existenzbedrohende Konkurrenz. Die Fakultät/Sektion erlebte einen rapiden Schwund und suchte dem u.a. durch Aufnahme auch erkennbar ungeeigneter Studienbewerber entgegenzusteuern. Da die besorgniserregende Situation auch durch den als Immatrikulationsbedingung geforderten NVA-Dienst mitbedingt war, suchte die Fakultät durch eine Initiative in Richtung NVA deren anfangs großzügige Rückstellungspraxis gegenüber Konviktsabsolventen zu unterbinden. Auch anderweitige Aktivitäten mit der Zielstellung, dem Konvikt zu schaden (u.a. eine von der Sektion her versehene Zensurtätigkeit), sind aktenkundig.

Es waren wohl vor allem innere Gründe, die trotz Erweiterung des Lehrkörpers in einer Reihe von Nebenfächern einen unübersehbaren Rückgang an der Sektion Theologie verursachten. Einbußen an gesamt-theologischer Kompetenz und Ausstrahlung (ungeachtet fachlicher Spezialisierungen) im Vergleich zur ersten Nachkriegszeit; das Umsichgreifen teils deklamatorisch-politischer, teils auch repressiver Aktivitäten mehrerer Mitglieder des Lehrkörpers - und ein (nach eigenem Zeugnis bei öffentlicher Aussprache zur Vergangenheit) angstbesetzt-angepaßtes bis politisch-beflissenes Verhalten der meisten anderen. Ein gerade in Sachen Theologie bedenklicher Glaubwürdigkeitsschwund war unausbleiblich. Studierende erfuhren in der für ihr weiteres Leben und für ihr berufliches Wirken im kirchlichen Dienst entscheidenden Bildungsphase statt starker Impulse aus der befreienden Wahrheit des Evangeliums nun auch an der Stätte zu erwartender diesbezüglicher Kompetenz eine Atmosphäre von Unfreiheit und Angst. Wer das Pech hatte, einem Studienjahresbetreuer der Müller-Fraktion zugeordnet zu sein, erlebte, wie es persönliche Zeugnisse bekunden, u.U. damit auch den Lehrkörper als ganzen als unzugänglich-bedrohliches Gegenüber.

(12) Eine am Sprachenkonvikt als selbstverständlich erkannte Aufgabe war die Förderung **wissenschaftlichen Nachwuchses.** Dafür standen eine Reihe von Repetenten- und Assistentenstellen, gelegentlich auch kirchliche Forschungsstipendien, zur Verfügung. Durch ein **kirchliches Promotions- und Habilitationsverfahren**, das wegen der staatlichen Nichtanerkennung der kirchlichen Hochschulen im Rahmen eines gesamtkirchlich verantworteten gemeinsamen Verfahrens der drei kirchlichen Hochschulen praktiziert wurde, qualifizierten sich seit Mitte der 60er Jahre über zwanzig Absolventen. Das Verfahren entsprach der traditionellen Promotion bzw. Habilitation an einer theologischen Fakultät, erreichte aber trotz wiederholter kirchlicher Bemühungen niemals die staatliche Anerkennung. Sie erfolgte durch offizielle Verleihung der erworbenen Titel ebenso wie die Ernennung der Dozenten der kirchlichen Hochschulen zu Professoren erst 1990 durch die Regierung de Maizière.

3. Außenbeziehungen. Theologie und Politik am Sprachenkonvikt

(13) Dozenten und Studenten des Sprachenkonvikts wurden zwar DDR-intern absichtsvoll minderbewertet; der Name der Institution blieb obskur und stets erläuterungsbedürftig; kirchlich graduierte Dozenten erschienen Unkundigen mangels Titel als solche, die "akademisch" nichts aufzuweisen hatten. Andererseits gab es in verschiedenen Forschungs- und Publikationsunternehmungen - vor allem bei der Evangelischen Verlagsanstalt unter finanzieller Mitverantwortung der Kirche - eine selbstverständliche Zusammenarbeit zwischen Theologen der Sektionen und der kirchlichen Hochschulen. Im weiteren Horizont der **Außenbeziehungen** spielten die erwähnten Diskriminierungen ohnehin keine Rolle. Man fand sich anerkannt bei westdeutschen und ausländischen Fachkollegen; es fehlte nicht an Einladungen zu Kongressen und Gastvorlesungen, die seit Mitte der 70er Jahre in vielen Fällen auch realisierbar waren, da die Kirchenleitung, die für jede Reise die Befürwortung an die Adresse "Staatssekretär für Kirchenfragen" beschließen und formulieren mußte, kein Privilegiensystem von "Reisekadern" praktizierte.

Es gab Gastvorlesungen namhafter Theologen (zwecks Unabhängigkeit gegenüber behördlicher Zulassung anfangs als "Diskussionsbeiträge" privat einreisender Personen deklariert). Das Sprachenkonvikt diente im übrigen als gern besuchter Tagungsort, u.a. für Fachkonsultationen der einzelnen theologischen Disziplinen (firmiert als Veranstaltungen des Evangelischen Kirchenbundes). Mit den Theologen des deutschen Sprachbereiches gab es hier einen auch von den Nicht-DDR-Kollegen stets als wichtig empfundenen wissenschaftlichen Austausch. Darüber hinaus gab es Beziehungen u.a. zu einer theologischen Hochschule in Boston/USA. In den 80er Jahren gelang es mehrmals, Gastdozenturen herüber und hinüber zu realisieren.

(14) Unbestreitbar partizipierte das Sprachenkonvikt an der **relativ geschützten Stellung,** die die Staatsführung der DDR aus mancherlei Gründen der Kirche - zwar nicht den Christen überhaupt, aber in der Regel den Institutionen und Personen der Amtskirche - zubilligte. Diese Feststellung gewinnt heute gelegentlich den Unterton eines Vorwurfes. Dozenten und Studenten der Sektionen sahen sich unmittelbarer mit der DDR-Realität konfrontiert, obwohl man auch sehen muß, daß die Universitätstheologen wegen ihrer exzentrischen Stellung und Kirchennähe für die Herrschaftspraxis von SED-Instanzen im Vergleich zu Angehörigen anderer Fakultäten schwer handhabbare "Objekte" waren.

War das Sprachenkonvikt ein Wolkenkukkucksheim und eine Insel der Seligen? Konnte man sich dort das wirkliche Leben in der DDR "oft gar nicht vorstellen", wie jüngst behauptet wurde? Gewiß, eine relative Abgeschirmtheit gegenüber den ja auch sehr unterschiedlichen Varianten des ("wirklichen"!?) DDR-Alltags war möglich, sofern das keineswegs mit der Konviktsexistenz identische persönliche Umfeld jedes einzelnen dies zuließ. Es gab ein intensiveres internes Leben (den gemeinsamen Mittagstisch, Andachten, Exkursionen, Semesterfeste und andere Feiern), freilich mit recht unterschiedlicher Beteiligung (vor allem seitens der extern Wohnenden, über die Hälfte der Immatrikulierten). Nicht wenige hatten Familie mit Partnern in "normalen" Berufen. Im übrigen: Die Biographien mancher Konviktler waren durch staatliche Repressionen bis hin zur Hafterfahrung gekennzeichnet. Immer wieder gab es auch das Überwechseln hochqualifizierter Leute zur Theologie nach sattsam frustierenden Erfahrungen in anderen Tätigkeiten (z.B. in Ingenieurberufen). Solchen blieb die Universität ohnehin verschlossen.

1974 führte eine lächerlich harmlose Bekundung studentischer Nichtangepaßtheit zu von heute her schon absurd anmutenden Aktivitäten einer "Schadensbegrenzung". Eine stille Prozession vom Konvikt in Richtung Stadtzentrum ("Kerzenmarsch") bedrohte aus der Sicht staatlicher Instanzen das Gefüge der sozialistischen Ordnung. Das beschäftigte das Kollegium in einer Serie spätabendlicher Sitzungen. Von der Staatsseite erwartete Maßnahmen gegen die beteiligten Studenten kamen nicht in Betracht; diese wiederum mußten ihre Mitverantwortung für eine Weiterarbeit der Hochschule begreifen; den Staatsfunktionären aber war zu erklären, daß man Studenten nicht als aktuell manipulierbare Objekte von Erziehung und Indoktrination betrachten und behandeln könne und wolle - eine wiederum fast chancenlose "Überzeugungsarbeit"

Aufgrund der erwähnten Immatirkulationsverpflichtung der Studenten (s.o. Nr.11) meinte man relativ gewiß sein zu können, den Stasi nicht im Hause zu haben. Die jüngst bekannt gewordenen Stasi-Kontakte von Generalsuperintendent Günter Krusche, die auch während seiner Dozententätigkeit am Sprachenkonvikt (1974-1983) bestanden, bezogen sich, wie Krusche betonte, niemals auf Angelegenheiten des Konvikts. Dennoch scheinen die Tatsache selbst und der Umstand, daß Krusche niemanden ins Vetrauen zog, im nachinein als eine Belastung des stets vorausgesetzten und praktizierten Vertrauensverhältnisses.

Außer den normalen Behördenkontakten (Wohnungsamt u.a.) gab es seitens des Konvikts in der Regel nur einmal jährlich eine Visite des jeweils neuen Rektors mit dem Ephorus im Roten Rathaus beim Referenten für Kirchenfragen. Hier vernahm man bekannte politische Deklamationen und die Erwartung politischen Wohlverhaltens der Studenten. Vergleichsweise selten wurde man mit Anfragen, die auf internen Informationen (Stasi im Hause oder in der Eckkneipe?) beruhten, konfrontiert.

(15) Das Sprachenkovikt - Dozentenkollegium und Studentenschaft - betrachtete es niemals als seine Aufgabe, eine **politische Opposition** zu formieren und in einem irgendwie prinzipiellen Sinne Widerstand gegen den Staat "DDR" zu organisieren. Für die junge und mittlere Generation war die DDR, wie frustierend und beklemmend auch immer, eben der Staat, in und mit dem man leben mußte, wenn man nicht doch schließlich (bei Konviktualen relativ selten) einen Ausreiseantrag stellen wollte. Ältere, für die sich biographisch DDR-Erfahrung an die vorangegangene des "Dritten Reiches" anschloß, verbannten die gänzlich irreal erscheinende Hoffnung auf fundamentale Veränderungen aus dem Bereich lebenszeitlich noch erfüllbarer Träume. Weitgehend war man sich einig, daß auch innerhalb der ungeliebten und nicht gewählten Ordnung das biblische "Suchet der Stadt Bestes!" gelten müsse - aber auch darin, daß angesichts der Kluft zwischen Realität und propagandistischer Fassade die Verantwortlichen (mit Bezug auf die faktischen und festgeschriebenen Koordinaten des Staatsgefüges, aber auch auf die hochtrabende Phraseologie der Staatsziele) in geeigneter Weise (z.B. durch Leserbriefe ans "Neue Deutschland") beim Wort zu nehmen seien. Manche Formen studentischen Protestes besonders seit 1988 weckten innerhalb des Dozentenkollegiums Besorgnis, wenngleich die Änderung der politischen Situation gegenüber der frühen massiv stalinistischen Praxis und auch im Vergleich zu den 70er Jahren unübersehbar war. Das Dozentenkollegium wußte sich nach wie vor primär verpflichtet, auf das ordentliche Studieren zu achten. Darüber konnte es gegenüber manchen Studenten zu Prioritätenkonflikten kommen.

Auch in der Zeit der sich anbahnenden und dann in rasantem Tempo sich vollziehenden Wende war und blieb die Theologie als Aufgabe des Sprachenkonvikts wichtig - dies gerade unter dem sich verstärkenden Eindruck von brisanter Transparenz theologischer Einsicht und kirchengeschichtlicher Situationen und Ereignisse. Eine genaue stoff- und textbezogene Arbeit konnte unerhört aussagekräftig werden und ist es bis heute. Es war kein ad-acta-Legen von theologischer Einsicht und Überzeugung, kein Hinüberwechseln in eine total "andere Welt", wenn wichtige Aktivitäten im Zusammenhang der Wende auch vom Sprachenkonvikt ausgingen und sich unschwer erkennbar einer dort vermittelten theologischen Kultur (genaues, differenziertes Wahrnehmen; "beim-Wort-Nehmen" von Texten, Aussagen, Zusagen; situationsbezogenes und zugleich -transzendierendes Denken) mit-verdankten. Das Wiedererstehen der SPD (SDP) (mit den Namen Gutzeit, Meckel, Seifert) und die Initiative "Demokratie jetzt" (mit Wolfgang Ullmann) verweisen auf die Adresse Sprachenkonvikt. Theologische und philosophische Grundlagenarbeit, klärende Analysen (z.B. zum Verhältnis von Staat und Recht angesichts täglich erfahrbarer Realität oder zur Formel "Kirche im Sozialismus"; R. Schröder 1988/89) gehörten zur geistigen Vorbereitung der Wende. In den dramatischen Tagen des Oktober 1989 erschien das Sprachenkonvikt zeitweilig als ein Zentrum von Aktion und Konspiration - auch gerade prominent werdende Nicht-Konviktuale gingen ein und aus.

III. Die Fusion als Problem und als Chance

(16) Warum studierten die einen an der Fakultät bzw. Sektion, die anderen am Sprachenkonvikt? Schon bei einer ersten gemeinsamen Klausurtagung von Lehrkörper und Studentenschaft beider Institutionen im Januar 1991 (noch vor der Fusion) und seither mehrfach wieder (z.B. im Zusammenhang mit Diskussionen um die Person und Funktion von Heinrich Fink) bekundete sich ein deutliches **Legitimationsinteresse** der einen wie der anderen Seite. Vor allem aus den Reihen der Studenten und auch des wissenschaftlichen Nachwuchses kommen affektive bis explosive Meinungsäußerungen. Humboldtianer sagen: "Ihr Konviktualen hieltet euch in einem kirchlich geschützten Raum auf. Uns aber war es wichtig, unter den gleichen Bedingungen zu existieren und zu studieren wie diejenigen, mit denen wir es als künftige Pfarrer und Seelsorger zu tun haben würden." Sprachkonviktler wiederum fragten die Humboldtianer: "Wie konntet Ihr, sofern es euch ernst ist mit dem christlichen Glauben und einem Dienst an der Kirche, an dieser Sektion studieren?" - d.h. an einer Institution, an der die essentiell das Thema bestimmende befreiende Wahrheit des Glaubens in beklemmender Weise überlagert und verdeckt werden konnte durch eine Totalität politischer Agitation, Beflissenheit und Angepaßtheit?

Das Argument vom "geschützten Raum" hat relative Geltung, kennzeichnet aber weder generell noch individuell-biographisch in der gemeinten Pauschalität die Situation der Konviktler (s.o. Nr. 14). Der von Studenten wie auch von Professoren wiederholt betonte Gesichtspunkt einer mit der universitären Existenz gegebenen solidarischen Teilhabe an der generellen Situation von DDR-Bürgern klingt bestechend, erweist sich aber bei näherem Hinsehen als problematisch. Einmal: Die Situation von Theologen - Studenten wie Dozenten - war und blieb exzeptionell. Bei Relegierungen aus politischen Gründen (es gab sie nicht nur in den 50er, sondern auch noch in den 80er Jahren - kaschiert als Exmatrikulation auf eigenen Antrag wegen Nonkonformität in der Zivil- bzw. Wehrdienstfrage) oder bei "Aufhebung" des Dienstverhältnisses (mit unverhohlen kaderpolitischer Begründung; so mehrfach Anfang der 60er Jahre, danach m.W. nicht mehr) brauchte wegen der unabhängigen Stellung der Kirche bei hinreichenden Fähigkeiten niemand besorgt zu sein, ins berufliche und soziale Nichts zu geraten.

Dann aber fällt alles Gewicht auf die Frage, **wie** in solcher (partiell-)solidarischen Situation Theologie gelehrt und studiert wurde. Ein beklemmendes Defizit zeigte sich hinsichtlich dessen, was Theologie - die mehr ist als ein Konglomerat von "Fächern" - eigentlich ausmacht: das sowohl historisch als auch situativ-aktuell deutlichen Benennens der biblisch bezeugten, von totalitären Ansprüchen jedweder Art befreienden Wahrheit. Wo nicht dies, sondern namens der Staatsraison als oberstem Gebot angepaßt oder gar ideologisch-programmatisch (wie z.B. im Bereich systematischer und praktischer Theologie) das Gegenteil vertreten wurde, da geriet Fachgelehrsamkeit zur Alibifunktion und wurde aus der Situations-Teilhabe als ermutigender Präsenz im Zeichen von Glaubenserkenntnis eine im besseren Falle (sit venia verbo!) masochistische Verhaltensweise. Wenn eine ehemalige Sektions-Studentin, die durch den Pankower Friedenskreis der 80er Jahre bekannte Pastorin Misselwitz, betont, ohne die Erfahrungen an der Berliner Sektion Theologie hätte sie ihren weiteren Weg nicht in gleicher Entschiedenheit beschritten, so daß das die Reaktion des Zorns auf genau zu benennende Erlebnisse - im Zeichen von selbständig anderweitig gewonnener theologischer Klarheit. Eine solches gegenläufig produktives "Lernen" war und ist aber nicht jedermanns Sache und als hochschulpädagogisches Leitbild kaum diskutabel!

(17) Die seit dem 1. März 1991 rechtskräftige **Fusion** der Kirchlichen Hochschule Berlin-Brandenburg (ehem. Sprachenkonvikt) mit der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität bedeutete die völlige Integration beider Lehrkörper und beider Studentenschaften zu einem Gesamtverband. Seitens der Universität übernommen wurde auch die Bibliothek des Sprachenkonvikts samt Fachkräften (jetzt lokalisiert im Dom). Das Studentenheim bleibt samt Stammpersonal als "Theologisches Konvikt" bestehen.

Die Kollegien beider Institutionen hatten sich von Anfang an (nachdem sich ein Zusammengehen des Sprachenkonvikts allein mit der westberliner Mater als unrealistisch erwiesen hatte) für den gemeinsamen Weg entschieden. Für den Lehrbetrieb und die Dienstfunktionen stehen die ursprünglich für das Sprachenkonvikt ausgebauten Räume des Doms und das vis-à-vis rechts der Spree gelegene bisherige Gebäude der Fakultät zur Verfügung.

Die Zusammenarbeit in den verschiedenen Gremien läßt das Bemühen um ein gutes kollegiales Verhältnis erkennen. Die Struktur- und Berufungskommission hat kürzlich ihre Arbeit beendet. Es gibt einen großzügig bemessenen Stellenplan. Für die Mehrheit der bisherigen Mitglieder beider Lehrkörper liegen Berufungsempfehlungen vor; bei einigen erwies sich die wissenschaftliche Qualifikation trotz des bei der ehemaligen Sektion erworbenen "Dr. sc."-Titels als unzureichend. Politische Kriterien kamen in solchen Fällen nicht zur Anwendung. (Das Ehepaar H. Müller und R. Müller-Streisand befindet sich bereits im Ruhestand, sucht aber weiterhin frühere Überzeugungen durch die Privatpublikation der "Weißenseer Blätter" zu propagieren.)

Am 1. Oktober 1992 wird auch die Kirchliche Hochschule (unter Berücksichtigung der beamtenrechtlichen Stellung des dortigen Lehrkörpers) mit der Theologischen Fakultät fusioniert werden. Soweit durch die Hinzukommenden die Zahl der Sollstellen überschritten wird, übernimmt die Kirche bis zur Pensionierung die Personalkosten. Die Durchführung eines gemeinsamen Lehrbetriebs wird vor allem aus Raumgründen erhebliche Probleme mit sich bringen. Die mit einer guten Bibliothek und räumlich für den bisherigen Bedarf vorzüglich ausgestattete Hochschule liegt eine Verkehrsstunde von der Theologischen Fakultät entfernt. Diese soll aber ihren bisherigen Standort in Berlin-Mitte behalten. Eine zufriedenstellende Gesamtlösung wird erst auf längere Sicht möglich werden.

Die Erfahrungen von einem Jahr Fusion sind z.T. widersprüchlich, aber insgesamt nicht entmutigend. Eine ursprünglich stark spürbare Fremdheit zwischen beiden Teilen der Studentenschaft, die sich z.T. auch darin zeigte, daß man sich überwiegend an die jeweils "alten" Dozenten hielt, dürfte im Zuge gemeinsamer Arbeit und zunehmender Fluktuation zurücktreten. Schon jetzt gibt es (z.T. von der Kirchlichen Hochschule her) einen beträchtlichen Studentenanteil aus den alten Bundesländern. Ein starkes Anwachsen der Studentenzahlen ist zu erwarten. Die Aufarbeitung der eigenen neueren Geschichte soll, wie schon im zurückliegenden Semester im Rahmen einer Sozietät und einer weiteren Arbeitsgruppe begonnen, fortgesetzt werden.

Probleme der Vergangenheit dürften in der Lebenspraxis der sich verändernden Fakultät nach den ersten z.T. kontroversen Klärungsversuchen aus Gruppen-Phänomenen zunehmend zu solchen der persönlichen Biographien werden. Für die Übergangszeit allerdings verspricht das Zusammenwirken der drei auch je in sich keineswegs homogenen Lehrkörper recht "interessant" und keineswegs unkompliziert zu werden. Die Inhaber von Leitungsämtern werden noch weniger als jetzt schon zu beneiden sein. Aber - an der Berliner Theologischen Fakultät wird das Abenteuer "Einheit" zu erleben und zu studieren sein wie sonst fast nirgends. Und Studierende werden ein Lehrangebot antreffen, das im Zeichen der Qual der Wahl die frühere Situation am gleichen Ort unvorstellbar erscheinen las-sen wird.

Rudolf Mau, Prof. Dr., Kirchenhistoriker an der fusionierten Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, war von 1954-1964 wissenschaftlicher Assistent an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität und von 1964-1991 Dozent am Sprachenkonvikt

Martin Onnasch (Naumburg):

Kirchliche Hochschule in Naumburg

Wie auch die anderen beiden Kirchlichen Hochschulen in Berlin und Leipzig ist die Naumburger geboren aus den Umständen der deutschen Geschichte nach 1945. Sie spiegelt in ihrer Entwicklung die besonderen Verhältnisse in der DDR wider. Davon wird zu reden sein. Die Absicht, die Kirchliche Hochschule in eine neue Universität Erfurt als Theologische Fakultät zu überführen, ist nach dem Votum des Wissenschaftsrates so kaum zu verwirklichen; denn die Universität wird danach erst in fünf bis zehn Jahren Gestalt annehmen können. Deshalb ist ihre Zukunft nicht mehr ungewiß: sie wird verschwinden. Das läßt sich rational begründen, aber es bleibt ein Gefühl von Verlust, auch Schmerz und Bedauern.

Die Naumburger Hochschule hat eine bewegte Entwicklung genommen. Sie konnte nie ganz das werden, was sie nach Absicht ihrer Gründer sein sollte; jetzt kann sie nicht mehr sein, was sie geworden ist. Das zu beschreiben ist die Aufgabe dieses Beitrages.

"Katechetisches Oberseminar Naumburg"

Das "Katechetische Oberseminar" - ein Name, der so schwierig ist, daß er zu den abenteuerlichsten Verunstaltungen geradezu einlädt - entstand 1949 auf Initiative der Magdeburger Kirchenleitung. Zunächst in Wittenberg für wenige Monate beheimatet, hatte es seit Anfang 1950 in Naumburg die Aufgabe, Religionslehrer für die Oberschulen der DDR auszubilden. Das 1945 festgestellte Prinzip, daß Schule und Kirche zu trennen sind, machte die Kirchen für den Religionsunterricht verantwortlich. Sie hatten für den Lehrplan und die Lehrkräfte selbst zu sorgen. In unglaublich kurzer Zeit ging der Aufbau von Ausbildung und Einsatz geeigneter Frauen und Männer vonstatten. Ein Zentrum in der Kirchenprovinz Sachsen entstand dafür in Naumburg, weil Otto Güldenberg - Theologe und Pädagoge zugleich - hier konzeptionelle und praktische Arbeit leistete.

Für die Oberschulen brauchte man jedoch

Lehrer mit Hochschulausbildung in Theologie und Pädagogik. An den Universitäten der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gab es wegen des Trennungsprinzips keine Studienzulassungen für diese Fachkombination. Während andere Landeskirchen sich auf die damals noch bestehende Möglichkeit verließen, entweder aus dem Schuldienst entlassene Studienräte einzustellen oder auf die Ausbildung an den westdeutschen Universitäten setzten, richtete die Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen das "Oberseminar" ein. Sie rechnete also nicht mit damals leidenschaftlich ersehnten Veränderungen im geteilten Deutschland und gab sich nicht mit Provisorien ab.

Unter unglaublich primitiven Bedingungen bei der räumlichen und technischen Ausstattung nahmen die Studenten und Lehrkräfte ihre Arbeit auf. Die Ansprüche waren hoch, die an sie gestellt waren. Nur die Qaulität der Ausbildung konnte den Studenten die Anerkennung in ihrem künftigen Beruf verschaffen. Der erste Rektor des Oberseminars Dr. Ernst Kähler gewann nach und nach Lehrkräfte von Kompetenz, die z. T. ihre Aufgabe neben der Arbeit als Pfarrer erfüllten. Die räumliche Enge erzwang eine Lebensgemeinschaft, die über den Unterricht hinaus den Tagesablauf bestimmte und geistige und geistliche Prägung unverwechselbarer Art schuf.

Die Absicht bei der Einrichtung des "Oberseminars", Lehrkräfte für die Oberschulen auszubilden, ist wegen der Schulpolitik der SED und wegen der verschärften Verdrängung der Kirchen aus der Öffentlichkeit seit 1952 nie wirksam geworden. Unterricht in "Christenlehre" - wie Religionsunterricht im östlichen Teil Deutschlands seit Kriegsende konsequent genannt wurde - fand nicht mehr in Schulen, sondern nur noch in Räumen der Kirchengemeinden statt. Für Oberschüler gab es dieses Angebot auch, aber immmer weniger nahmen es an, weil sie für ihren Bildungsweg Nachteile befürchten mußten, wenn sie sich als Christen erkennbar machten. Seit 1957 erhielten Schüler aus bewußt christlichen Elternhäusern oft gar nicht erst die Zulassung zur Oberschule. Für die Ausbildung in Naumburg bedeutete das: die Absolventen - die ersten beendeten 1955 ihr Studium - mußten neben ihrer pädagogischen Kompetenz so ausgebildet sein, daß sie als Pfarrer eingestellt werden konnten; sie hatten mit der Fähigkeit, als "Lehrer" ausgebildet zu sein, eine zusätzliche Aufgabe im kirchlichen Dienst zu erfüllen. Das war schwierig und reizvoll zugleich. Erst 1970 regelten die Kirchen die zusätzliche Ausbildung zum Theologiestudium in der Weise, daß eine Erweiterung der Lehrveranstaltungen mit einer Prüfung für die Theologisch- pädagogische Qualifikation abgeschlossen werden konnte. Insgesamt haben etwa 100 Absolventen des Katechetischen Oberseminars die Möglichkeit genutzt, die Befähigung für pädagogische Aufgaben zu bekommen.

Noch einmal zurück zu den ersten Jahren. Nicht nur die Bildungspolitik hat in die Entwicklung des "Oberseminars" eingegriffen, sondern ebenso die Konfrontation der beiden deutschen Staaten. Im Zuge der ersten Hochschulreform der DDR 1952 schloß die Regierung der DDR alle Studenten vom Zugang an den Universitäten aus, die zeitweise an westdeutschen oder schweizerischen Hochschulen studiert hatten. Davon waren in besonderen Maße solche Theologiestudenten betroffen, die ihren Dienst in den Landeskirchen der DDR tun wollten und nicht den konfliktfreieren Weg in den "Westen" nahmen. Zielscheibe der politischen Angriffe war die Kirchliche Hochschule in Berlin-Zehlendorf. Zeitweise bedeutete ein Nachweis

von dort gehörten Lehrveranstaltungen ausreichenden Grund, die Immatrikulation an einer der Theologischen Fakultäten der DDR zu versagen. Die Bischöfe baten in dieser Zeit öffentlich Studenten und Vikare, in den Dienst der öffentlichen Kirchen zu kommen, um den Pfarrermangel nicht noch größer werden zu lassen. Das Naumburger "Oberseminar" übernahm es, für solche Studenten den Abschluß des Studiums zu ermöglichen, die ihn anders nicht erreichen konnten. Das führte zu Berufungen von geeigneten Lehrkräften - nun mit besonderer Kompetenz in den theologischen Disziplinen.

Der Weg zu einer "Kirchlichen Hochschule" ergab sich also aus den Verhältnissen der DDR - nicht aus einem Programm. Es fand Unterstützung und Förderung zuerst von der Kirchenprovinz Sachsen; aber auch Professoren der Theologischen Fakultät in Halle übernahmen Lehrveranstaltungen, bis ihnen das offen oder verdeckt verboten wurde. Trotzdem hat seit der Bildung des "Kuratoriums" - ein von den Landeskirchen gebildeter Ausschuß zur Leitung des "Oberseminars" - diesem immer auch ein Fakul-tätsmitglied aus Halle angehört. Seit der Mitte der fünfziger Jahre waren alle theologischen Disziplinen mit Dozenten besetzt, und in den sechziger Jahren bewilligte das Kuratorium eine Doppelbesetzung. Wegen des pädagogischen Auftrages lehrten dann sogar zwei pädagogisch qualifizierte Theologen für alle Arbeitsgebiete - angefangen von der Kinderarbeit bis hin zur Erwachsenenbildung.

War in den sechziger Jahren eine vollständige Hochschule entstanden, so kamen spezielle Aufträge hinzu: die Bearbeitung der Geschichte und Theologie der orthodoxen Kirchen, insbesondere der russisch-orthodoxen Kirche, die von Theologen zu leisten war, die gleichzeitig als Slawisten qualifiziert sein mußten.
Die beiden Vertreter, die diesen Auftrag wahrgenommen haben - Fery von Lilienfeld und Günther Schulz -, leisteten wesentliche Hilfe bei den Kontakten zu den orthodoxen Kirchen und bei den theologischen Gesprächen, die auf einem hohen Niveau seit den siebziger Jahren geführt worden sind. Seit 1985 ist mit dem Katechitischen Oberseminar eine vom "Bund der Evangelischen Kirchen der DDR" eingerichtete "Forschungsstelle für kirchliche Zeitgeschichte" verbunden. Sie hatte den Auftrag, die Geschichte der Kirchen der DDR zu dokumentieren und an wichtigen Punkten Studien anzufertigen. Bereits in den siebziger Jahren gab es wissenschaftliche Arbeiten zur Zeitgeschichte, wie z. B. die leider ungedruckt gebliebene Studie von Axel Noack zur Geschichte der Evangelischen Studentengemeinden seit 1945. Hier geschah eine Arbeit, die sonst von niemandem in Angriff genommen wurde, um politischen Konflikten auszuweichen.

Bis an die Grenze der räumlichen und personellen Möglichkeiten kam das "Oberseminar", als 1966 ein Kurs zur Ausbildung von Juristen für den kirchichen Dienst eingerichtet wurde, dem aber nur noch ein zweiter folgte. Der Mangel in den kirchlichen Verwaltungen an qualifizierten Juristen mußte behoben werden, zumal für kirchliche Zwecke keine Ausbildung an de Universitäten und Hochschulen möglich war. Unter Leitung des Freiburger Rechtsanwalts Dr. Friedrich bekamen ca. 30 Studenten eine Ausbildung von solcher Qualität, daß sie nicht nur in den kirchlichen Dienststellen, sondern weit darüber hinaus gesuchte Leute geworden sind.

In der Fortbildung von Pfarrern und Katecheten leisteten besonders die pädagogisch qualifizierten Dozenten zusammen

mit den anderen Vertretern theologischer Disziplinen erhebliches. In unterschiedlichen Formen, wie z. B. einem einjährigen "Kontaktstudium" oder einem "Aufbaustudium", erhielten die Teilnehmer Kenntnisse, um Leitungsaufgaben übernehmen zu können.

Ein Fundus besonderer Art ist die Bibliothek des "Katechetischen Oberseminars". Sie ist die größte kirchliche Bibliothek in der DDR gewesen und hat auch jetzt noch ca. 150.00 Bände, nachdem einige kostbare, alte Bibliotheken an die Leihgeber zurückgegangen sind.

Die Verdienste um ihren Aufbau kommen neben anderen Mitarbeitern dem Alttestamentler Dr. Konrad von Rabenau zu, der mit Leidenschaft und Phantasie Bücher beschafft und in systematische Ordnung gebracht hat. Ohne die von ihn organisierten Spenden der westdeutschen Kirchen hätte die Bibliothek allerdings kaum den berechtigten Ruf gewonnen, auf dem aktuellsten Stand der theologischen Literatur zu sein. Seit 1978 beherbergt eine im Inneren umgebaute Kirche in Naumburgs Innenstandt ein Magazin, den Lesesaal und die Arbeitsräume der Bibliothekare. Die Freihandbibliothek ermöglicht den Studenten und Dozenten, selbst die benötigten Bücher zu suchen und in dem Bestand Entdeckungen zu machen. Spezielle Sammelgebiete sind bei Anschaffungen pädagogische, philosophische, zeitgeschichtliche und exegetische Literatur. Was aus dem kostbaren Bestand einmal gemacht werden kann, bedarf sorgfältiger Überlegung.

Bildung und Ausbildung am "Katechetischen Oberseminar"

Im Immatrikulationsbuch der Kirchlichen Hochschule sind bis jetzt ca. 1250 Studenten verzeichnet. Nicht alle haben das Studium beendet. Die Anforderungen - zuerst bei den Sprachprüfungen in Hebräisch, Griechisch und Latein, dann aber auch bei den Seminararbeiten waren hoch. Das Scheitern an diesen Hürden hat sicher manchen verletzt, aber das Dozentenkollegium hat seine Aufgabe darin gesehen, hohe Ansprüche zu stellen und sie festzuhalten, weil es im kirchlichen Raum auch noch andere Ausbildungsmöglichkeiten gab, die andere Begabungen erforderten als die hier gefragten. Die Wechselmöglichkeiten zwischen den drei Kirchlichen Hochschulen und ein Übergang an stärker praktisch orientierten Predigerschulen sind von Studenten zeitweise lebhaft genutzt worden.

Naumburg ist eine Kleinstadt in reizvoller Landschaft, die Umgebung der Stadt voller Zeugen deutscher Geschichte. Das kulturelle Angebot jedoch fehlte. Theologie aber kann nur zusammen mit relativ breiter Allgemeinbildung fruchtbar studiert werden.

Den Studenten stand in der Bibliothek reichlich vorhandene belletristische Literatur zur Verfügung. In den Lehrveranstaltungen boten Dozenten und Lehrbeauftragte Themen aus der Germanistik, der Kunst und der Naturwissenschaft an. Einen Höhepunkt stellte das "studium universale" am Beginnn des Sommersemesters dar, bei dem Gäste aus allen Gebieten - angefangen von der Archäologie über Theaterwissenschaften, Dichterlesungen bis hin zur modernen Physik - Vorträge hielten. "Offene Abende", zu denen Interessierte aus der Stadt eingeladen waren, erweiterten während des Semesters die allgemeinbildenden Veranstaltungen. Im "Oberseminar" waren z. B. Reiner Kunze zu Gast, als er Publikationsverbot hatte, Bettina Wegner, Rainer Kirsch, Stephan Hermlin, Franz Fühmann, Heinz Knobloch, Christa Wolf,

aber auch Walter Jens. Mit diesen Angeboten konnte zwar nicht dem Traditionsbruch in der Bildung Einhalt geboten werden, aber es trat ins Bewußtsein, welche Reichtümer vorhanden waren und genutzt werden konnten.

Die Leitbilder der Ausbildung haben sich während der vierzig Jahre des Bestehens der Hochschule erheblich gewandelt. Waren im ersten Jahrzehnt Disziplin und Sachlichkeit leitende Werte, denen Studenten und Dozenten gleichermaßen verpflichtet waren, so brachten das zweite und dritte Jahrzehnt die Mündigkeit und Mitverantwortung von Studenten an der Gestaltung und Leitung der Ausbildung in den Vordergrund. 1970 übernahm der "Konvent" - ein aus fünf gewälten Studenten und Dozenten sowie einem Vertreter der Assistenten zusammengesetzter Ausschuß - für die Studiengestaltung und -ordnung und für die Berufung neuer Dozenten wesentliche Kompetenzen, die zuvor allein beim Dozentenkollegium gelegen hatten. Der "Konvent" war wohl das erste Mitbestimmungsgremium aller Kirchlichen Hochschulen und eine echte Schule demokratischer Verhaltensweisen. Er befaßte sich intensiv mit Problemen der Studienreform - radikalen Konzepten und behutsamen Änderngen. Die Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Lehrkörper waren nicht selten scharf und verletzend für beide Seiten. Zu einschneidenden Veränderungen kam es nicht, aber erst im Rückblick wird klar, daß sich mit kleinen Schritten und mit manchen mühsam errungenen Kompromissen viel geändert hat. Am wichtigsten und kostbarsten ist jedoch das fest verankerte Bewußtsein bei Studenten und Dozenten, daß diese Mitbestimmung veläßlich ist und daß nach demokratischen Regeln geführte Konflike zu sinnvollen und tragfähigen Ergebnissen führen. Wenn in Naumburg irgendwo eine "Schule der Demokratie" bestanden hat, dann war sie der "Konvent". - Bei aller Kontinuität zu dem eben beschriebenen Abschnitt haben die achtziger Jahre einen neuen Akzent durch die friedensethischen Konflikte bekommen. Die Studentengemeinde Naumburg, deren Pfarrer Edelbert Richter war, und die "Junge Gemeinde" Naumburg mit ihrer Pastorin Andrea Richter, waren mit dem "Oberseminar" eng verbunden, weil sich Studenten in beiden Gemeinden engagierten. Beide haben den Protest gegen die Nachrüstung in der Aktion "Schwerter zu Pflugscharen", mit dem demonstrativen "Schweigen für den Frieden" in der Öffentlichkeit gefördert; sie haben sich für einzelne Gemeindeglieder, die als "Unangepaßte" staatlichen Repressionen ausgesetzt waren, aktiv eingesetzt; unter Edelbert Richters Verantwortung haben Zusammenkünfte von Antragstellern auf Ausreise stattgefunden. Studenten des "Oberseminars" haben sich nicht nur mit ihnen engagiert, sondern sich auch auf eigene Verantwortung Konflikten ausgesetzt. Dadurch geriet die Hochschule natürlich in Turbulenzen. Die jährlich wechselnden Rektoren bekamen vom Rat des Kreises deutliche Signale, daß die Vorgänge nicht folglos bleiben würden.

Zu Disziplinierungen von Studenten, die sich in Konflikte verwickelt sahen, ist es von seiten der Hochschule in keinem Fall gekommen. Es hat aber z. T. heiße Debatten um die Zweckmäßigkeit und Eindeutigkeit von Aktionen wie Eingaben an Synoden, Teilnahme an einer Mai-Demonstration mit selbstgefertigten Plakaten, Protest gegen die fehlende Meinungsfreiheit in der DDR von Studenten und Mitgliedern der "Jungen Gemeinde" auf dem Naumburger Markt gegeben. Aus dem Kollegium ist auch das Argument gebraucht worden, der unsichere rechtliche Status der Hochschule gebiete Behutsamkeit. Solche

Auseinandersetzngе waren schwierig - besonders für die engagierten Studenten, die auch von ihren Kommilitonen hart angenommen worden waren, aber sie haben auch zur gegenseitigen Klärung beigetragen.

Im Dozentenkreis hat Richard Schröder - der seit 1979 als Philosophiedozent dazugehörte - mit seinen kritischen Reflexionen gesellschaftlicher Zustände wesentliche Anstöße gegeben, wie auch die Studenten ihm nach dem Wechseln von Edelbert Richter nach Erfurt ihm besonders viel verdankten.

Die Konflikte der achtziger Jahre berührten die Ausbildung an der Kirchlichen Hochschule auch dadurch, daß der Anteil von Studenten mit einer nur kurzen eigenen Erfahrung von Gemeinde und Kirche erheblich anstieg und zeitweise ein Drittel der Gesamtzahl ausmachten. Durch staatliche Eingriffe in ihrer Biographie Geschädigte wünschten, in der Kirche arbeiten zu können oder eine breite Grundausbildung zu erhalten, die sonst nicht zu erhalten war. In den Lehrveranstaltungen mußte darauf Rücksicht genommen werden. Die Einübung in christliches Leben - sei es als Einzelner oder als Gruppe - bekam ein großes Gewicht, zumal die Mittagsandacht während der Semester zum Tagesablauf der Hochschule gehörten. Dabei sind alle an Grenzen gekommen, die zu überschreiten nicht gelungen ist.

Zu den Naumburger Eigenarten gehört es, daß die Hochschule nicht nur Ansehen genossen hat, sondern auch umstritten geblieben ist. Ursache ist nicht nur das Milieu der kleinen Hochschule - die Höchstkapazitätlag bei 90 Studienplätzen, wegen des Wohnraummangels mit sinkender Tendenz -, die auf Freiheit und Anonymität bedachte Studenten in die größeren Städte getrieben hat, sie ist auch wegen der Strenge angefragt worden, mit der in ihr die Theologie als Wissenschaft, als ein nicht auf den praktischen, kirchlichen Bedarf reduzierbare Aufgabe betrieben worden ist. Das macht die Hochschule angreifbar, vielleicht sogar in kirchlichen Kreisen als "konservativ" denunzierbar.

Unter den Naumburger Theologen bestehen durchaus Meinungsverschiedenheiten über theologische Methoden und Konzeptionen. Darüber gibt es öffentliche und nichtöffentliche Streitgespräche; aber das Kollegium hat es von der Gründergeneration des "Oberseminars" gelernt und bis heute bewahrt, daß die Zuammenarbeit und vor allem die auf formulierbare Ergebnisse zielenden Aufträge einen Ausgleich forderten. So kommt es, daß auch in theologischer Hinsicht die Naumburger als ein Block erscheinen, ohne daß Solisten hervortreten. Die Verhältnisse sind in Wirklichkeit jedoch viel lebendiger, als das Klischee glauben machen möchte. Man könnte den Nachweis dadurch führen, daß einzelne Mitglieder des Lehrkörpers genannt und vorgestellt werden, die in der wissenschatlichen Welt und in den Kirchen sowie in der breiten Öffentlichkeit einen Namen unnd ein unverwechselbares Profil besitzen, aber das würde über den hier eng begrenzten Rahmen hinausführen.

Kirchliche Hochschule - ihre Zukunft

Die Gründe für ein Verschwinden der Hochschule in Naumburg lassen sich in zwei Kategorien einteilen; rationale und situationsbedingte. Da in Naumburg nie eine Kozeption für eine längerfristige Entwicklung - vor allem hinsichtlich der räumlichen Möglichkeiten - verfolgt werden konnte, wären für eine lebensfähige Hochschule ungeheuere Investitionen nötig: Die Studenten brauchten Wohnraum, weil die Sanierungen in der Stadt ihre kümmerlichen Behausungen schon jetzt spürbar betrifft. Wenn für etwa 200 Studenten Unterkunft gebaut werden muß, kann sich jeder die benötigten Mittel selbst überschlagen. Der Stolz der Hochschule - die Bibliothek - ist am Ende ihres Stellplatzes angekommen; für eine Fortführung müßte neuer Raum geschaffen werden. Die Miete für das Gebäude der Hochschule mit ihren Räumen für Lehrveranstaltungen, Küche und Verwaltung ist erheblich gestiegen, und es gibt zahlungskräftige Interessenten an dem günstig gelegenen Haus. Auch in dieser Hinsicht müßte man an andere Lösungen denken. Die vorhandenen kirchlichen Gebäude reichen für eine mittlere Entwicklungsperspektive nicht aus. Sie werden im Augenblick dringend für das "Pädagogisch-Theologische Institut" gebraucht, das für Pfarrer und Lehrer Qualifizierung und Fortbildung leisten soll und muß. Das Argument "Geld" ist schlagend, wenn man es braucht, um weiter existieren zu können; verächtlich abtun läßt es sich nur, wenn man es brauchen könnte.

Die situationsbedingten Gründe für das Aus sind viel komplizierter als die rationalen, denn über ihr Gewicht und ihr Recht kann es durchaus heftigen Streit geben. Es kommt darauf an, wie die Analyse und die Prognose der "Situation" ausfällt. Es können auch hier nicht alle Gesichtspunkte erörtert werden, wie z. B. die Frage, ob kleine Hochschulen der theologischen Ausbildung nicht nur besser bekämen, sondern sogar Bedingung für die Dienstfähigkeit eines Pfarrers sind. Die entscheidende Frage ist, ob die Kirchlichen Hochschulen - geboren aus den sozialen (vgl. den Beitrag von Kähler), den weltanschaulich-politischen und den gesellschaftlichen Konflikten dieses Jahrhunderts - die zukunftsweisende Gestalt theologischer Ausbildung sind und nicht lediglich Notbefehle in kritischer Zeit. Freilich: Theologie kann nur dann ihre Aufgabe erfüllen wenn sie mit der "universitas literarum" verbunden bleibt, und das geschieht am unmittelbarsten in der Universität. Die Kirchen brauchen selbst diese Konfrontation mit der Wissenschaft, um in der Zeit präsent bleiben zu können. Wie die Dinge zur Zeit stehen, könnte man sich eine Entwicklung vorstellen, in der die Kirchen selbst entscheiden, ob sie den Stachel "Wissenschaft" im eigenen Fleisch haben wollen oder - angesichts der allzu verständlichen Scheu vor Schmerzen - ihn lieber ansehen wollen. Gerade weil von einer nicht zu erhaltenden Hochschule aus bedacht wird, was werden soll, ist umso dringender zu sagen: die Kirchen brauchen eine Hochschule, für die sie verantwortlich sind. Ihr Profil könnte deutlicher, eigenwilliger geprägt sein, als die jetzt verschwindenden Hochschulen es sein konnten. Aber sie müßte die innere Spannung zwischen Wissenschaft und Praxis, zwischen Zweckfreiheit und Handlungsanweisung, zwischen intellektuellem Training und auf die Förderung der Bildung eines ganzen Menschen ertragen können. Die Kirchlichen Hochschulen in der DDR haben dies nicht bewältigen können, sonst würden sie nicht so aufgegeben werden können, wie es geschieht. Sie haben aber Erfahrungen gesammelt, die fruchtbar werden könnten, wenn die Aufgabe angefaßt wird. Die Aufgabe selbst steht bereits jetzt!

Martin Onnasch, Prof. Dr., ist Theologe an der Kirchlichen Hochschule Naumburg

Vom 10.-12. April d.J. führte der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, dem seit 1990 auch Studierende angehören können, seine zweite Frühjahrsakademie für Studierende durch. Der Ort der Veranstaltung lag im Osten - Windischleuba bei Altenburg bei Leipzig -, das Thema kam aus dem Osten: "Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem `Ende des Sozialismus'. Ihre Chancen zwischen Kritik an der und Integration in die soziale Marktwirtschaft", und wir publizieren im folgenden zwei der von ostdeutschen Referenten auf der Tagung vorgestellten Thesenpapiere.

Bernd Okun / Horst Poldrack (Leipzig):

Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem "Ende des Sozialismus". Perspektiven sozial- und geisteswissenschaftlichen Studiums im Spannungsfeld von Kritik und Anpassung. Thesen

1.

Der realsozialistische Crash wirft grundsätzliche Fragen zu den Sozial- und Geisteswissenschaften (abgek. SGW) auf. Nicht nur im Osten, auch im Westen wurde dieser Crash weder früh genug signalisiert, kritisch begleitet noch programmatisch mitgestaltet.

War die Sprachlosigkeit der SGW am Abend vor und am Morgen nach dem Zusammenbruch des Real-.Sozialismus ein "Schwarze Freitag" für sie oder schlicht normales Versagen? Wie auch immer, ihr Ruf - ohnehin ramponiert - wurde danach noch schlechter. In den neuen Bundesländern waren kritische Sozial- und Geisteswissenschaftler vor der Wende noch gefeiert. Nach dem Ruf "Nie wieder Sozialismus!" und unter dem Druck konservativer Medien rückten sie in die Nähe von Schreibtischtätern eines "verbrecherischen Systems". Aber auch im Westen geraten kritische oder gar marxistisch orientierte Sozial- und Geisteswissenschaftler unter Druck. Abgesehen von marktwirtschaftlichen Verwertungsdisziplinen - wie z.B. BWL oder Jura - und außerhalb politischen Herrschaftswissens scheinen die SGW nun noch entbehrlicher geworden zu sein.

Wenn diese Situationsbeschreibung zutrifft: welchen Sinn hat dann noch ein sozial- bzw. geisteswissenschaftliches Studium? Erschöpft es sich dann im individuellen Bildungserlebnis, in der Verweigerung gegenüber harten Wissenschaften oder im Rückzug in traditionelle Reservate der Intellektuellen?

2.

Mit dem Realsozialismus ist auch der Marxismus-Leninismus gescheitert. Aber damit scheiterte keine besondere Verbindung von Theorie und Politik, sondern die extreme Ausprägung eines auch im Westen vorherrschenden Grundmodells. Schließlich waren auch dort sozial- und geisteswissenschaftliche Theorien primär auf große politische Institutionen und Bewegungen (Parteien und Staat) fixiert, orientierten sich bewußt oder unbewußt am politischen Status quo auf Kosten ihrer kritischen Innovationsfähigkeit und suchten vornehmlich über Öffentlichkeit Einfluß zu gewinnen.

Die Handlungsfelder dieses Grundmodells sind heute eingeschränkter denn je. Die großen politischen Institutionen und Gruppen der Gesellschaft zeigen sich für die notwendigen sozialen Innovationen immer weniger aufnahmefähig. Die Mediatisierung der Gesellschaft verstärkte das "Auslegungsmonopol der Massenmedien" (Clemens Knobloch) und setzte die SGW in ihren traditionellen Domänen einem Verdrängungswettbewerb aus, dem sie mit ihren bisherigen Mitteln nicht mehr gewachsen sind.

3.

Die hochkomplexen Gesellschaften der Moderne verlangen einen anderen Typus kritischer SGW und eine neue Art ihres sozialen Engagements.

Diese Gesellschaften entziehen sich der Bequemlichkeit tradierter linksintellektueller Kritik, der Erwartung, daß große politische Bewegungen in einem revolutionären Kraftakt das Ruder gesellschaftlicher (Fehl-) Entwicklungen herumwerfen könnten. Die Destruktionspotentiale der Risikogesellschaft zeichnen sich durch Vernetzung und Unübersichtlichkeit aus. An sich belanglose, zufällige und deshalb schwer berechenbare Anlässe können sich folgenschwer auswirken. Das begrenzt jeden Versuch zentraler Steuerung durch politische Macht oder zur Macht strebende Gegenkräfte.

Diese These wurde viel thematisiert, vor allem in Bezug auf die selbstzerstörerischen Folgen von Wissenschaft und Technik, als den "blinden Passagieren" (Ulrich Beck) der "Verwegenheit von Ahnungslosen" (Jürgen Dahl). Zwischen der verhängnisvollen (Selbst-) Inkubation von Risiken und der Sichtung erster Symptome vergeht immer kostbarere Zeit, die präventivem Handeln - vor dem Point of No Return - verloren geht.

Das plötzliche Ende des Realsozialismus und dessen destruktives Zerfallsszenario konfrontierte uns jedoch mit einem neuen Phänomen, das die Lage weiter verschärft - das der sozialen Implosion: radikale Erschütterungen und plötzlicher Zusammenfall scheinbar festgefügter sozialer Großsysteme deren Gefahrenpotential ebenso bedrohlich wie das von technischen Katrastrophen zu sein scheint.

Die negative Hyperdynamik mit ihrem Szenario schnell verfallender Überlebenszeit hat längst die Zivilisation als Ganzes erfaßt. Die Implosion der zweiten Welt droht die vermeintliche Siegerwelt in ihren Sog zu ziehen. Die dritte Welt fällt mehr und mehr zurück und gerät zunehmend in die verhängnisvolle Anziehungskraft der westlichen Wohlstandfestung. Soziale Makrostrukturen beginnen sich in rasendem Tempo zu zersetzen und dabei eine destruktive Eigendynamik zu entfalten.

Neben dem technischen "GAU" droht nun auch der "Soziale GAU". Wir leben nicht mehr nur in einer technischen, sondern auch in einer sozialen Risikozivilisation. Wir sind nicht nur durch technische, sondern auch durch soziale Selbstzerstörungspotentiale gefährdet.

4.

Mit Hilfe von Technikfolgeabschätzung versucht man seit längerem die apokalyptischen Wirkungen unbekümmerter Forschung und Entwicklung vorwegzunehmen, auszugleichen und zu verhindern. Analog hierzu braucht die moderne Gesellschaft effektiv arbeitende sozialwissenschaftliche Frühwarnsysteme, die dazu beitragen, mögliche Folgen sozialer Wandlungen und Implosionen abzuschätzen sowie zu bewerten. Anstatt, wie gegenwärtig der Fall, die zerstörerische Dimension des gesellschaftlichen Umbruchs (nachträglich) kompensieren zu wollen, sollte es darauf ankommen, solche sozialen Risikopotentiale möglichst frühzeitig zu erkennen, zu entschärfen und im Idealfall ihr "coming out" zu vermeiden.

Das läßt sich immer weniger auf der Ebene großer Politik erreichen. Der ökologische und soziale Umbau der Gesellschaft ist vielmehr eine Angelegenheit konkreter, dezentraler Projekte und Initiativen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil hier bessere Chancen bestehen, den Sachverstand von Wissenschaftlern direkt und kooperativ einzubringen, weniger gebrochen durch kurzfristige Eigeninteressen politischer Institutionen und Parteien.

5. Sozial- und Geisteswissenschaftler sind damit herausgefordert, sich vorausschauend und kritisch mit den zentralen Risiko- und Modernisierungsfeldern der menschlichen Zivilisation zu beschäftigen. Traditionell gelten die sogenannten "Überbauverhältnisse" (Ideologie, Kultur, Wissenschaft, Recht, Politik etc.) als der eigentliche archimedische Punkt gesellschaftlicher Erneuerungen und damit als das bevorzugte Terrain sozial- und geisteswissenschaftlichen Engagements. Die Wirtschaft hingegen ist sozialkritischem Denken noch immer suspekt. Indes, gerade hier agieren die Macher und Trendsetter gesellschaftlicher Entwicklungen wie Fehlentwicklungen - während die politischen Akteure diesen Prozessen hinterherlaufen und sie bestenfalls zu korrigieren suchen.

Wenn dies zutrifft, muß die Umsteuerung des sozialen und technischen Wandels zu allererst hier ansetzen. Bildet die Wirtschaft ein Hauptmedium der modernen Selbstzerstörungsdynamik, dann müssen sich gerade die kritischen SGW diesem Problemfeld in seiner ganzen Breite annehmen. Dort müssen entscheidende Vorsorgemechanismen gegen die Selbstzerstörung entdeckt und schließlich beherrscht werden.

Dies könnte dazu beitragen - sicher gegen viele Widerstände - Marketing und Management aus dem Gehäuse einer einseitigen und kurzsichtigen Herangehensweise herauszuführen. Der den SGW eigentümliche utopische Überschuß ihres Denkens könnte dabei erstmals signifikant in strategische Orientierungen marktwirtschaftlicher Unternehmungen eingehen.

Möglicherweise befinden wir uns heute vor einer ähnlichen Zäsur in der Beziehung von Wissenschaft und Gesellschaft wie ausgangs des 19. Jahrhunderts. Damals büßten Akademien und Hochschulen ihr Wissenschaftsmonopol ein. Natur- und Technikwissenschaftler etablierten sich in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Industrie. Ausgangs des 20. Jahrhunderts scheinen die Sozial- und Geisteswissenschaftler ihren "langen Marsch durch die Institutionen der Marktwirtschaft" anzutreten, um gleichsam "vor Ort" ihre ökologische und soziale Kompetenz in Firmenphilosophien und Unternehmensstrategien einzubringen.

6.

Der Zugriff der Wirtschaft auf Sozial- und Geisteswissenschaftler ist längst im Gange, allerdings in West- und Ostdeutschland auf höchst unterschiedliche Weise.

In den alten Bundesländern geschieht das unter der Vorherrschaft von Personalchefs auf der Suche nach den idealen Führungskräften gewinnorientierter Unternehmen (s."Mit Kant und Kafka in die Marktwirtschaft", Universität München). Sozial- und geisteswissenschaftliche Fähigkeiten wie ganzheitliches Denken, Problemsensibilität, systematisches Denken, Argumentations- und Sprachfähigkeit werden als wichtige Führungsqualitäten für das Spitzenmanagment entdeckt. Wer findig, clever und willens ist, kann mittlerweile auch als Geistes- und Sozialwissenschaftler in hochbezahlte Top-Positionen der Wirtschaft eindringen.

Es ist naheliegend, daß diese Initialintegration sozial- und geisteswissenschaftlicher "Manpower" zunächst wenig zu einer Neuorientierung von Unternehmensstrategien beiträgt. Das kann sich rasch ändern, wenn unbestechliche Marktprognosen, zu denen jedes solide Unternehmen von sich aus gezwungen ist, die von ihm mit verursachten Selbstzerstörungstendenzen als " Grenzen (eigenen) Wachstums" aufzeigen und der Öffentlichkeitsdruck immer stärker wird.

Demgegenüber nimmt in den neuen Bundesländern dieser Transfer sozial- und geisteswissenschaftlicher " Manpower" in die Wirtschaft Züge einer "ursprünglicher Akkumulation" an. Ganze Heerscharen der alten Intelligenz wurden und werden aus ihren alten Beziehungsgefüge herausgerissen, existentiell verunsichert und in den Versicherungs-, Finanz- und Dienstleistungsbereich hineingedrängt. Die Folgen dieses "intellektuellen Transfers" im Ergebnis wenig zu Ende gedachter staatlicher Eingriffe in das Hochschulwesen sind zur Zeit schwer abschätzbar. Scheinbar haben weder der Staat noch die Wirtschaft den Wert dieses geistigen Potentials, das ihr über Nacht zufloß, erkannt. Wer früher, im ideologischen und politischen Kontext einer Alternative zum Westen dachte, auf die Schwächen der westlichen Gesellschaft trainiert war, sieht eher, was sich dem routiniertem Blick des Insiders der Marktwirtschaft entzieht.

7.

Die Gesellschaft reagierte auf die Herausforderungen der Systemtransformation bislang eher kurzsichtig. Das sozial- und

geisteswissenschaftliche Studium wird von einer technokratisch-konservativen Verengung bedroht. Was nicht in diese Konzeption paßt, soll über KW-Stellen reduziert werden. Die SGW werden jedoch nur dann als Gegenpotentiale blinder Selbstzerstörung an Interesse gewinnen, wenn sie als gesellschaftliche Resource für die Bewältigung von Menschheitsfragen, als Quellen der Selbstreflexivität und Selbstkorrektur erhalten und ausgebaut werden.

Was not tut, ist eine Reform des gesamten Bildungswesens. Ökologische und soziale Kompetenz müßte in der schulichen, beruflichen, Hochschul- und Weiterbildung verankert werden. Die Zeit drängt.

In Anbetracht dessen, daß die "Elite" moderner Gesellschaften an den Hochschulen ausgebildet wird, kommt der Reform in diesem Bereich ein besonderer Stellenwert zu. Gerade hier wären sozial- und geisteswissenschaftliche Bildungsinhalte gegenüber dem jetzigen technokratischen Zuschnitt der meisten Studiengänge aufzuwerten. Die gegenwärtig wieder auflebende Debatte um die Dringlichkeit einer neuen Hochschulreform sollte dieses Thema nicht aussparen

Bernd Okun, Prof. Dr., arbeitet als Philosoph am FB I.G. Medien- und Kommunikationswissenschaften der Universität Leipzig. Horst Poldrack, Doz. Dr., ebenfalls Philosoph, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Umweltinstitut in Leipzig

Peer Pasternack (Leipzig):

Thesen:
Das ostdeutsche Hochschul- und Wissenschaftssystem im Umbruch: 1989 - 1992

I.

DDR-Wissenschaft war als Wissenschaft im Realen Sozialismus gekennzeichnet durch dessen Herrschaftsmechanismen und dessen Widersprüchlichkeiten.

Unter die dominante Kuratel von wissenschaftsfremder Einflußnahme gestellt, ließen sich Hochschulen und Wissenschaft instrumentalisieren. Ursachen waren wenig ausgeprägter Widerstandswille einerseits und ein auf dem Konzept der Interessenidentität - z.B. zwischen Politik und Wissenschaft - basierendes Gesellschaftsverständnis andererseits. Mit dem Auftrag *parteilicher Lehre und Forschung* versehen, ließen sich viele WissenschaftlerInnen Fragestellungen und Methode weitgehend diktieren. Andere nahmen die geforderte Parteilichkeit der Wissenschaft bewußt als die vermeintlich bessere Form von Forschen und Lehren an. In Ausnahmefällen verband sich dies mit einem kritischen Impetus. Als Bestandteil des *Überbaus* der die *sozialistische Revolution* vollziehenden Gesellschaft übernahmen Hochschulen und Wissenschaft herrschaftslegitimatorische Funktionen. Als Teil des *sozialistischen Bildungswesens* übernahmen sie politische Disziplinierungsfunktionen gegenüber den Studierenden und gegenüber solchen Lehrkräften, deren Verhalten Zweifel an der Zuverlässigkeit bei der aufgegebenen *kommunistischen Erziehung* begründete.

Gleichzeitig waren die DDR-Hochschulen und -Wissenschaftseinrichtungen auch geprägt durch die Widersprüchlichkeiten des sie tragenden Systems. Nicht nur strukturierten die politischen und ideologischen Vorgaben wissenschaftliche Ergebnisse vor. Zugleich produzierte auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit den jeweiligen Gegenständen z.T. politische Infragestellungen. Daraus ergab sich ein Spannungsverhältnis: Dieses schlug *letztlich* zwar - innerhalb der proklamierten Einheit von Wissenschaft und Politik - immer zugunsten der Politik aus. Gleichzeitig aber ist dieses Spannungsverhältnis nicht hinreichend erfaßt, wenn es als nur stromlinienförmige Anpassung an den jeweiligen agitatorischen Mainstream beschrieben wird. Das Streben nach Demokratisierung des staatssozialistischen Systems war für einen größeren - freilich nicht den größten - Teil auch der WissenschaftlerInnen in der DDR impulsgebend für ihr Denken und Tun. Daß sie dabei das westliche System kaum als denkbare

Alternative annehmen konnten, ist diesem westlichen System und nicht den hier in Rede stehenden WissenschaftlerInnen anzulasten.

Auf die handelnden Personen bezogen, gab es erhebliche Differenzierungen. Da waren anzutreffen Ideologie-Einpeitscher und Karriere-Konformisten einerseits sowie Widerstehende, zum nicht geringen Teil dann irgendwann Gefeuerte andererseits. Daneben gab es Leute, die sich aus allem herauszuhalten suchten und deshalb heute als "unbelastet" gelten. Und dann gab es auch solche, die sich bewußt in politische Strukturen begaben, um dort wenigstens Schadensbegrenzung zu betreiben. Im besten Falle erreichten sie mitunter auch geringfügige Grenzverschiebungen.

Die beiden Hauptvorwürfe an DDR-Wissenschaft sind (a) verbreitete mangelnde wissenschaftliche Leistungsfähigkeit und (b) die Orientierung an den gesellschaftlichen Gegebenheiten, die geistige Verhaftung innerhalb des Systems, also das Unterlassen der intellektuellen Grenzüberschreitung.

Der erste Vorwurf hat sich für zahlreiche Disziplinen und Personen als haltlos bzw. als politisches Instrument erwiesen: durch die Evaluierungen sowie die mittlerweile erfolgte Bewährung innerhalb der Drittmitteleinwerbungsprozesse und der internationalen wissenschaftlichen Diskurse. Der zweite Vorwurf kann nur glaubwürdig erhoben werden durch Personen, die selbst für intellektuelle Grenz- und Systemüberschreitung stehen, also - bspw. im Westen - die Befähigung zum Durchbrechen des strukturellen Zusammenhangs von Sozialisation und Kognition nachgewiesen haben. Das sind nicht allzuviele.

II.

Auch in der Kernphase des Umbruchs in der DDR verhielten sich Hochschulen, WissenschaftlerInnen und Studierende sowohl differenziert als auch widersprüchlich. Unterschieden werden muß zwischen dem Verhalten der Institutionen, von Gruppen und der Individuen.

Die wissenschaftlichen Institutionen einschließlich der Hochschulen glänzten - obwohl es auch in ihnen gärte - während des Umbruchs vor allem durch Disziplinierungsversuche gegenüber ihren Angehörigen. Erst relativ spät schalteten sie sich in den sog. "Dialog" ein. Treibende Impulse gingen von den Institutionen als solchen kaum aus.

Die Gruppen an Hochschulen und Instituten wurden *als Gruppen* während der Anfangsphase Umbruchs kaum aktiv. Das Verhalten der meisten ProfessorInnen war vor allem durch Ängstlichkeit geprägt. Die Studierenden emanzipierten sich als erste Gruppe an den Hochschulen, indem sie das herrschaftlich angemaßte Vertretungsmonopol der Freien Deutschen Jugend (FDJ) angriffen und die Bildung eigenständiger studentischer Interessenvertretungen (StudentInnenRäte) durchsetzten.

Eine signifikante Abweichung vom gängigen Bild der WissenschaftlerInnen im Kernprozeß des Umbruchs boten eine größere Zahl von NaturwissenschaftlerInnen an außeruniversitären Forschungsinstituten. Sie bildeten neben KirchenvertreterInnen, prominenten BürgerrechtlerInnen und Rechtsanwälten das intellektuelle Basispotential der Protest- und Bürgerbewegungen.

Individuell beteiligten sich mehr Hochschul- und Institutsangehörige an den zusammenbruchsfördernden Demonstrationen, als dies übliche Klischees vermitteln. So waren bspw. zirka dreißig Prozent der Leipziger Studierenden an wenigstens einer Leipziger Montagsdemo in der Kernphase des Umbruchs beteiligt, ohne daß sie dort *als Gruppe* der StudentInnen aufgetreten wären.

Geprägt waren die Verhaltensweisen von Hochschulangehörigen und die Diskussionen an den Hochschulen in dieser Zeit besonders stark von dem damals noch vorherrschenden gesellschaftlichen Grundkonsens: Das, was angestrebt wurde, sollte in irgendeiner Weise eine solidarische Gesellschaft werden, eine wirkliche Alternative zum kapitaldominierten Gesellschaftsmodell des entwickelten Westens des Nordens. In den vorhandenen Grundstrukturen der DDR-Gesellschaft, insbesondere in der Dominanz des (formal) vergesellschafteten Eigentums wurde eine strukturelle Ausgangsbedingung für eine tatsächlich emanzipatorische Entwicklung gesehen.

III.

Hochschulen und Wissenschaft in den ostdeutschen Bundesländern können weder aus sich selbst heraus reformfähig genannt noch als aus sich selbst heraus reformunfähig denunziert werden.

Im Laufe des Jahres 1990 gab es vielfältige inneruniversitäre Reformbestrebungen. Diese bezogen sich sowohl auf inhaltliche wie strukturelle wie personelle Erneuerungen. Die Aktivitäten verzeichneten durchaus Erfolge. Neue Fachbereichsstrukturen, durch Originalität ausgezeichnete Studienprogramme sowie interdisziplinäre Struktur- und inhaltliche Vorstellungen wurden entwickelt. Der (Wieder-)Organisation einer akademischen Selbstverwaltung eignete vielfach eine an deutschen Universitäten ungekannte demokratische Substanz. Die Abschaffung der Fremdverwaltung der Studierenden und die Durchsetzung ihrer Selbstverwaltung durch die Bildung unabhängiger StudentInnenRäte war originärer Bestandteil des demokratischen Aufbruchs im Lande. Ehren- und Rehabilitierungskommissionen nahmen an den Hochschulen ihre Arbeit auf. FunktionsträgerInnen wurden verpflichtet, gegenüber MitarbeiterInnen und Studierenden die Vertrauensfrage zu stellen. Die Hochschul-Verfassungsdiskussionen waren z.T. stark emanzipatorisch geprägt und wiesen streckenweise eine bemerkenswerte Originalität auf.

Zugleich gab es gegenläufige Tendenzen. Strukturelle Erneuerung wurde - professoral dominiert - vielfach als konservative Modernisierung betrieben. Inhaltliche Neuorientierungen trugen oftmals einerseits zum nicht geringen Teil den Ballast tradierter Befangenheiten in sich. Oder sie waren andererseits lediglich auf möglichst vollkommene Anpassung an die in Westdeutschland dominierenden Trends gerichtet. Die personelle Selbstreinigung der Hochschulen wurde von unterschiedlichen Seiten hintertrieben. Als Motive bzw. Ursachen müssen insbesondere diagnostiziert werden: sowohl soziale Besitzstandswahrung der Betroffenen wie die Angst der Regierenden vor allzu großer Nachgiebigkeit gegenüber einer - dann wieder schwer zu zügelnden - Basisbewegung wie auch die Protektion alter FunktionsträgerInnen durch westdeutsche Wissenschaftsgremien.

Hinzu kamen die Zersplitterungen der Erneuerungsaktvist:Innen, geschuldet z.T. gegenseitigen Vorbehalten, z.T. der allgemeinen politischen Hektik. Hinzu kam desweiteren die objektiv wirkungsbegrenzende Notwendigkeit, auf zu vielen Ebenen und nach mehreren Seiten hin arbeiten zu müssen. Damit konnten eigentlich nötige Konzentrationen nicht geleistet werden.

IV.

Das Jahr 1991 war gekennzeichnet zum ersten durch die zum 2. Januar vollzogene Abwicklung zahlreicher geistes- und sozialwissenschaftlicher Einrichtungen sowie zum zweiten durch den Versuch, der Umgestaltung des ostdeutschen Hochschulwesens mittels Hochschulerneuerungs- oder ähnlichen Landesgesetzen eine administrativ-juristische Grundlage zu geben. Die Hochschulen wurden damit endgültig zum Objekt ihrer eigenen Entwicklung.

Die Abwicklung kennzeichnete für den Hochschulbereich, was andernorts bereits erledigt war: das Scheitern der ursprünglichen Intentionen des Demokratiebewegung in der DDR. Die Evaluierung der außeruniversitären Forschungsinstitute bewirkte in ihren wissenschaftspolitischen Folgen auf diffizilere Art Ähnliches.

Der Widerstand gegen die endgültige Objektwerdung der Hochschulen durch die Abwicklung war - infolge beeindruckender Ungeschicklichkeiten der politischen Administrationen und einer allgemein aversiven Grundstimmung im Lande gegenüber der Entmündigungstendenz - zunächst sehr deutlich (massive studentische Protestaktionen vor allem in Leipzig, Berlin, Halle und andernorts), um dann um so nachhaltiger in Lethargie umzuschlagen.

Damit konnte wiederum mit Verspätung an den Hochschulen vollzogen werden, was dem Land bereits mit der Währungsumstellung im Juli 1990 widerfahren war: Strukturanpassung unter Betrachtung der Betroffenen als reine strukturfüllende bzw. aus der Struktur herausfallende Masse.

Bei den Abwicklungsbefürworter:Innen bündelten sich verschiedenste Interessen politischer, finanzieller, wissenschaftlicher, ethischer und demokratischer Art. Diese verschiedenen Interessen hatten unterschiedlichste Träger:

Bei den Kultusbürokratien und -Politiker:Innen auf Bundesebene waren die Motive primär wissenschafts- und haushaltspolitische. Wissenschaftspolitisch konnte die Abwicklung genutzt werden, um eine Verbreiterung des kritischen Potentials an den bundesdeutschen Hochschulen durch den DDR-Beitritt zu verhindern. Haushaltspolitisch war wesentlich, daß die Finanzierung der ostdeutschen Hochschulen für einige Jahre zu einem Großteil wird erfolgen müssen über den Länderfinanzausgleich und die verschiedenen Hochschulsonderprogramme Ost. Da bestand und besteht ein elementares Interesse an der Minimierung dieser Belastungen. Dieses konnte bedient werden, indem die Abwicklungen und die darauffolgenden Neugründungen mit rabiaten Stellenstreichungen verbunden wurden. Darüber hinaus konnte die Abwicklung als Test der Wehrhaftigkeit der ostdeutschen Hochschulen genutzt werden. Nach Auswertung der gewonnenen Erfahrungen konnten/können dann auch die Natur-, Ingenieur- und medizinischen Wissenschaften auf westdeutsches Maß gestutzt werden. Schließlich war ein weiteres Motiv als Bestandteil einer allgemeinen Entwicklung zu sehen: Es gab und gibt das Bestreben, möglichst jedes Stück spezifischer Identität aus dem Bewußtsein der Ostdeutschen zu löschen. Identität wird stark geistig, also kulturell und intellektuell vermittelt. Folglich mußte diesbezüglich der Hebel auch an den Hochschulen angesetzt werden.

Bei den ostdeutschen Landesregierungen spielten naheliegenderweise gleichfalls haushaltspolitische Erwägungen eine entscheidende Rolle. Daneben wirkten jedoch ähnlich stark auch die politischen Motive. Das politische Umfeld in Ostdeutschland ist bekanntlich weitgehend konservativ dominiert. Da wünschten sich nun die regierungstragenden Politiker:Innen auch entsprechende Hochschulen, die dementsprechende Absolvent:Innen produzieren.

Das Motiv für Wissenschaftsrat, Hochschulrektorenkonferenz und Hochschullehrerverbände, die Abwicklung zu begrüßen, ergab sich besonders aus zwei Gründen. Zum einen konnten damit potentielle Träger:Innen mißliebiger hochschulpolitischer Vorstellungen ausgeschaltet werden. Zum anderen konnte mit dem Freischießen von Stellen im Osten quasi im Vorbeigehen ein Abfluß für den westdeutschen Beförderungsstau in den Geistes- und Sozialwissenschaften geschaffen werden.

Auch zahlreiche Nicht-Gesellschaftswissenschaftler:Innen an den ostdeutschen Hochschulen begrüßten die Abwicklungen. Sie sahen sich mit ihnen in ihrer schon vorher intensiv kolportierten Auffassung bestätigt. Die nach ihrer Ansicht geistig für die Misere allein verantwortlichen Gesellschaftswissenschaftler:Innen müßten nunmehr auch allein die Schuld abtragen. Natur- und Ingenieurwissenschaftler:Innen/Mediziner:Innen seien jetzt anerkanntermaßen frei von Schuld. An ihnen erfolge nun die Wiedergutmachung für jahrelange Benachteiligung. Wie von den protestierenden Student:Innen vorhergesagt und durch den mittlerweile verordneten Personalabbau in *allen* Bereichen aktenkundig, ein fataler Trugschluß.

Auch nicht wenige ehrliche Erneuerungsbefürworter:Innen an den Hochschulen akzeptierten die Abwicklung. Sie hatten zwar schon Bedenken ob des undifferenzierten Vorgehens. Doch sahen sie gleichzeitig in dem Vorgang die damals einzig mögliche Notbremse. Die Notbremse, um vor der sich jahrelang hinziehenden gerontologischen Lösung des Personalproblems jetzt doch noch zu tatsächlichen Veränderungen zu kommen.

Die Abwicklungen bewirkten zweifelsohne auch lange Überfälliges. Dominant wurde auf diesem Wege jedoch die politische Absicht der Anpassung durch Ausschaltung kritischen Potentials vermittelt und durchgesetzt.

V.

Der Entwicklung der Hochschulen im Jahr vor und im Jahr nach Beendigung der deutschen Zweistaatlichkeit war zuvorderst gekennzeichnet durch drei dominante Tatbestände.

Zum ersten sind auch ostdeutsche Hochschulen Institutionen und als solche in einer gewissen Starrheit verhaftet. Darüberhinaus sind sie - wie westdeutsche Hochschulen - durch die betonte interne Hierarchisierung und die sich aus ihrem akademischen Charakter ergebende relative Autonomie stark in sich verankert. Infolgedessen sind sie behutsamen Außenintervention nur schwer zugänglich.

Zum zweiten wirkte die politische Administration eher hemmend auf interne Umgestaltungsprozesse. Nötig gewe-

sen wäre eine Verstärkung der inneruniversitären Erneuerungsimpulse durch außeruniversitäre, um den immanenten Widerständen begegnen zu können. Die außeruniversitären Impulse kamen nicht. Zum einen gewiß, weil die Situation dergestalt war, daß primär ein Zusammenbruch des gesellschaftlichen Lebens verhindert werden mußte, und die Hochschulen/Wissenschaftseinrichtungen in diesem Zusammenhang weniger als Objekte des Krisenmanagements galten. Zum anderen aber auch, weil es seitens der politischen Administration kein tatsächliches Interesse an einer Erneuerung der *vorhandenen* Wissenschaftseinrichtungen gab. Dieses nicht vorhandene Interesse verweist auf das dritte Charakteristikum der Situation:

Der Versuch einer eigenständigen Erneuerung an den Hochschulen und Instituten stellte angesichts der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zuvorderst einen Anachronismus dar. Dieser Versuch hätte nur gelingen können, wenn er mit einer Aufarbeitung eigener Vergan: enheit und offener-öffentlicher Selbstbefragung verbunden gewesen wäre. Dafür gab es weder ein gesellschaftliches Interesse noch ein entsprechendes sozialatmosphärisches Umfeld. Dieses war vielmehr durch Verdrängung und Abrechnung geprägt. Verwunderlich wäre gewesen, wenn sich ausgerechnet die Wissenschaftseinrichtungen diesem situativen Druck hätten entziehen können.

Individuell gab es drei Möglichkeiten, mit dem Spannungsverhältnis von einer Vergangenheit in der DDR und einer Zukunft in der Bundesrepublik umzugehen: (a) ehrliche Aufarbeitung des Getanen und Unterlassenen durch die Hardliner in der Wissenschaft. Von tatsächlicher Ehrlichkeit getragen, hätte dies zu der subjektiven Einsicht führen müssen, daß man/frau sich für eine Zukunft innerhalb akademischer Zusammenhänge disqualifiziert hat - es hätte folglich der selbstverantwortete Ausstieg vollzogen werden müssen; (b) ehrliche Aufarbeitung des Getanen und Unterlassenen durch die Reformorientierten und Nicht-/Weniger-Angepaßten in der Wissenschaft. Dies hätte in der von Pauschalisierungs- und Abrechnungspsychose geprägten sozialen Atmosphäre erhebliche Angriffsflächen geboten, sowohl was den vergangenen Opportunismus - auch das Widerstehen vollzog sich ja in der DDR inform eines "opportunistischen Protests" - wie auch künftig zu erwartende Renitenz betrifft. Die durchaus auch vorhanden gewesenen Versuche von VertreterInnen des kritischen Potentials innerhalb der DDR-Wissenschaft, eine selbstkritische Diskussion ingang zu bringen, bestätigten die Aussichtslosigkeit des Unterfangens im gegebenen sozialen Umfeld; (c) Fortsetzung der Anpassung - nun an das andere System - und damit die eventuelle Eröffnung einer individuellen Chance des beruflichen und sozialen Überlebens. Dies entsprach der mentalen Konstitution der meisten WissenschaftlerInnen am ehesten und wurde folgedessen die bevorzugte individuelle Strategie.

Sozialpsychologisch steht hinter der gescheiterten Selbsterneuerung der ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen in den gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine gemeinsame Ursache: Es wurde Selbsterneuerung solcher Art verlangt, die eine soziale, berufliche, akademische Perspektive für die potentiellen Erneuerer nicht bot. (Zum Vergleich sollte mensch sich die Ergebnisse einer Selbstbefragung der westdeutschen Wissenschaft unter ähnlichen Umständen vorstellen.) Hinzu kam die institutionelle Eigenlogik. Der Versuch einer tatsächlichen Erneuerung von innen heraus muß unter Ansehung der politischen Umstände retrospektiv als aussichtslos eingeschätzt werden. Die Verantwortung freilich kann dafür nur z.T. den ostdeutschen WissenschaftlerInnen zugeschoben werden.

Gleichzeitig muß gesagt werden: Versuche zu einer eigenständigen Beteiligung der Betroffenen an den Umgestaltungsprozessen verdienen prinzipiell der Unterstützung. Denn sie können zum einen emanzipatorische Wirkungen haben und wirken zum anderen als Korrektiv gegenüber einer ausschließlich stromlinienformigen Anpassung an das westdeutsche Strukturgefüge und den westlichen akademischen Mainstream.

Unterstützt werden müssen Versuche eigenständiger Erneuerung gegen die Wirkung einer schonungslos durchgesetzten Systemrationalität der bürgerlichen Gesellschaft. Bezüglich der Hochschulen und Wissenschaften bedeutet diese: Die politische Herrschaft hat gewechselt. Damit haben auch die Ansprüche an Wissenschaft gewechselt. Die Neuordnung der ostdeutschen Wissenschaft erscheint da in nüchternen Kalkulationen zuvorderst als kostenverursachende Umschulung. Solange der Bedarf jedoch kostengünstiger durch westdeutsches Personal zu decken ist, gibt es keinen Grund, derartige "Umschulung" zu finanzieren.

Die Strukturüberstülpung in Ostdeutschland erfolgte und erfolgt unter nur geringer Berücksichtigung von Gewachsenem. Gleichzeitig ist diese mit einer gezielten Selektion verbunden. So werden etwa die in jahrzehntelangen zähen Kämpfen in Westdeutschland erreichten, sich gering genug ausnehmenden Möglichkeiten zur Frauengleichstellung im Hochschulbereich bei der Strukturanpassung großteils Opfer einer patriarchalisch dominierten Umgestaltung des ostdeutschen Wissenschaftssystems.

Demokratische Minimalstandards finden in den hochschul- und wissenschaftspolitischen Auseinandersetzungen vielfach keine Beachtung. Mitbestimmung der Betroffenen funktioniert - wo sie durchgesetzt werden konnte - meist nur formal. Die Ministerialbürokratien befleißigen sich zudem einer nahezu ministeriellen Leitung der Hochschulen, die in Kommissarmanier umgesetzt, gleichwohl nicht bewältigt wird. Die mit einem gegen Null konvergierenden Handlungsspielraum ausgestatteten Hochschulen kämpfen derart permanent gegen die Paralyse ihres Lehr- und Forschungsbetriebes.

Die Orientierung an den "bewährten" westdeutschen Mustern durch Politik und Bürokratie führt zur getreulichen Wiederholung aller bekannten Fehler, deren Auswirkungen in der Einschätzung des westdeutschen Universitätssystems als "verrottet" (Dieter Simon) sinnfällig formuliert wurden.

VI.

Forderungen in bezug auf ostdeutsche Hochschulen und Wissenschaft können nur noch bedingt isoliert formuliert werden. Die ostdeutsche Situation weist zwar Spezifika aus. Doch betrachtet werden können die dortigen Entwicklungen nicht mehr außerhalb des Zusammmenhangs der gesamtdeutschen hochschul-, wissenschafts- und bildungspolitischen Entwicklung. Ostdeutschland ist für manches in diesen Bereichen Testfeld. Retardierende Auswirkungen auf den Westen der Republik stehen zu erwarten.

Vordergründig ostisoliert sind folgende grundsätzliche Forderungen:

- Verhinderung des einsetzenden braindrain aus Ost- nach Westdeutschland im Umfeld der allgemeinen Tendenz zur Entindustrialisierung und Sizilianisierung der ostdeutschen Bundesländer;
- Ermöglichung von Forschung und Wissenschaftsentwicklung in den ostdeutschen Bundesländern mit sowohl regionaler Wirkung wie auch überregionaler Ausstrahlung;
- Nutzung des Potentials ostdeutscher WissenschaftlerInnen, insbesondere auch für die Bewältigung der vielfältigen Transformationsprobleme von ökologischer Altlastbeseitigung über Probleme des unbewältigten Wertewandels oder die politischen Auswirkungen der gesellschaftlichen Polarisierungstendenzen bis hin zur steigenden Suizidrate oder der dramatisch anwachsenden Kriminalität usw.usf.;
- Herstellung bzw. Sicherung der Gleichrangigkeit der Ausbildung in Ost und West

als Voraussetzung für Gleichwertigkeit der hochschulischen Abschlüsse im Osten.

Doch stehen diese Forderungen im Kontext einer hochschul- und wissenschaftspolitischen Auseinandersetzung, die über die ostdeutschen Entwicklungen hinausweist. Der Druck auf Anpassung von Hochschulen und Wissenschaft an verwertungsorientierte Strukturen ist gesamt-deutsch: sowohl sehr *gesamt*, d.h. sehr bestimmt und bestimmend, wie auch sehr deutsch im Kontext der seitens der politischen Klasse betriebenen Neudefinierung der deutschen Rolle als jener einer Großmacht.

Peer Pasternack, Politikwissenschaftsstudent an der Universität Leipzig, ist Hochschulpolitischer Referent der Konferenz der StudentInnenschaften (KdS), dem Dachverband ostdeutscher StudentInnenRäte, mit Sitz in Ost-Berlin

THEMA: Wissenschaft Ost 1989/90 Teil I

Eine der Phasen gravierender Veränderungen im DDR-Wissenschafts- und Hochschulsystem war ohne Zweifel das Jahr zwischen Herbst 1989 und 3. Oktober 1990. Wie im ganzen Lande, so mobiliserte sich auch hier demokratisches Potential, gab es harte Auseinandersetzungen um und unterschiedlichste Auffassungen über Erneuerung, wurde ein erhebliches Maß an Originalität bei der Entwicklung neuer Strukturvorstellungen, neuer inhaltlicher Orientierungen und von Selbstverwaltungsmodellen freigesetzt. Wie im ganzen Lande, so war auch an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen schließlich ein deutlicher Desillusionierungprozeß über die Möglichkeiten selbstbestimmten Sich-Einmischens zu beobachten.

Die Rasanz der Ereignisse ließ kaum Zeit zu einer tiefgründigen Reflexion der ablaufenden Prozesse. Aus dem Abstand von etwa zwei Jahren könnten sich nun jedoch die Entwicklungen dieser Monate mit einem objektivierenden Blick betrachten und bewerten lassen. Die Erfahrungen dieser Zeit jedenfalls sollten u.E. nicht verloren gehen.

Deshalb haben wir hochschul- und wissenschaftspolitische Akteure dieses letzten Jahres vor dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit gebeten, ihre Erfahrungen und Bewertungen jener Zeit zu formulieren. Wir beginnen heute mit dem Abdruck der uns daraufhin eingesandten Artikel. Als Einstieg haben wir einen Beitrag über eine typische und für die DDR damals neue Form demokratischen Handelns gewählt: Der zentrale Runde Tisch der DDR hatte sich am 7. Dezember 1989 konstituiert. Im Laufe seiner Tätigkeit bildete er verschiedene Arbeitsgruppen. Eine davon war die Arbeitsgruppe Wissenschaft. Christian Dahme und Helmut Haberlandt gehörten zu den Initiatoren dieser Arbeitsgruppe. Sie stellen eine kommentierte Dokumention der AG-Aktivitäten vor.

Christian Dahme / Helmut Haberlandt (Berlin):

Arbeitsgruppe "Wissenschaft" des zentralen Runden Tisches

1. Entstehung der Arbeitsgruppe "Wissenschaft" des zentralen Runden Tisches

In den Diskussionen des Runden Tisches hatten die Fragen der Wissenschaft nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Im Zusammenhang mit der Diskussion der Vorlage 14/51 "Einsatz von sachkompetenten und demokratisch bestätigten Leitern in Wirtschaft und Verwaltung" des NEUEN FORUMS auf der 14. Sitzung des Runden Tisches am 26.02.90 wurde eine Arbeitsgruppe "Wissenschaftsreform" der Runden Tisches angeregt.

Am 7. März 1990 konstituierte sich die Arbeitsgruppe u.a. mit folgenden Vorstellungen:
- Sie sieht sich in der Perspektive als unabhängiges Beratungsorgan für den zu bildenden Volkskammerausschuß "Wissenschaft und Forschung".
- Durch die Arbeit dieser Arbeitsgruppe sollte die gesellschaftspolitische Bedeutung der Wissenschaft unterstrichen werden.
- Sie will die Reform der Wissenschaft fördern und begleiten.

An dieser konstituierenden Sitzung waren Vertretern folgender Parteien und politischen Organisationen beteiligt: IFM, Demokratie Jetzt, Neues Forum, SPD, CDU, DBD, PDS, Grüne Partei, Gewerkschaft Wissenschaft.

Am 12. März 1990 wurde auf der 16. Sitzung des (zentralen) Runden Tisches im Zusammenhang mit der Diskussion des Antrages des Neuen Forums (erweiterte Vorlage Nr. 14/51, Vorlage Nr. 16/ "Einsatz von sachkompetenten und demokratisch bestätigten Leitern" - in dem nun auch explizit auf die Wissenschaft eingegangen wird) beschlossen, daß diese auch nach Beendigung des Runden Tisches weiterarbeiten sollte.

2. Die Zeit bis zum 3. Okt. 1990

Ein erstes wesentliches Ergebnis dieser Arbeitsgruppe ist das Memorandum zur Lage von Wissenschaft und Forschung in der DDR. Es wurde am 20.4.90 fertiggestellt und spiegelt die Vorstellungen in bezug auf eine Reform der Wissenschaft einschließlich der damit verbundenen Hoffnung, daß diese möglich ist, wider.

Memorandum

der Arbeitsgruppe **Wissenschaft** der Parteien und politischen Organisationen
zur Lage von Wissenschaft und Forschung in der DDR
an die Volkskammer und die Regierung

Die Arbeitsgruppe Wissenschaft der Parteien und politischen Organisationen setzt laut Beschluß des Zentralen Runden Tisches vom 12.März 1990 ihre Arbeit zur Reform der Wissenschaft fort. Sie wendet sich in einer Situation, in der es um den Fortbestand der Wissenschaft in der DDR geht, mit Vorschlägen an die Volkskammer und die Regierung, um gravierende Mängel in der konzeptionellen Arbeit und bei der Überwindung administrativer Strukturen, die Kreativität behindern, beheben zu helfen.
Die Innovationskraft der Wissenschaft bestimmt maßgeblich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes.

1. Freiheit der Wissenschaft und Demokratie

Wissenschaft ist frei. Der Staat sichert die Ausübung der Freiheit von Forschung und Lehre. Die Wissenschaftler haben durch die technologischen und sozialen Folgen ihres Tuns Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Die Wissenschaften müssen ausschließlich humanen, friedlichen, lebens- und umwelterhaltenden sowie zukunftsverträglichen Zielen dienen. Es sind entsprechende Bedingungen für eine effektive und an den genannten Zielen orientierte Entwicklung der Wissenschaft zu schaffen.
Wissenschaftliche Einrichtungen öffentlichen Rechts sichern die Bedingungen für wissenschaftliche Tätigkeit nach den Regeln der demokratischen Mitbestimmung.
Fachliche Kompetenz, moralische Integrität müssen entscheidende Kriterien für die Berufung von Wissenschaftlern (Hochschullehrern, Professoren, Forschungsgruppenleitern u.dgl.) sein. Rektoren, Präsidenten, Dekane, Direktoren und deren Stellvertreter müssen demokratisch legitimiert sein.
Der genannte Personenkreis sowie Akademiemitglieder und Personalleiter müssen eidesstattlich erklären, daß sie keine hauptamtlichen oder informellen Mitarbeiter des MfS waren.
Zu unrecht gemaßregelte Wissenschaftler müssen rehabilitiert werden.
Verantwortung für die Behandlung der beiden zuletzt genannten Aufgaben sollen Vertrauensausschüsse tragen.

2. Reform von Forschung und Lehre

Die Herausbildung effizienter Wissenschaftsstrukturen muß den Erfordernissen zukünftiger Gesellschafts- und Wissenschaftsentwicklung genügen. Diese Strukturen müssen dem einzelnen Wissenschafter ermöglichen, allein oder in Gemeinschaft frei seine Fähigkeiten zur Erneuerung der Wissenschaft einsetzen zu können.
Die Profilierung der Forschungspotentiale muß zugleich auf die deutsch-deutsche und die internationale Forschungszusammenarbeit ausgerichtet sein. Die Forschungsförderung ist entsprechend auszurichten.
Insbesondere bedarf die Akademie der Wissenschaften einer Reform, die vor allem eine Abtrennung der Industrieforschung und die Förderung der Grundlagenforschung zum Inhalt hat.
Um Mittelmäßigkeit an den Hochschulen zu überwinden, sind Bedingungen zu schaffen,

die die Herausbildung eines leistungsfähigen wissenschaftlichen Nachwuchses ermöglichen. Gleichzeitig geht es auch um die Neubestimmung des Verhältnisses der AdW zur Lehre und Forschung an den Hochschulen.
Entsprechendes gilt für die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften.
Geeignete Maßnahmen hierzu sind u.a.:
- Erarbeitung von Kriterien für Berufungen, Umberufungen und Überprüfung vorhandener Berufungen (einschließlich von Formen der Befristung)
- öffentliche Ausschreibung von Lehrstühlen, Präsidenten-, Direktoren- und Projektleiterstellen;
- internationale Besetzung Wissenschaftlicher Räte der Institute;
- Gewinnung profilbestimmender Gastwissenschaftler in Forschung und Lehre;
- Bildung einer deutsch-deutschen Wissenschaftskommission (DDW) zur Bestimmung einer künftigen deutschen Wissenschaftslandschaft sowohl aus globaler als auch aus fachspezifischer Sicht.
- Durch Arbeitsgruppen ist die Arbeit der DDW zu unterstützen (z.B. deutsch-deutsche Forschungskooperation, Länderbeziehungen, Berlin-Berliner Wissenschaftskommission)
- Einbindung von Forschungsvorhaben in westeuropäische und EG-Projekte (z.B. EUREKA, ESPRIT II, BRIDGE, ERASMUS);
- Förderung von gemeinsamen ost-westeuropäischen Forschungsvorhaben (unter Nutzung traditioneller osteuropäischer Beziehungen der DDR).
Das erfordert gesetzliche Rahmenbedingungen für Wissenschaft, Forschung und Lehre.
Es wird empfohlen, einen Regierungsbericht über den Stand der Wissenschaftsreformen und den Leitlinien künftiger Wissenschaftspolitik der Volkskammer vorzulegen.

3. Finanzierung
Die Grundfinanzierung der hier genannten wissenschaftlichen Institute ist durch den Staat zu sichern. Drittmittelfinanzierung ist zu ermöglichen.
Die besondere Verantwortung des Staates für die Wissenschaft erfordert für die Übergangsperiode eine Konzeption.
Ebenso ist ein Paket sozialer Maßnahmen, welches die Spezifik der Wissenschaft in der DDR berücksichtigt, auszuarbeiten. Das schließt eine Neuregelung der Gehaltsstrukturen ein.

4. Zusammenarbeit mit Regierung und Volkskammer
Die Arbeitsgruppe Wissenschaft bietet den Ausschüssen für Bildung und Wissenschaft sowie für Forschung und Technologie und den entsprechenden Ministerien ihre Unterstützung an.

Berlin, den 20.04.1990

Arbeitsgruppe Wissenschaft der Parteien und politischen Organisationen

---

Dieses Memorandum wurde mit einem Anschreiben an über 50 Institutionen in der DDR aber auch in der BRD verteilt. In dem Anschreiben wurde u.a. folgendes hervorgehoben: "Wir überreichen Ihnen in der Anlage ein Memorandum ... in einer Situation, in der es um den Fortbestand der Wissenschaft im östlichen Teil Deutschlands geht. Wir wenden uns in erster Linie an die Abgeordneten der Volkskammer und die Mitglieder der Regierung- aber auch an alle, denen die Weiterentwicklung der deutschen Wissenschaft und Forschung am Herzen liegt."

Der Versuch, das Memorandum zu veröffentlichen, ist nicht so erfolgreich. Es erscheint nur eine kommentierte Fassung im ND.

Die Arbeitsgruppe tagt zu dieser Zeit zwei- bis dreimal im Monat im Haus der Demokratie, Redaktionsgruppen noch häufiger.

Das Memorandum sollte dann durch verschiedene weitere Papiere (Akademiereform, Hochschulreform, deutsch-deutsche Wissenschaftsintegration u.dgl.) untersetzt werden. Dazu werden Untergruppen gebildet.

Im April 90 werden dem Minister für Bildung und Wissenschaft "Vorstellungen zu einigen Aspekten einer Hochschulreform", die in der Arbeitsgruppe nicht durchgängig Zustimmung fanden, übergeben.

Vorstellungen zu einigen Aspekten einer Hochschulreform

Die Innovationskraft und damit die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft eines Landes hängt maßgeblich von der Auswahl geeigneter Wissenschaftler und der Gewährleistung entsprechender Forschungsbedingungen ab. Formen der Befristung sind ein Mittel, um geeignete Wissenschaftler herauszufiltern.
Ausgehend von dem im Memorandum "zur Lage von Wissenschaft und Forschung in der DDR" gemachten Aussagen werden hier Vorstellungen für ein Modell, das sich insbesondere auf Formen der Befristung wissenschaftlicher Mitarbeiter an Universitäten und Hochschulen bezieht, entwickelt.
Ein solches Modell sollte den Anspruch haben,
a) mindestens genauso **leistungsfähig** wenn nicht sogar leistungsfähiger als das im Hochschulrahmengesetz der BRD formulierte und dabei gleichzeitig **sozialer** zu sein
b) gleichzeitig auch eine Übergangsregelung zu ermöglichen
c) dem Hochschulrahmengesetz der BRD sehr nahe zu kommen (d.h. kaum Abweichungen).

1. Zum Verhältnis von **befristeten** und **unbefristeten** wissenschaftlichen Mitarbeitern
Befristungen wirken sich positiv auf die Innovationskraft einer wissenschaftlichen Einrichtung aus.
Unbefristete sichern (gewährleisten) die Forschungs- und Lehrfähigkeit.
Es ist daher ein ausgewogenes Verhältnis, welches langfristig die Effektivität von Forschung und Lehre sichert (ermöglicht), anzustreben.
(Zu viele Unbefristete (typisch für Hochschuleinrichtungen in der DDR) lähmen die Forschung und fördern Mittelmäßigkeit in Forschung und Lehre. Zu wenig Unbefristete (z.T. typisch für Hochschuleinrichtungen in der BRD) gefährden die Forschungs- und Lehrfähigkeit.)
Es wird vorläufig (in erster Näherung) davon ausgegangen, daß ein solches ausgewogenes Verhältnis bei 50% Befristungen und 50% Unbefristeten liegen könnte.
(Entspricht etwa der Mitte zwischen der Situation in der DDR und der BRD. Eine solche

Proportion stellt auch ein günstiges Verhältnis für eine Übergangsperiode dar.)

Dieses Verhältnis bezieht sich auf folgenden wissenschaftlichen Personenkreis:
a) Wissenschaftliche Mitarbeiter, die sich **akademisch qualifizieren** wollen
Solche Mitarbeiter sind (generell) befristet einzustellen (diese Befristung kann nach Fachgebiet differieren):
für Promotion: 4 Jahre
für Habilitation: 6 Jahre
b) **Hochschullehrer (Professoren)**
Wissenschaftliche Mitarbeiter, die zu Hochschullehrern berufen werden, sind in der Regel für 5 Jahre befristet einzustellen.
Nach 4 Jahren (entspricht etwa der Laufzeit eines Projekts sowie der Zeit, in der ein Lehrgebiet neu aufgebaut werden kann) kann jener auf Grund seiner Leistungen und Fähigkeiten in Forschung und Lehre (Assistierung) insbesondere bezogen auf das berufenen Gebiet in ein unbefristetes überführt werden. Andernfalls ist die Stelle neu auszuschreiben.
(Nach weiteren 4 bis 8 Jahren kann dann, wenn entsprechende Leistungen vorliegen, eine weitere Höherstufung erfolgen.)
Geht man davon aus, daß i.allg. einerseits die Kreativität und Leistungsfähigkeit mit dem Alter abnimmt, andererseits die Erfahrungen zunehmen, ergibt sich, daß mit zunehmenden Alter sich das Interessensgebiet eines Wissenschaftlers wandeln wird. Von der harten Projektforschung über die Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs zur Beratung.
Dabei werden übergreifende Fragen sowie das Reflektieren immer mehr in den Mittelpunkt rücken.
Diesem Prozeß ist durch Änderung des Aufgabenprofils des Hochschullehrers Rechnung zu tragen.
(Um die Kontinuität in Forschung und Lehre nicht durch die Änderung des Aufgabenprofils eines solchen Hochschullehrers zu gefährden, sollte ein jüngerer Hochschullehrer berufen worden sein, der diesen Anteil übernehmen kann, jenem (häufig ein Ordinarius bzw. ein C4) in gewisser Weise zugeordnet ist und später dann (in der Regel) auch dessen Stelle übernehmen wird.
Auf diese Weise wird die Forschung selbst effektiver und für den älter werdenden Wissenschaftler sozialer.
Hiermit ist auch eine spezifische Form eine "Vorruhestandsregelung für Hochschullehrer" angedeutet.)
c) wissenschaftliche Mitarbeiter, die vorwiegend **Dienstleistungen** in Forschung und Lehre durchführen
Wissenschaftliche Mitarbeiter, die Dienstleistungen zur Gewährleistung (Sicherung) von Forschung und Lehre durchführen, sind dem Selektionsdruck der Forschung nicht unmittelbar auszusetzen und daher in der Regel unbefristet einzustellen.
Ihre Qualifikation (akademischer Grad) muß der durchzuführenden Dienstleistung entsprechen.

2. Zu den Übergangsbedingungen in Hochschuleinrichtungen der DDR
a) **Unbefristete** Assistenten-, Oberassistenten-, Dozentenstellen sollten abgeschafft werden (entspricht dem HRG der BRD).

b) Die Dozentenstellen sollten in Professorenstellen (etwa C3) umgewandelt werden.
c) Ein Teil neuer Professorenstellen (etwa C2) sollte eingerichtet werden, um die sich habilitierte Oberassistenten und Assistenten bewerben können (dieser Anteil könnte etwa 1/3 der Professorenstellen insgesamt betragen).
d) Promovierte, jedoch nicht habilitierte Assistenten und Oberassistenten haben folgende Möglichkeiten:
- sich um eine befristete Stelle mit dem Ziel einer Habilitation zu bewerben,
- sich um eine unbefristete Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters mit Dienstleistungsaufgaben zu bewerben,
- eine andere Arbeitstätigkeit aufzunehmen.
Die letzten beiden Möglichkeiten treffen auch für die in c) genannten Personen zu.
e) Umberufungsanträge sind wie (Neu)Berufungen zu handhaben.
f) In den nächsten 11/2 Jahren sollten in der Regel vorrangig DDR-Wissenschaftler bei Berufungen berücksichtigt werden.
Diese Berufungen sind in der Regel befristet auszusprechen.

Am 20.6. ist die Stellungnahme zur Akademie der Wissenschaften der DDR fertig. Sie stellt das zweite wichtige Papier dieser Arbeitsgruppe dar.

Stellungnahme
der Arbeitsgruppe **Wissenschaft** der Parteien und politischen Organisationen
zur **Reform der Akademie der Wissenschaften der DDR**
für die Volkskammer und die Regierung

Die Akademie der Wissenschaften der DDR kann nicht so bleiben wie sie ist

A. Forschungsgemeinschaft

1. Ausgangspunkt und angestrebtes Ziel
Die Institute der Akademie der Wissenschaften (AdW) sind das größte außeruniversitäre Forschungspotential der DDR. Viele Arbeitsgruppen haben trotz erheblichen ökonomischen Drucks ein eigenes Forschungsprofil aufgebaut. Dieses konnte sich wegen politisch motivierter Vorgaben meist nicht voll entwickeln. Das Wissenschaftspotential kann nur in neuen, flexiblen Strukturen produktiv werden. Daher darf es nicht länger administrativ verwaltet werden und in zentralen Strukturen gefangen bleiben.
Es darf auch nicht denjenigen überlassen werden, die für die gegenwärtige Misere der Wissenschaft in der DDR wesentlich mitverantwortlich sind. Der begonnene Prozeß der Demokratisierung muß in der Wissenschaft gefördert werden. Eine kurzfristige starke Reduzierung des Personalbestandes ist zunächst zu vermeiden, da diese die alten Strukturen nur festigen würde.
Die Reform der heutigen Forschungsgemeinschaft muß zu einer leistungsstarken und vielfältigen Forschungslandschaft in der zukünftigen Länderstruktur der DDR führen, die auch in einem geeinigten Deutschland überlebensfähig ist.

Der Auftrag der neuen, strukturell veränderten und personell reduzierten Forschungsgemeinschaft muß Grundlagenforschung und allgemein interessierende angewandte Forschung sein. Die Grundlagenforschung gehört zur Kultur einer modernen Gesellschaft und bildet zugleich das Innovationspotential für deren geistigen und materiellen Reichtum. Um der Freiheit der Wissenschaften willen muß sie vorwiegend aus den öffentlichen Haushalten und aus leistungsfördernden Drittmitteln finanziert werden.
Die Wissenschaft muß sich von ihren Themen und Vorhaben her selbst organisieren können.
Die Keime der Selbstorganisation müssen förderungswürdige Projekte der Wissenschaftler sein.
Das stürmische Innovationstempo vieler moderner Techniken führt dazu, daß angewandte Forschung und industrielle Entwicklung immer enger zusammenwachsen. Die Industrie ist auch im Gebiet der heutigen DDR zunehmend auf eine breite und leistungsfähige Vorlaufforschung angewiesen. Die Finanzierung einer produktbezogenen Forschung liegt im Interesse der Industrie. Einrichtungen mit einer solchen Forschung können eine eigene Gesellschaft analog zur FhG bilden.
Die einseitige Orientierung und die apologetische Deformation in den Gesellschaftswissenschaften erschweren erheblich einen pluralistischen Ansatz in den Sozial- und Geisteswissenschaften von innen heraus. In diesen Wissenschaftsgebieten müssen drastische Verkleinerungen der bisherigen Institute und Neugründungen erwogen werden. Das muß mit Ausschreibungen und Neuberufungen verbunden sein.
Bei der Neuordnung der Forschungslandschaft sind territoriale Besonderheiten zu berücksichtigen. Dazu gehören die zukünftige Länderstruktur und die starke Konzentration des Potentials der Forschungsgemeinschaft im Raum Berlin. Durch ein verändertes Verhältnis der Forschungsgemeinschaft zu Hochschulen und Universitäten können sich die Beziehungen von Forschung, Lehre und Ausbildung neu gestalten. Darüberhinaus enthält das große Forschungspotential in Berlin Chancen für die deutsche und für die europäische Wissenschaftsentwicklung.

2. Organisation des Übergangs

2.1 Voraussetzungen für das Entstehen effizienter Wissenschaftsstrukturen ist die **objektive Bestandsaufnahme** des Forschungspotentials der Institute und dessen fremdgutachterliche Bewertung. Das von der Wissenschaftssenatorin vorgeschlagene und vom Minister für Forschung und Technologie unterstützte haushaltsfinanzierte Moratorium wäre eine gute Voraussetzung für eine sich selbst regulierende Neuordnung der Wissenschaft.
Gleichzeitig muß jedoch der zentrale Verwaltungsapparat der AdW stark reduziert werden. Eine Trennung von Forschungsgemeinschaft und Plenum der AdW ist zu erreichen.
2.2 Eine **Projektgruppe** beim Ministerium für Forschung und Technologie (MFT), die sich aus Vertretern zugehöriger Volkskammerausschüsse, der Regierung, der gesellschaftlichen Kräfte, der anderen Akademien und Forschungseinrichtungen, der Industrieverbände, der Banken, eines gesamtdeutschen Wissenschaftsrates und Mitarbeitern der Forschungsgemeinschaft zusammensetzt, muß die Reform der AdW begleiten. Aus dieser Gruppe kann sich ein Kuratorium für eine reformierte Forschungsgemeinschaft bilden.

2.3 Die wissenschaftlichen Räte der Institute veranlassen umgehend eine umfassende Leistungsanalyse ihrer Institute als objektive Bestandsaufnahme des Forschungspotentials. Dazu müssen die erreichten wissenschaftlichen Ergebnisse ebenso herangezogen werden wie die internationalen Maßstäben gerecht werdende wissenschaftliche Arbeit. Fremdgutachten sollten mit Hilfe des MFT eingeholt werden. Die Gutachtersysteme der MPG, der FhG und der DFG sind dabei zu Rate zu ziehen. Durch die Gutachten sind tragfähige Forschungsthemen und mögliche Partnerschaften zu anderen Forschungseinrichtungen zu ermitteln. Die Ergebnisse der Analysen sind der Projektgruppe mitzuteilen.
2.4 **Große** und heterogen zusammengesetzte Institute sollten entflochten werden, weil für verschiedene Bereiche unterschiedliche Perspektiven bestehen können. Es sind rechtliche Rahmenbedingungen für die Aufteilung von Instituten und für das Ausscheiden aus der Forschungsgemeinschaft zu schaffen.
Einrichtungen, die **gewinnorientiert** arbeiten können, müssen umgehend aus der Forschungsgemeinschaft ausgegliedert werden, wobei diese Gesellschafter in den neu entstehenden Betrieben und Instituten sein könnte. Zu diesen Einrichtungen gehören das Zentrum für Wissenschaftlichen Gerätebau, das Akademieprojekt, die Druckereien und Verlage, die Isotopenproduktion, die Kraftfahrzeug-Leitwerkstatt u.a.
Produkt- und **verfahrensorientierte** Forschung sollte ausgegliedert werden und der entstehenden mittelständischen Industrie z.B. durch Einbindung oder in Form von Innovations- und Technologiezentren zur Verfügung stehen. Die Ministerien für Wirtschaft und für Finanzen sollten dazu steuerliche und finanzielle Hilfe leisten.
Auch die Kopplung einzelner kleiner Forschungseinrichtungen an Hochschulen und Universitäten ist zu erwägen.
2.5 Während des Moratoriums sollte der größte Teil der Haushaltsfinanzierung über **Projekte für kleinere Gruppen** erfolgen. Wird dabei ausgeschlossen, daß sich Wissenschaftler gleichzeitig für mehrere Projekte der Grundfinanzierung bewerben, so erhöht das für viele, die außerhalb der bisherigen Leitungsstruktur stehen, die Chance sich zu profilieren. Projektbewerbungen für Drittmittel können nach bewährten Verfahren erfolgen.
Das begünstigt strukturelle und personelle Veränderungen in den Instituten.
Auch **Gastwissenschaftler** sollten projektbezogen und mit Unterstützung ihrer Heimatinstitute in der Forschungsgemeinschaft wirken können.
Es wäre auch hilfreich, wenn das Territorialprinzip der DFG durch eine **Zusatzvereinbarung zum Staatsvertrag** generell auf das Gebiet der DDR ausgedehnt würde.
Durch Entsendung von Vertretern des MFT in die Direktorien der EG könnten Voraussetzungen für die Bewerbung von DDR-Wissenschaftlern für EG-Projekte geschaffen werden.
2.6 Alle wissenschaftlichen **Führungspositionen** in den Instituten sind während des Moratoriums zur Neubesetzung auszuschreiben.
Berufungen müssen dem wissenschaftlichen Profil entsprechen, wobei genehmigte Projekte ein wichtiges Kriterium bilden.
Im Zusammenhang mit der Einführung neuer Tarife muß eine gehaltliche Bewertung aller Wissenschaftler ohne Berücksichtigung früherer Gehälter erfolgen.
2.7 Bleiben diese Maßnahmen wirkungslos, dann muß auch an die Gründung einer neuen Forschungsgesellschaft, die die leistungsfähigsten Gruppen aufnimmt, gedacht werden.

B. Die Gelehrtengesellschaft

Die Zusammensetzung der Gelehrtengesellschaft ist ein Ergebnis der Kaderpolitik der SED. Das Plenum kann in seiner Gesamtheit nicht den Anspruch erheben, die große Tradition der von Leibniz gegründeten Akademie in Würde und Ansehen fortgesetzt zu haben.
An der demokratischen Erneuerung der DDR hatte das Plenum keinen Anteil. Damit die Leibnizsche Tradition, die in diesem Jahrhundert von Max Planck und Albert Einstein geprägt wurde, nicht verloren geht, sollte eine Neuformierung der Akademie der Wissenschaften zu Berlin unter Mitwirkung der Projektgruppen erfolgen.

Berlin, den 21.Juni 1990

Von der Arbeitsgruppe werden auch noch Positionen zur deutsch-deutschen Wissenschaftsintegration erarbeitet (letzte Fassung 8.6.90), was dann aber nicht weiter verfolgt wird.

Ein Interesse der Arbeitsgruppe bestand darin, mit wissenschaftspolitisch verantwortlichen Persönlichkeiten als Gäste der Arbeitsgruppe ins Gespräch zu kommen. Gäste der Arbeitsgruppe waren u.a.: Staatssekr. Prof. Dr. Herrman des MWT, Prof. Kallenbach (MfBW), Prof. Unangst (Vors. des Forschungsrates) Prof. Nowak (Vizepräsident der AdW), Prof. Bulle (MfBW), Prof. Fink (Rektor der HUB), Prof. Hass (Vorsitzender der Rektorenkonferenz in der DDR), Prof. Klinkmann (Präsident der AdW), Dr. Weber (MfFT), Dr. Haempel (Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung).

Am 13.6. nehmen mehrere Vertreter der Arbeitsgruppe an der Berliner Wissenschaftskonferenz teil. Hier werden zum Teil unterschiedliche Interessen und Bewertungen von Ost und West deutlich.

Am 27. April werden drei Mitglieder der Arbeitsgruppe von Prof. Terpe, Minister für Forschung und Technologie, zu einem Gespräch empfangen. Es fand in offener und sachlicher Atmosphäre statt. Am 12. Juli kommt es erneut zu einem Gespräch, in dem die Stellungnahme zu Akademiereform übergeben wird. Der Minister bedankt sich für die konstruktive Hilfe der Arbeitsgruppe.

Am 9.7. wandte sich die Arbeitsgruppe mit einem Brief an Minister Meyer.

Sehr geehrter Herr Minister
Mit großer Besorgnis müssen wir feststellen, daß der Demokratisierungsprozeß an den Hochschulen und Universitäten kaum voranschreitet. Das betrifft auch die Neuberufungen. Aus folgenden Gründen sollten daher die Neuberufungen im Herbst nicht vorgenommen werden.
1. Die Anträge für die Dozenten stammen in der Regel aus der Zeit vor dem Oktober 1989 (Daher sind diese Anträge in der Regel mit der Kaderpolitik der SED belastet !)
2. Die Ausschreibungen (Dozenturen und Lehrstühle sowie außerordentliche Professuren)

erfolgten in den seltensten Fällen nach internationalen Maßstäben (Rechtzeitige öffentliche Ausschreibung, Dreiervorschlag, Fremdvorschläge u.dgl., sowie entsprechenden Kriterien (Fachliche Kompetenz und persönliche Integrität))
3. Mit der Neu- bzw. Umberufung von Lehrstühlen, die sich nicht auf eine mit den gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR verbundene dringend notwendige Neuausrichtung von Lehre und Forschung orientiert, wird eine zu überwindende Struktur in Lehre und Forschung über längere Jahre festgeschrieben.
Dadurch werden die Universitäten in der DDR noch schlechtere Startbedingungen in einem zukünftigen Deutschland haben.
Der Prozeß der notwendigen Neuausrichtung ist von den Universitäten noch zu leisten und hat gerade erst begonnen.
4. Durch die Aussetzung der Berufungen ist die Lehre und Forschung im Prinzip nicht gefährdet, da es sich überwiegend um "Hausberufungen" handelt.
5. Den Mitarbeitern der Universität wurde der Modus, den Sie in Ihrem Brief an die Rektoren in bezug auf die Berufung in diesem Jahr vorgeschlagen haben, nicht (bzw. nicht ausreichend) bekannt, um entsprechend darauf reagieren zu können.
Wir fordern daher, die Berufungen auszusetzen und sofort durch die Universitäten die öffentliche Ausschreibung entsprechend der Neuorientierung zu veranlassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Klaus Sieber — Dr. Christian Dahme

Am 18.7 findet gemeinsam mit dem VdWi ein Gespräch bei Minister Meyer statt. Ein zweites folgt am 21.8. Minister Meyer spricht sich für eine maßvolle Berufung aus. Die vorgetragenen Bedenken gegen eine Berufung (siehe auch Brief) kann er so nicht teilen.

Schon im Gespräch mit Minister Terpe am 12.7., es fand eine Woche nach dem sogenannten Kamingespräch statt, wurden die Zwänge, die sich mit der Vereinigung ergeben werden, deutlich. Dieser Eindruck verstärkt sich noch im Gespräch mit Minister Meyer am 21.8. Er verweist mehrmals darauf, daß sie in Verhandlungen zum Einigungsvertrag stehen und daher ...

3. Die Zeit nach dem 3. Okt. 1990

Seit Sept. 90 beobachtet die Arbeitsgruppe aufmerksam die Evaluierung der AdW. Andererseits beschäftigt sie sich weiterhin mit der Hochschulreform und stellt fest, daß in den Hochschulen der ehemaligen DDR kaum etwas passiert.

Von der Aufbruchsstimmung, von der sie noch in der ersten Hälfte des Jahres 1990 ausgegangen war, die sich im Memorandum niedergeschlagen hat, ist immer weniger übrig. Existenzängste verbunden mit Mißverständnissen, Zwängen, Ohnmacht u.dgl. beginnen immer mehr in den Vordergrund zu drängen. Am 6.01.1991 wandte sich daher die Arbeitsgruppe mit einem Brief an den Wissenschaftsrat.

Arbeitsgruppe Wissenschaft
der Parteien und politischen Organisationen (der ehemaligen DDR)

An den Wissenschaftsrat der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Prof. Simon
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Sommer des vergangenen Jahres begann mit der Verteilung der Fragebögen zur Evaluation von Instituten der Akademien im Osten Deutschlands der Prozeß der Neustrukturierung der außeruniversitären Wissenschaft.
Als Arbeitsgruppe Wissenschaft der Parteien und politischen Organisationen, hervorgegangen aus der entsprechenden Arbeitsgruppe des zentralen Runden Tisches, haben wir schon zu Beginn unserer Arbeit einen solchen Prozeß gefordert. Heute können wir feststellen:
Die Evaluation wurde und wird von den Betroffenen als Notwendigkeit und Chance des Neubeginns verstanden, sowohl für die individuelle wissenschaftliche Entwicklung als auch für die Zukunft der Wissenschaft unseres Bereichs insgesamt.
Wir wissen um die Mühe, die dieser Prozeß allen, besonders den Mitgliedern der Evaluierungskommissionen abverlangt. Dafür möchten wir unseren Dank aussprechen. Wir möchten Sie aber auch auf einige Probleme aufmerksam machen, die sich aus unserer Sicht aus dem Evaluationsprozeß ergibt.

1. Die Evaluation braucht Zeit, in erster Linie wohl aus der Sicht der Evaluateure. Den Betroffenen aber läuft die Zeit davon. Je länger die Ungewißheit andauert, um so drängender wird die Frage, ob es nicht besser wäre, die eigene Chance anderweitig zu nutzen. Besonders junge und kreative Wissenschaftler werden sich mehr und mehr dafür entscheiden. Der Zerfall produktiver Arbeitsgruppen ist dann nicht mehr aufzuhalten. Um dieser Gefahr zu begegnen, ist **Transparenz** in allen Phasen der Entscheidungsfindung notwendig.
Dazu gehört, daß die Evaluierung, so weit es irgend möglich ist, im fortlaufenden **Dialog** mit den Instituten durchgeführt wird, damit Korrekturen in den Konzeptionen möglich werden und den Betroffenen deutlich wird, daß ihre Meinung gefragt ist.

2. Bei den Institutsbesuchen war es nicht immer möglich, alle im jeweiligen Institut bearbeiteten Sachgebiete durch Experten in den Kommissionen zu erfassen. Auch konnten bei weitem nicht alle Arbeitsgruppen oder Teileinrichtungen besucht werden. Das hat erhebliche Unruhe und Kritik unter den Betroffenen ausgelöst. Es wäre hilfreich, wenn klargestellt werden könnte, daß solche Fachbereiche durch **zusätzliche Gutachten** beurteilt werden.

3. Die Überlegungen und Bemühungen von Wissenschaftlern aus den Instituten, ihre Forschung neu zu orientieren und zu strukturieren, können nicht losgelöst von ihren künftigen Aufgaben und möglichen **Organisations- und Finanzierungsmodellen** angestellt werden. Gerade darüber aber herrscht große Unklarheit. Es wäre daher sehr wünschenswert, wenn der Wissenschaftsrat über das Spektrum der gegebenen, insbesondere

aber auch über denkbare neue Möglichkeiten der Forschungsorganisation und -förderung informieren würde.

4. Eine wichtige Möglichkeit ist die Angliederung von Forschungsgruppen aus AdW-Instituten an Universitäten und Fachhochschulen. Da sich aber die Universitäten und Hochschulen (einschl. Fachschulen) ebenfalls neu formieren müssen, ist zu fordern, daß diese **Neuformierung von vornherein mit Rücksicht auf eventuelle Angliederungen** vollzogen wird. Dieses ist auch bei der Neugründung von Universitäten und Fachhochschulen zu beachten. Die Neuformierung und Angliederung muß zu einem verstärkten Austausch zwischen Wissenschaftlern führen. Deshalb sollte auch die Anbindung kleinerer Forschergruppen an westdeutsche und (West-)Berliner Universitäten erwogen werden.
Das Modell der An-Institute sollte an die besonderen Probleme der Angliederung von Forschungspotentialen aus der ehemaligen AdW angepaßt werden.

5. Bei einer Anhörung von Vertretern aus AdW-Instituten im Schöneberger Rathaus wurde deutlich, daß die Angliederung an Universitäten und Hochschulen nicht der einzige Weg der Neustrukturierung sein kann. Es muß auch über die Gründung einiger Fraunhofer-Institute hinaus **Möglichkeiten außeruniversitärer Institutsbildungen** geben.

6. In der augenblicklichen Situation der neuen Bundesländer sind **Übergangslösungen** notwendig, weil Wissenschaftförderungs-Modelle einer stabilen Gesellschaft nicht ohne weiteres in einer Umbruchsphase funktionieren können. Beispielsweise könnte an die Gründung zeitweiliger Institute zur Ausformung neuer Forschungsvorhaben gedacht werden, die dann unter Umständen auf die blaue Liste kommen können.

7. Es ist unumstritten, daß die innovative Kraft der Wissenschaft für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung unerläßlich ist. Die neuen Bundesländer werden diese Kraft brauchen, wenn sie den ökonomischen Standard der alten Bundesländer erreichen sollen. Es ist evident, daß die neuen Bundesländer einschließlich Berlins aus ihrem zunächst noch viel zu geringen Steueraufkommen das für eine gedeihliche wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung erforderliche Forschungspotential nicht finanzieren können. Eine entsprechende Forschungsförderung aus Bundesmitteln und Beiträgen der alten Bundesländer ist daher eine effektive und unabdingbare Hilfe zur Selbsthilfe für die neuen Bundesländer. Mit ihrer Bereitschaft, dieses Forschungspotential zu unterstützen, entscheiden die alten Länder mit darüber, wie lange Steuermittel in die neuen Länder fließen müssen.
Wir sind daher der Auffassung, daß die neuen Bundesländer und Berlin für eine begrenzte Zeit dringend eine **schrittweise abnehmende institutionelle Forschungsförderung aus dem Bundeshaushalt** und Mitteln der alten Bundesländern benötigen. Solche Regelungen sollten in der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung zwischen Bund und Ländern vorgesehen werden.
Der Umbruch der Wissenschaftsorganisation in den neuen Ländern ist eine Chance für die Verbesserung des Forschungsförderungssystems in ganz Deutschland, indem modifizierte oder neue Formen in den neuen Ländern erprobt werden.

Vielleicht waren das alles nur Gedanken, die Sie sich bereits gemacht haben, vielleicht passen unsere Vorstellungen auch gar nicht in das föderale Konzept der Wissenschaftsorganisation, vielleicht gehen diese auch weiter als die Kompetenz des Wissenschaftsrates reichen und die Vorschläge gehören in die Bund-Länder-Kommission. Weil das nur wenige in den neuen Bundesländern genau wissen, wäre es gut, wenn auch in diesen Fragen ein Dialog zustande käme.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christian Dahme	*Dr. Hans-Jürgen Fischbeck*	*Dr. Klaus Sieber*
für das Neue Forum	für Demokratie Jetzt	für die CDU

Von verschiedenen Stellen erhielten wir Antworten, nur vom Wissenschaftsrat selbst nicht.

Am 18.2.91 wandte sich die Arbeitsgruppe an Prof. Erhardt, Wissenschaftssenator von Berlin.

Sehr geehrter Herr Prof. Erhardt

Mit großem Interesse hat die Arbeitsgruppe Wissenschaft (hervorgegangen aus der entsprechenden Arbeitsgruppe Wissenschaft des zentralen Runden Tisches) Ihre ersten Äußerungen zur Wissenschaftspolitik in Berlin (u.a. im Tagesspiegel, in der Berliner Zeitung, im Pressedienst Berlin und an der Humboldt Universität am 12.2.) zur Kenntnis genommen. Wir begrüßen es, daß Sie
- Qualität zum obersten Maßstab der Reorganisation von Forschung und Lehre machen wollen,
- Entscheidungen "in engster Fühlungnahme mit den Repräsentanten der Hochschulen" treffen wollen,
- die Hochschulautonomie entschieden befürworten,
- leistungsfähige Forschungsteams aus den AdW-Instituten an die Universitäten überführen wollen und
- über eine Zwischenorganisation als Träger von Instituten zur Herausbildung endgültiger Lösungen nachdenken.

Sie kommen damit - namentlich mit dem Letztgenannten - unseren Überlegungen nahe, die wir in einem Brief an den Wissenschaftsrat vorgeschlagen haben (siehe Anlage). Wir möchten Sie jedoch auch auf einige aus unserer Sicht wesentlichen Probleme aufmerksam machen:

1. Die Senatsentscheidung zur Teilabwicklung der HUB ist problematisch, weil die Ungleichbehandlung der Fachbereiche nur vordergründig berechtigt ist. In Wahrheit hat die SED-Kaderpolitik in den überführten Fachbereichen nicht weniger gewirkt als in den von der Abwicklung betroffenen.

2. Vergangenheitsbewältigung ist eine schwierige, aber notwendige Aufgabe. Sie kann nur von innen heraus, aber nicht durch Abwicklung bewältigt werden. Administrative

Neustrukturierung könnte als Kaderpolitik mit umgekehrtem Vorzeichen gedeutet werden. Sie würde das Trauma der Fremdbestimmung und Entmündigung erneuern, das wir überwunden glaubten. Das ist ein wesentlicher Grund für den Studentenprotest, der nicht mißachtet werden sollte.
Die Erneuerung der Universitäten und Hochschulen ist wesentlich auch eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Nur wenn diese gelingt, gewinnt die Erneuerung auch eine ethisch-moralische Dimension.

3. Wenn Sie Qualität zum obersten Grundsatz der Struktur- und Personalpolitik in der Wissenschaft machen, berufen Sie sich auf westdeutsche Maßstäbe und wollen die Berufung auswärtiger - vermutlich westdeutscher - Gründungsdekane als überregionales Signal, "daß an der HUB in allen Fachbereichen bald eine qualitativ hochwertige Ausbildung angeboten werden kann", verstanden wissen (Pressedienst Berlin, 28.01.91). Dies kann leicht mißverstanden werden.
Gegenüber einem solchen, von Ihnen sicher nicht gewollten Mißverständnis möchten wir betonen, daß auch ostdeutsche Wissenschaftler sehr wohl wissen, was Qualität ist und dazu "westdeutscher Maßstäbe" eigentlich nicht bedürfen.
Wir meinen, daß auch ostdeutsche Wissenschaftler durchaus Signale hochwertiger Ausbildung setzen können, und weisen darauf hin, daß an ostdeutschen Akademie- und Universitätsinstituten trotz widrigster Umstände und gegen die wissenschaftsfeindliche Politik der SED beachtliche wissenschaftliche Leistungen erbracht wurden.

In einem Gespräch wäre es sicher möglich, unseren Standpunkt zu solchen Fragen ausführlicher darzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christian Dahme	*Dr. Hans-Jürgen Fischbeck*	*Dr. Klaus Sieber*
für das Neue Forum	für Demokratie Jetzt	für die CDU

Daraufhin fand am 24.4.91 ein erstes und am 30.8.91 ein zweites Gespräch beim Senator statt. Beide Gespräche verliefen sachlich und waren vom Bemühen gekennzeichnet, die dargestellten Probleme zu verstehen. In bezug auf die Bewertung ergaben sich jedoch Differenzen.
Am 26.6.91 schrieb die Arbeitsgruppe erneut an den Vorsitzenden des Wissenschaftsrates Prof. Simon.

Sehr geehrter Herr Prof. Simon

Mit Sorge wenden wir uns erneut an Sie. Es gibt Anlaß zu der Befürchtung, daß in einzelnen gewichtigen Fällen die Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates die eigentlichen Intentionen der Evaluation der Akademie-Forschung konterkariert.

Den Sinn der Evaluation verstehen wir so, daß gute Forschungsgruppen mit entwicklungsfähigen, für die deutsche Forschungslandschaft wichtigen Forschungsvorhaben ermittelt werden. Für diese Forschungsgruppen sind dann Empfehlungen zugeben, wie diese Gruppen und ihre Vorhaben in neue Strukturen, die dem System der Forschungsförderung der Bundesrepublik entsprechen, eingebunden werden können. So haben wir den Verlauf der Evaluation in unserem Umkreis erfahren.
In diesem Sinne äußerte sich auch Senator Erhardt in der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung des Berliner Abgeordnetenhauses am 29.04.1991. Soweit die Empfehlung auf Eingliederung in die Hochschulen hinauslaufe, so sagte er, beziehe sich das auf eine bestimmte Arbeitsgruppe.
Dann müsse mit der betreffenden Hochschule verhandelt werden, in welchem Umfang, auf welchem Weg, mit welchen Wirkungen diese Gruppe eingegliedert werde. Es werde folglich keine Stellenausschreibung geben, sondern es gehe eben um die Aufnahme einer bestimmten Gruppe in einem mit der Hochschule ausgehandelten Umfang.
Bei der Konstituierung des biomedizinischen Zentrums in Berlin-Buch scheint das Gründungskomitee einen anderen Weg gehen zu wollen, der sich uns wie folgt darstellt:

> Ein neues Konzept wird ohne Rücksicht auf das vorhandene Angebot an positiv evaluierten Forschungsvorhaben erstellt.

Für alle dieser Konzeption entsprechenden Stellen werden fachöffentlichkeitsweite Ausschreibungen gemacht, für die sich die Bucher Kollegen bewerben dürfen, ohne daß ein Nachteilsausgleich vorgesehen ist.
Wir befürchten, daß ohne einen solchen differenzierten Nachteilsausgleich die SED-bedingten objektiven und subjektiven Handikaps den Bucher Kollegen gegenüber der internationalen Konkurrenz erneut zum Nachteil werden.
Andererseits befürworten wir insbesondere die völlig offenen Ausschreibung für die Direktor-Funktionen, meinen aber, daß positiv evaluierte Forschungsvorhaben in neue Strukturen übernommen werden sollten.
Wir bitten Sie, unsere Besorgnisse der Umsetzungsdelegation mitzuteilen.
Wir erlauben uns, dieses Schreiben auch den Wissenschaftsministern in den fünf neuen Bundesländern sowie dem Wissenschaftssenator von Berlin zur Kenntnis zu geben.

Hochachtungsvoll

Dr. Christian Dahme	*Dr. Hans-Jürgen Fischbeck*	*Dr. Klaus Lommatzsch*	*Dr. Klaus Sieber*
für das Neue Forum	für Demokratie Jetzt	für die SPD	für die CDU

Am 6.9.91 findet die letzte Veranstaltung der Arbeitsgruppe, ein Gespräch mit den Rektoren bzw. Präsidenten der Berliner Universitäten, zum Thema: "Schwierigkeiten bei der Annäherung - gemeinsame Interessen - Möglichkeiten der Kooperation" statt. Es kann als ein Versuch der Annäherung gesehen werden.

Christian Dahme, Mathematiker an der Humboldt-Universität zu Berlin, und Helmut Haberlandt, seinerzeit Chemiker an der Akademie der Wissenschaften, heute im Brandenburgischen Ministerium für Bildung, Jugend und Sport beschäftigt, vertraten in der Arbeitsgruppe "Wissenschaft" das Neue Forum.

Ausgewählte Ergebnisse einer soziologischen Begleitanalyse* zur Auflösung und Umstrukturierung der Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften

1. Vorbemerkungen

Der "Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands-Einigungsvertrag -" stellt wie für die anderen gesellschaftlichen Bereiche auch für Wissenschaft und Forschung eine historische Zäsur dar.

Die essentielle Bedeutung einer effektiven Wissenschaftspolitik für eine zukunftsgerichtete Wissenschaftsentwicklung und die damit verbundene Untersetzung eines innovativ n und auf ökologischem Umbau basierenden wirtschaftlichen, vor allem industriellen Aufschwungs in den neuen Bundesländern, wird nur von Ignoranten bestritten. Anderthalb Jahre nach Veröffentlichung der "Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Wege zur deutschen Einheit" in den "Zwölf Empfehlungen" des Wissenschaftsrates und ein halbes Jahr nach Abschluß der Evaluation des größten Teils des außerindustriellen Wissenschaftspotentials im Beitrittsgebiet stellt sich die Frage nach den Ergebnissen bisheriger Wissenschaftspolitik jenseits im Übermaß publizierter Absichtserklärungen und globaler Sollzahlstatistiken.

Wissenschaft ist zuerst und letztlich immer an die Kreativität des Wissenschaftlers, an ein Zusammenwirken mit wissenschaftlichen Hilfskräften, schließlich an die Funktionalität der jeweiligen wissenschaftsorganisatorischen Strukturen gebunden.

Die wissenschaftlichen Entscheidungen orientieren auf die Einpassung des Wissenschaftssystems der ehemaligen DDR in die existierenden Strukturen der Bundesrepublik Deutschland. Obwohl bereits zu einer solchen Ausgangsposition Grundsätzliches anzumerken wäre, beschränkte

---

* *Projektgemeinschaft*: **Doz. Dr. Dieter Dohnke, Dr.habil. Gabriele Groß, Dr.sc. Charles Melis, Dr. Gerd Redies**
Thema: Beschäftigungsperspektiven für Wissenschaftler und WissenschaftlerInnen sowie weitere in FuE Beschäftigte im Bereich der außeruniversitären Forschung der neuen Bundesländer unter den Bedingungen der Veränderungen des Wissenschaftssystems in Deutschland
(Arbeitsbezeichnung: Veränderungen des Wissenschaftssystems/Beschäftigungsperspektiven für Wissenschaftler)
Forschungsschwerpunkt: Soziologische Ist-Stand-Analyse von personalstrukturellen Veränderungen an den Instituten der ehemaligen Akademie der Wissenschaften / wissenschaftspolitische Konsequenzen

sich die Studie bisher bewußt auf die pesonalstrukturellen Prozesse, um für diesen bislang unterbelichteten Teil der Gesamttransformation einen Beitrag zum besseren Verständnis zu leisten.

Der Gedanke, daß wissenschaftliche Kreativität auf die Dauer gerade für Deutschland eine entscheidende Ressource darstellt, die Reproduktionsbedingungen dafür schon in DDR-Zeiten seit langem restriktiv gestaltet wurden, nun aber einen masssenhaften Abbruch an wissenschaftsbezogener Kreativität erfolgt, hat die Projektgruppe trotz aller methodischen Probleme ermutigt, mit Zwischenergebnissen an die Öffentlichkeit zu treten. Gewünschte Sensibilisierung einer breiteren gesellschaftlichen Öffentlichkeit verbindet sich mit einem Angebot an die wissenschaftspolitischen Entscheidungsträger, um alle Möglichkeiten für eine Begrenzung der schon offenkundigen negativen Entwicklung sowie deren Folgen auszuschöpfen.

Angesichts des in seinen Dimensionen beispiellosen Prozesses der Umstrukturierung und Auflösung von Instituten der ehemaligen Akademie der Wissenschaften, der nicht nur die Wissenschaftslandschaft einer Region grundlegend verändert, sondern auch die Lebensläufe tausender Wissenschaftler bricht, ist es Anliegen des genannten Projektes, diesen Vorgang sozialpolitisch begleitend zu analysieren und damit statistisch gesicherte wissenschaftspolitisch verwertbare Erkenntnisse zu Folgen der Transformation wissenschaftlicher Systeme, insbesondere für die soziale Entwicklung von Wissenschaftlern/Innen zu gewinnen und begründete Handlungsorietierungen für Langfristentwicklungen anzubieten.

Dies war für uns der Anlaß, im Frühjahr 1991 eine sozialwissenschaftliche Begleitanalyse dieses Prozesses zu beginnen. Das Tempo der personellen Veränderungen (Personalreduktion, funktionaler Wandel in den Instituten) gebot eine rasche Erfassung der Situation in den Instituten, wie sie sich im Sommer nach weitgehendem Abschluß der Evaluierung im Vergleich zum Vorjahr darstellte.

Diese Notwendigkeit sind Einschränkungen in der Methodik dieser ad-hoc-Analyse geschuldet:

- Obwohl Repräsentativität angestrebt war, liegen auswertbare Fragebögen in unterschiedlichen Größenordnungen vor: 9 auswertbare Fragebögen von 12 sozial- und geisteswissenschaftlichen Instiuten (n=1035) und 14 auswertbare Fragebögen von 41 naturwissenschaftlichen Instituten (n=1657);
Gründe sind insbesondere Zeitverschiebungen im Abschluß der Evaluierung zwischen den genannten Wissenschaftsbereichen und die Überlastung der Personalabteilungen durch die zum Zeitpunkt derVoruntersuchung laufende BAT-Eingruppierung.

- Die Erhebung wurde als schriftliche Befragung über die Personalräte durchgeführt. Auf tiefergehende Interviews mit Experten aus den Instituten mußte zunächst verzichtet werden, da die gesamte Untersuchung auf der Initiative einiger weniger Wissenschaftler basierte, die über keine Mitarbeiter zur Durchführung einer eigentlich wünschenswerten detaillierten Analyse verfügten. Insbesondere ist darauf hinzuweisen, daß die Ergebnisse den Stand Sommer 1991 wiedergeben, d. h. einen Zeitpunkt im Prozeß der Auflösung der AdW, zu dem die Wirkungen und Folgen der Evaluierung noch keineswegs im vollen Ausmaß sichtbar waren. Tendenzen werden erkennbar, es ist aber davon auszugehen, daß mit dem im Einigungsvertrag festgeschriebenen Ende der ehemaligen Institute der AdW zum 31.12.1991 sich diese Tendenze nicht einfach fortschreiben, sondern mit großer Wahrscheinlichkeit Brüche anderer qualitativer Dimensionen auftreten werden. Deshalb ist die Fortführung der Untersuchung in diesem Jahr dringend erforderlich, wenn auf die Dokumentation und Analyse dieses Prozesses in wissenschaftshistorischer, -politischer und -soziologischer Hinsicht nicht verzichtet werden soll.

Nach den z. Z. vorliegenden Ergebnissen deutet sich an, daß die gegenwärtigen personalen Veränderungen - obwohl zum Zeitpunkt der Untersuchung aus den genannten Gründen noch nicht so gravierend (zahlenmäßiger Abbau bei Wissenschaftlern um 16%, bei wissenschaftlich-technischem Personal um 27%) - in den sozialen Gruppen sehr unterschiedlich ablaufen. Ferner zeigen sich zwischen den Wissenschaftsbereichen so markante Unterschiede, daß eine summarische Auswertung nicht statthaft erscheint.

2. Zu einigen Ergebnissen der Voruntersuchung

1. Die bisherigen Abgänge sind vor allem in den höheren Altersgruppen und bei den jungen Wissenschaftlern eingetreten.

In den *Geistes- und Sozialwissenschaften* reduzierte sich die Anzahl der Wissenschaftler/Innen insgesamt um 20%. Mit jeweils 35% überdurchschnittlich betroffen ist die Gruppe der Älteren (über 56 Jahre) und die der Nachwuchswissenschaftler/Innen (jünger als 30 Jahre).

Unter den älteren Wissenschaftler/Innen hat sich der ohnehin niedrige Anteil der Frauen besonders stark reduziert (Bei Frauen auf 50%, bei Männern auf 69%). In der Gruppe der Nachwuchswissenschaftler/Innen ist die geschlechtsspezifische Tendenz umgekehrt (zahlenmäßiger Abbau bei Frauen auf 75%, bei Männern auf 47%).

In den *Naturwissenschaften* betrug der Personalabbau bei Wissenschaftlern/Innen im Vorjahr zunächst "nur" insgesamt rund 10%. Überdurchschnittlich reduzierte sich hier die Gruppe der 30-39jährigen Männer (um 20%).

Bereits diese wenigen Daten deuten darauf hin, daß die Chance, die Wissenschaft in dieser Region zu verjüngen, bisher nicht genutzt wurde.

Langwährende Folgen für Wissenschafts- und Forschungstraditionslinien sind vorprogrammiert. Der bereits eingetretene Abbruch bisheriger Graduierungsarbeiten verdeutlicht das. Die relativ hohe Stabilität in den mittleren Altersgruppen kann nicht als Ausgleich angesehen werden, wenn der jetzige Mittelbau keinen Nachwuchs hat. Traditionslinien werden gebrochen, das Ende wissenschaftlicher Schulen scheint selbst dann unausweichlich, wenn ein Teil der Wissenschaftler in anderen institutionellen Formen wissenschaftlich weiterarbeiten sollte.

2. Das bisherige Betreuungssystem für die Graduierungsarbeiten ist faktisch bereits zusammengebrochen.

Nicht nur der hohe Anteil der Abbrüche wissenschaftlicher Qualifizierungen, sondern die große Ungewißheit der noch verbliebenen Aspiranten über einen möglichen Abschluß ihrer Arbeiten verdeutlichen die bereits jetzt eingetretenen Verluste bei

diesem (jungen) Teil des bisher besonders forschungsmotivierten Personals.

In den Instituten insgesamt (Geistes- und Sozialwissenschaften/ Naturwissenschaften) nahm die Zahl der mit Dissertation A befaßten Wissenschaftlern/Innen um rund 25% ab. In den *Geistes- und Sozialwissenschaften* betrug der Personalabbau der mit Promotion A befaßten Wissenschaftler/Innen rund 30%, in den *Naturwissenschaften* rund 10%.

Die Zahl der mit Dissertation B befaßten Naturwissenschaftler/Innen ging um rund 20% zurück, die der Geistes- und Sozialwissenschaftler/Innen um über 40%.

Von den gegenwärtigen Aspiranten, die sich zu ihrem Ausbildungsverlauf äußerten, beurteilen fast 60% die Aussicht auf Abschluß ihrer Promotion als ungewiß. Diese Urteil geben Frauen häufiger als Männer ab.

3. Die bisherigen Abgänge vollziehen sich offenbar in einem äußerst negativen Zusammenhang mit dem Verlust altersspezifischer Kreativitätsformen.

In den *Geistes- und Sozialwissenschaften*, in denen der Kreativitätsgipfel häufig später als in den Naturwissenschaften erreicht wird, ist der erwartete größere Personalabbau bereits eingetreten; die ausgeschiedenen älteren und ausscheidenden Wissenschaftler/Innen sind zumeist mit dem definitiven Ende ihrer wissenschaftlichen Laufbahn konfrontiert (Vorruhestand/Rente).

Der überdurchschnittliche Personalabbau in der Gruppe der älteren Geistes- und Sozialwissenschaftler/Innen (über 56 Jahre) schlägt sich bei den Professoren verstärkt nieder. Der Anteil der über 56jährigen unter den Professoren sank von rund 60 auf 50%. Eine analoge Tendenz gilt für die älteren Wissenschaftler/Innen mit Promotion B (Abbau von 34% auf 25%). Insgesamt verringerte sich die Anzahl der Professoren/Innen um 20%, wobei am stärksten die Frauen betroffen waren.

Die Anzahl der Wissenschaftler/Innen mit Promotion A reduzierte sich um rund 20%. Davon sind ältere Doktorinnen (um fast zwei Drittel) stärker betroffen als Männer (um ein Drittel).

In den Naturwissenschaften ist in den mittleren und jüngeren Jahrgängen (vor allem die 30 bis 39jährigen) die bisherige Abwanderungsquote dadurch gekennzeichnet, daß ein größerer Teil von ihnen in die Alt-Bundesländer abgewandert ist.

Hinsichtlich der Erhaltung des kreativsten Potentials und seiner Nutzung für den Neuaufbau der regionalen Wissenschaftslandschaft hat das gravierende Folgen: Gerade jene Altersgruppen, die je nach Wissenschaftszweig als die potentiell kreativsten gelten, sind bereits heute stärker ausgedünnt.

4. Die genannten Folgen des Abbaus und der Umstrukturierung der Wissenschaft treten zugespitzt bei den Wissenschftlerinnen auf.

Ihre bisherige Unterpräsentanz wird sich nicht nur fortsetzen, sondern sogar verschlechtern. Ihre Übergänge in die wissenschaftliche Arbeit an anderen Institutionen sind noch geringer als bei den Männern. Sie orientieren sich eher an Arbeitsstellen außerhalb der Wissenschaft, nutzen entsprechende Umschulungsformen stärker. Auch die unter 2. genannten Probleme bei den Graduierungsarbeiten treten bei den

jungen Wissenschaftlerinnen verschärft auf. Selbst aber in den Bereichen, in denen ihr bisheriger Abgang prozentual nicht höher ist als der der Männer, wird sich ihr Weggang angesichts ihrer bisherigen Unterrepräsentanz stärker auswirken. Für den Personalabbau gab es keinerlei Quotierung!

5. Eine besonders gravierende Erscheinung ist die überproportionale Reduzierung des wissenschaftlich-technischen Personals.

Wissenschaftler sehen mitunter die beabsichtigte Fortführung ihrer Projrkte gefährdet, da bereits ein Zerfall der wissenschaftlich-technischen Infrastruktur eingesetzt hat.

In den *Geistes- und Sozialwissenschaften* verringerte sich das wissenschaftlich-technische Personal (zu 93% aus Frauen bestehend) um insgesamt 35%.

Wie bei den Wissenschaftlern/Innen dieser Disziplinen ist die Gruppe der Älteren (über 56 Jahre) und die Gruppe der unter 30jährigen überdurchschnittlich betroffen. Erstgenannte Gruppe reduzierte sich auf rund 30%, zweitgenannte auf rund 50%.

In den *Naturwissenschaften* betrug der zahlenmäßige Abbau des wissenschaftlich-technischen Personals (zu 54% weiblich) insgesamt 25%, sowohl bei Männern als auch bei Frauen.

Überdurchschnittlich verringerte sich die Altersgruppe ab 56 Jahren (insgesamt auf rund 40%), darunter extrem die Frauen (auf rund 10%, Männer auf rund 60%). Auch die Anzahl der jüngeren wissenschaftlich-technischen Kräfte (30-39 Jahre), darunter besonders die der Männer, reduzierte sich auffallend.

6. Die Mehrzahl der Mobilitätswege führt aus der Wissenschaft heraus.

Von den *Geistes- und Sozialwissenschaftlern/Innen*, die ihr Institut verlassen haben, sind rund
40% in den Vorruhestand und Rente gegangen (2% in die Arbeitslosigkeit),
17% in die Selbständigkeit auf nichtwissenschaftlichem Gebiet,
15% orientieren sich auf ABM, und nur
9% haben erneut eine wissenschaftliche Tätigkeit aufgenommen; von
10% ist nicht bekannt, wohin sie abwanderten.

Von den *Naturwisenschaftlern/Innen*, die ihr Institut verlassen haben, sind rund
34% auf ABM orientiert,
16% haben erneut eine wissenschaftliche Tätigkeit aufgenommen,
12% gingen in nichtwissenschaftliche Einrichtungen der alten BRD; und von
22% ist nicht bekannt, wohin sie abwanderten.

Der bisher geringe Anteil derer, die arbeitslos wurden, erklärt sich aus der Sicherung der Arbeitsverhältnisse bis zum 31.12.1991 (Wissenschaftsexterne Stimuli zum Ausscheiden gab es in Gestalt von Abfindungen, in Form von Gehaltsvorauszahlungen bis Jahresende). Keiner der registrierten Mobilitätswege von Wissenschaftlern/Innen führt in die Industrie der neuen Bundesländer. Fast zwei Drittel des ausgeschiedenen Personals ist in Bereiche gegangen, deren weitere Perspektive noch völlig offen ist bzw. hat Übergangsregelungen wahrgenommen (wie z. B. ABM), die keine dauerhafte wissenschaftliche Arbeit ermöglichen.

Die Hoffnung eines Teils der Wissenschaftler/Innen und der wissenschaftlich-technischen Mitarbeiter, ihre Tätigkeit über

ABM-Stellen fortsetzen zu können, hat sich mit den Veränderungen seit September 1991 verringert, zumal immer deutlicher wird, daß auch bereits laufende ABM-Projekte keinen Übergang in eine wissenschaftliche Arbeit darstellen werden, sondern lediglich ein Hinausschieben des Endes der wissenschaftlichen Arbeit.

Der relativ hohe Anteil unter den bisherigen Ausgeschiedenen, über deren Weg die Personalabteilungen und Personalräte keine Auskunft geben könen, läßt vermuten, daß der innnere Zustand in den Instituten eine Umsetzung der Ergebnisse der Evaluationsentscheidungen nur wenig begünstigt.

Die zunächst wichtigste Schlußfolgerung aus den Ergebnissen unserer Voruntersuchung:

Da sich die Folgen und Wirkungen der Umstrukturierung und Auflösung der Institute der ehemaligen AdW in diesen Monaten wesentlich deutlicher abzuzeichnen beginnen werden, ist es dringend geboten, die begonnene Untersuchung mit inhaltlich zu vertiefendem Frageprogramm fortzuführen.

Die Ergebnisse der Voruntersuchung haben eine Reihe von Tendenzen aufgezeigt und neue Fragen aufgeworfen, die mit den weiterführenden Arbeiten verdichtet bzw. beantwortet werden können.

Die Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern

Mit befristeten Arbeitsgruppen an Universitäten, mit Projektgruppen und mit neuen Instituten faßt die Max-Planck-Gesellschaft Fuß in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und im Ostteil Berlins. Die ersten Einrichtungen nehmen am 1. Januar 1992 ihre Arbeit auf.

Am 5. Juli 1991 verabschiedete der Wissenscfhaftsrat seine Stellungnahme zu bisherigen und seine Empfehlungen zur künftigen Struktur der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern. Neben vielen eigenen Aktivitäten hat die Max-Planck-Gesellschaft auch die an ihre Adresse gerichteten Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Neustrukturierung außerunviversitärer Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) in ihre Planungen einbezogen.

Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften ist zur Ergänzung der universitären Forschung geschaffen. Sie greift neue, zukunftsträchtige Richtungen der natur- und geisteswissenschaftlichen Grundlagenforschung auf, die an den Universitäten noch keinen angemessenen Platz gefunden haben oder ihn dort wegen ihres interdisziplinären Charakters oder wegen des Aufwandes, den sie erfordern, nicht finden können. Für diese Ergänzungsfunktion ist die Normalität der universitären Forschung eine unabdingbare Voraussetzung. Um in den neuen, durch die deutsche Einigung hinzugekommenen

Ländern die gleiche Rolle einnehmen zu können, die sie vorher in den "alten" Bundesländern eingenommen hatte, mußte die MPG vor allem einen Beitrag dazu leisten, die universitäre Forschung in den neuen Bundesländern zu bekräftigen.

Das Kooperationsprogramm

Die Max-Planck-Gesellschaft tut das auf zweierlei Weise. Zum einen hat sie direkt nach der "Wende" im Herbst 1989 die unmittelbare Zusammenarbeit und den Austausch mit Forschern und Instituten der damaligen DDR intensiviert. In den vergangnen zwei Jahren konnten im Rahmen dieser vornehmlich auf persönlichen Kontakten aufbauenden Kooperation etwa zwei Dutzend gemeinsame Forschungsprojekte begonnen, zahlreiche gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt, an die 200 Arbeitsaufenthalte von Nachwuchswissenschaftlern und Stipendiaten an Max-Planck-Instituten organisiert und viele Geräte- und Bücherspenden bereitgestellt werden. Finanziert wurden diese Aktivitäten im Jahr 1990 aus Mitteln der MPG (1,1 Mio DM) und aus Sondermitteln des Bundes (1 Mio DM), weitere 2,3 Mio DM stellten die deutsche Forschungsgemeinschaft und verschiedenen Stiftungen zur Verfügung. Im Jahr 1991 stehen im Rahmen der Gemeinschaftsfinanzierung von Bund und Ländern 5 Mio DM für diese Art der Zusammenarbeit bereit. Etwa die Hälfte aller Max-Planck-Institute ist inzwischen an solchen Kooperationen beteiligt.

Die Arbeitsgruppen

Zum anderen beschloß der Senat der Max-Planck-Gesellschaft auf seiner Sitzung im November 1990 - also wenige Wochen nach dem Vollzug der deutschen Einheit -, an den Universitäten der neuen Bundesländer etwa 25 befristete Arbeitsgruppen einzurichten, die jeweils von dem bestehenden Max-Planck-Institut initiiert und betreut, aber von einem Wissenschaftler aus den neuen Bundesländern geleitet werden. Nach fünf Jahren sollen diese Arbeitsgruppen dann von ihren Gastuniversitäten übernommen und in deren eigenes Forschungsspektrum integriert werden. Ziel der Arbeitsgruppen ist es also, die universitäre Grundlagenforschung zu stärken und ihr neue Impulse zu geben.

Bisher wurde auf den Sitzungen des MPG-Senats im März und im Juni 1990 die Gründung von insgesamt sechzehn derartigen Arbeitsgruppen beschlossen (vgl. Anlage), weitere Gründungsvorschläge standen auf der Tagesordnung der Senatssitzung im November 1991. Am 1. Januar 1992 nahmen die ersten Arbeitsgruppen ihre Forschung auf, die Verhandlungen mit den Universitäten, bei denen die Arbeitsgruppen angesiedelt und in die sie nach fünf Jahren überführt werden sollen, sind positiv abgeschlossen. Der Bund und - gemäß der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern vom 21.12.1990 über den Beitritt der neuen Länder zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung - die neuen Bundesländer hatten 1991 für die Vorbereitung dieses Arbeitsgruppen zusammen 30 Mio DM zur Verfügung gestellt.

Mit dem Auslaufen des MPG-Arbeitsgruppenprogrammes ist in den Jahren 1997/1998 zu rechnen, so daß sich die Max-Planck-Gesellschaft danch wieder völlig ihrer "eigentlichen Aufgabe" widmen kann, nämlich "Forschung durch ihre Institute und in ihren Instituten zu fördern" (so MPG-Präsident Prof. Hans F. Zacher auf der 1991er Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin). Natür-

lich wird die Max-Planck-Gesellschaft dabei auch in den neuen Bundesländern Institute oder - als Vorstufe von Instituten - Projektgruppen errichten und betreiben.

Projektgruppen und Institute

Für solche Projektgruppen und Institutsgründungen gibt es sowohl "originäre", aus den Reihen der MPG angeregte, als auch "induzierte", vom Wissenschaftsrat als Ergebnis seiner Evaluierung außeruniversitärer AdW-Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft anempfohlene Projekte. Zu den originären Plänen gehören das schon lange vor einer Kommission beratene *Max-Plack-Institut für Infektionsbiologie* sowie die Neuvorhaben *Max-Planck-Institut für Wirtschaftswissenschaften, Max-Planck-Institut für molekulare Pflanzenphysiologie, Max-Planck-Institut für Nichtlineare Dynamik* und *Projektgruppe Enzymologie der Piptidbindung,* die bereits in Kommissionen diskutiert werden oder demnächst beraten werden sollen.

Die Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftrats

Zu den "induzierten" Vorhaben der Max-Plack-Gesellschaft zählen in erster Linie zwei Institutsgründungen. Im Vorgriff auf die endgültigen Empfehlungen des Wissenschaftsrats hatte der Senat der Max-Planck-Gesellschaft schon in seiner Sitzung am 6. Juni 1991 den Grundsatzbeschluß gefaßt, in Halle als erstes Institut in den neuen Bundesländern ein Max-Planck-Institut mit den Arbeitsbereichen Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie auf der Basis des dort ansässigen AdW-Instituts zu gründen.

Ebenfalls vor Bekanntgabe der Empfehlungen des Wissenschaftsrates wurden innerhalb der MPG Überlegungen zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Kolloid- und Grenzflächenforschung eingeleitet.

Weiterhin hat der Wissenschaftsrat empfohlen, die Max-Planck-Gesellschaft soll eine Reihe von Projekt- und Arbeitsgruppen in den neuen Bundesländern gründen. Für die dabei vom Wissenschaftsrat vorgeschlagene Forschungseinrichtung für fusionsorientierte Plasmaphysik in Berlin hat die MPG eine Institutionalisierung als Außenstelle des Garchinger Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik geplant.

Die Empfehlungen zur Gründung einer Projektgruppe für Plasma-Astrophysik in Potsdam wurde ebenfalls in den zuständigen wissenschaftlichen Gremien der MPG geprüft.

Entweder als Projekt- oder Arbeitsgruppe sollte die MPG nach den Empfehlungen des Wisssenschaftsrats ferner den Arbeitsbereich "Komplexanalyse" in Rostock, vorher eine Außenstelle des Berliner Zentralinstituts für Organische Chemie, weiterführen.

Mit den meisten weiteren Empfehlungen zur Einrichtung von MPG-Arbeitsgruppen hatte der Wissenschaftsrat schon früher entwickelte Initiativen der Max-Planck-Gesellschaft aufgegriffen. Übrig geblieben waren Empfehlungen für zwei Arbeitsgruppen aus dem Bereich Kosmosforschung, die zu gründen sich die Gesellschaft außerstande sah - zum einen, weil ein vorgesehener wissenschaftlicher Leiter nicht mehr zur Verfügung stand, zum anderen, weil das vorgesehene Arbeitsgebiet nicht in das Konzept der MPG paßt -, ferner für vier Arbeitsgruppen aus dem Bereich Mathematik.

Der Bitte des Wissenschaftrates, ein wissenschaftliches Konzept für ein zu gründendes Albert-Einstein-Institut für Gravitationswellenphysik zu erarbeiten, entsprach die Max-Planck-Gesellschaft ebenso wie der Empfehlung, die MPG möge die Schirmherrschaft und die Betreuung von sieben geisteswissenschaftlichen Forschungszentren übernehmen. Um den für eine Mitarbeit in diesen geisteswissenschaftlichen Zentren vorgesehenen Wissenschaftlern die Weiterbeschäftigung zu sichern, gründete die Max-Planck-Gesellschaft 1991 als Tochtergesellschaft eine Verwaltungsgesellschaft wissenschaftlicher Neuvorhaben mbH zur Betreuung der Forscher. Mit Beratungen über künftige Strukturen und Entwicklungsmöglichkeiten der sieben Arbeitsbereiche - Zeitgeschichte, Wissenschaftsgeschichte und -theorie, Erforschung des modernen Orients, Allgemeine Sprachwissenschaft, Literaturforschung, Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas - war gleichzeitig begonnen worden.

Die Max-Planck-Gesellschaft ist damit ihrem schon zu Beginn des Einigungsprozesses abgegebenen Versprechen nachgekommen, die Empfehlungen des Wissenschaftrats aufzugreifen und nach bestem Vermögen zu prüfen, wieweit sie sich im Rahmen der Möglichkeiten der Max-Planck-Gesellschaft umsetzen lassen. Parallel dazu wurde die Max-Planck-Gesellschaft aber auch frühzeitig von sich aus aktiv - einerseits unmittelbar nach der Wende durch ihr Kooperationsprogramm mit Wissenschaftlern und Instituten in der ehemaligen DDR, zum anderen durch ihr Planungskonzept für Arbeitsgruppen und Institutsgrundungen, das MPG-Präsident Prof. Hans F. Zacher bereits im September 1990 - also einige Wochen nach der Anfang Juli 1990 in Bonn getroffenen Entscheidung, in ganz Deutschland eine einheitliche Forschungslandschaft nach dem Vorbild der alten Bundesrepublik aufzubauen - den wissenschaftlichen Sektionen der MPG vortrug und das dann im November 1990 einstimmig verabschiedet wurde.

Michael Globig (München)

Anlage:

Liste der zum Jahresende 1991 beschlossenen MPG-Arbeitsgruppen an Universitäten der neuen Bundesländer

Humboldt-Universität zu Berlin:
* Strukturelle Grammatik
(Leitung: Prof. Dr. Manfred Bierwisch)
* Nichtklassische Strahlung
(Leitung: Prof. Dr. Harry Paul)
* Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern
(Leitung Dr. Helmut Wiesenthal)
* Theorie dimensionsreduzierter Halbleiter
(Leitung: Dr. habil Roland Zimmermann)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:
* Enzymologie und Peptidbindung
(Leitung: Dr. habil. Gunther S. Fischer)
* Umweltrecht
(Leitung: Prof. Dr. Reinhard Müller)
* Synthese, Struktur und Eigenschften von flüssigkristallinen Systemen
(Leitung: NN)

Friedrich-Schiller-Universität Jena:
* Regulation der DNA-Replikation bei bacillus subtilis
(Leitung: Prof. Dr. Detlev Behnke)
* CO2-Chemie
(Leitung: Dr. habil Eckart Dinjus)
* Physik und Chemie des intestellaren Staubes
(Leitung: Dr. habil Thomas Hennig)

* Gravitationstheorie
(Leitung: Prof. Dr. Gernot Neugebauer)

Medizinische Akademie Erfurt:
*Molekulare und zelluläre Physiologie
(Leitung: Prof. Dr. Bernd Nilius)

Universität Rostock:
* Theoretische Vielteilchensysteme
(Leitung: Prof. Dr. Gerd Röpke)

Technische Universität Dresden:
* Mechanik heterogener Festkörper
(Leitung: Prof. Dr. Wolfgang Pompe)

Universität Potsdam:
* Ostelbische Gutsherrschaft als sozialgeschichtliches Phänomen
(Leitung: Prof. Dr. Jan Peters)
* Quantenchemie
(Leitung: Dr. habil Joachim Sauer)

Droht Sachsens Kunsthochschulen der Verschleiß ?

Die höchste Auszeichnung für deutsche Schauspieler, den Gertrud-Eysoldt-Ring, erhielt 1991 Ulrich Mühe, Absolvent der Theaterhochschule "Hans Otto" Leipzig. Natürlich verdankte er sie vor allem seiner großen Begabung, seinem außerordentlichen Fleiß, seiner schöpferischen Kraft. Aber sein Weg vom Grundstudium an der Theaterhochschule über deren Studio am Karl-Marx-Städter Theater zum Deutschen Theater Berlin erhielt auch Impulse durch eine Schauspielausbildung, deren methodische Qualität mitgeprägt wird durch die Nähe zur Theaterwissenschaftlichen Abteilung der Theaterhochschule. Weiter: Die im Herbst 1991 gebildete "Gesellschaft für Theaterwissenschaft", die Vereinigung aller Theaterwisenschaftlichen Institute Deutschlands, Österreichs und der deutschsprachigen Schweiz, hat auf dem Wiener Gründungskongreß beschlossen, ihren nächsten Kongreß 1992 in Leipzig, dem Standort der Theaterhochschule "Hans Otto" durchzuführen. Deshalb nämlich, weil die universitäre Theaterwissenschaft dieser Länder seit Jahren mit der Praxisferne ihrer Ausbildung zu kämpfen hat und sich wiederholter Kritik durch die Theaterpraxis, z. B. den Deutschen Bühnenverein, ausgesetzt sieht. Sie setzt wesentliche Hoffnungen hinsichtlich der Überwindung ihrer Krise auch auf jenes bewährte Modell praxisnaher und praxisbezogener theaterwissenschaftlicher Lehre und Forschung, das an der Leipziger Hochschule praktiziert wird - in der Einheit von kunstpraktischer und kunstwissenschaftlicher Ausbildung von Theaternachwuchs.

Gewiß ist auch dieses Modell optimierbar (und es gibt dafür Vorschläge und Partner); nur setzt das voraus, die kunstpraktisch-kunstwissenschaftliche Einheit der Hochschule zu erhalten. Die jedoch soll nach dem Sächsischen Hochschulstruktur-Gesetz aufgelöst werden - bei Überführung der Schauspiel- und der Choreografie-Abteilung an die Musikhochschule, der Theaterwissenschaftlichen Abteilung an die Universität Leipzig. - Die Vorteile freilich, die man von dieser Aufspaltung er-hofft, sind durchaus auch bei Erhaltung der Hochschule erreichbar: durch eine Kooperation mit der Sänger-Ausbildung der Musikhochschule bzw. mit den Geistes- und Sozialwissen-schaften der Universität - eine Kooperation zudem, die bereits angelaufen ist und sich bewährt.

Vor allem aber: Will der Freistaat Sachsen wirklich, wie sein Ministerpräsident betont, ein "starkes Stück Europa in Deutschland" sein - kann es da in seinem Interesse liegen, ausgerechnet ein künstlerisches Ausbildungsprofil zu eliminieren, das in Deutschland einmalig ist und in seinen Resultaten von der europäischen Fachwelt als gleichermaßen unverzichtbar wie innovativ anerkannt wird? - Andererseits wurde in Sachsen erst vor kurzem schon eine künstlerische Hochschuleinrichtung "abgewickelt", deren Profil über Deutschland hinaus Achtung erworben hat - das Leipziger Institut für Literatur "Johannes R. Becher", neben einem spanischen Institut das einzige Qualifikatitons- und Kommunikationszentrum für Autoren mit Hochschulstatus in Westeuropa.

Zwar will die Landesregierung aufgrund starker Proteste dessen "Substanz" in anderer struktureller Zuordnung (zur Universität Leipzig) in ähnlicher Weise "bewahren" wie die Theaterhochschule; aber ist das nicht "Augenwischerei"? Die wesentliche Substanz der Theaterhochschule ist ihre schon charakterisierte Einheit; und die wird *zerstört*. Die wesentliche Substanz des Literatur-Instituts sind die jahrelangen Erfahrungen eines Stamms sensibler Meister und Mentoren. Die aber werden von der Universität bislang nicht genutzt. Wie auch sollen sie - und zugleich eine angemessene Größenordnung für Theaterwissenschaft - an einer Universität Platz finden, deren "Geistes-, Kultur- und Sprachwissenschaften" um die Hälfte der Hochschullehrerstellen und um knapp zwei Drittel der Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter amputiert werden?

Zweifellos sind die Finanzen in Sachsens Hochschulwesen knapp. Doch wenn andernorts in diesem Lande neue Fakultäten und Fachhochschulen eingerichtet werden, erscheint folgendes doch merk - würdig: Beide von der Auflösung bedrohten künstlerischen Hochschuleinrichtungen sind Gründungen der DDR. Und beide beziehen sich zudem auf besonders ideologie-transparente Kunstbereiche - aufs Theater (bes. Schauspiel) und auf die Literatur. Könnten die Finanz-Argumente also nicht vielmehr kultur-konzeptionelle Absichten der Landesregierung bedienen - etwa die, die Leistungen der DDR bei der künstlerischen Nachwuchsausbildung vergessen machen zu wollen und zugleich eine Prägung sächsischer Kunst zu fördern, die weniger auf soziales Engagement, politische Mündigkeit, Geschichts- und Weltoffenheit baut als vielmehr auf schöne Repräsentanz, unverbindliche Traditions-"Pflege" und provinzielle Begrenztheit? Bestimmte Programm-Tendenzen des ja durchaus regierungsnahen "Mitteldeutschen Rundfunks" sprechen eher für als gegen eine solche Vermutung!

Aber auch die Perspektive der anderen sächsischen Kunsthochschulen - und Sachsen verfügt hier über die größte Kapazität unter den neuen Bundesländern - erscheint keineswegs so sicher, wie es die Landesregierung darstellt.

Die vordergründigen Kosten-Nutzen-Berechnungen der aktuellen Hochschulstruktur-Debatte schließen bislang keineswegs aus, daß diese Einrichtungen zwar weiter ausbilden dürfen, aber nur mit einem Personalbestand, der sie, wenn nicht zu kleinkarierten Klippschulen, so doch allenfalls zu bloß um leidliche Nachwuchslieferung bemühte *Anhängsel* der Kunstpraxis macht. Die künstlerischen Hochschulen Sachsens können aber erwiesenermaßen mehr leisten: Sie können -

über die hohe Qualifikation ihrer Absolventen und über ihre aktive Rolle als künstlerisch-methodische Zentren - innovativen Einfluß auf die Kunstentwicklung nicht nur in Sachsen, sondern auch Deutschlands und Europas ausüben.

Und um solche *Qualität* künsterischer Nachwuchsbildung muß es der neuen sächsischen Hochschulpolitik doch wohl gehen!

Das setzt freilich voraus: die Gewinnung anerkannter Kunstpraktiker als ständige Professoren; die kontinuierliche Wirksamkeit fester Kreise unbefristet angestellter, qualifizierter künstlerischer Mitarbeiter, die mit diesen Professoren fundierte methodische "Schulen" - Bildung betreiben und umsetzen; intensiven Unterricht für Einzelstudenten und kleine Studentengruppen, was zwangsläufig eine wesentlich teurere Relation zwischen Lehrkräften und Studenten nach sich zieht als in den gängigen Wissenschaftsdisziplinen.

Das Hochschulstrukturgesetz äußert sich nicht zu diesen substanziellen Aspekten. Um so häufiger aber fordert das zuständige Dresdner Ministerium dazu auf, weniger auf feste Planstellen als auf Honorarkräfte zu setzen. Honorarkräfte aber, so sehr sie gerade auch für die künstlerische Ausbildung gebraucht werden, sichern die Ausbildungsqualität nur im Zusammenhang mit den eben genannten Positionen.

Weiter: Das Niveau künstlerischer Ausbildung wird, da es besondere Sensibilität verlangt, auch besonders von Ausbildungs-Klima geprägt, und das berührt nicht zuletzt den Charakter der Hochschulselbstverwaltung. Diese ist z. Z. leider - laut Sachsens Hochschul-Erneuerungs-Gesetz - mehr autokratisch als demokratisch. Die Heranbildung junger Künsterpersönlichkeiten aber braucht Partnerschaft zwischen Meister und Schüler, wirkliche Mitbestimmung der Studenten bei der Wahl künstlerischer Gegenstände, bei der Gestaltung und Veröffentlichung, schöpferischen Freiraum für das Ausprobieren, Sich-Entfalten und Sich-Äußern des künstlerischen Subjekts; und das verlangt nach mehr Demokratie in der Selbstverwaltung gerade künstlerischer Hochschuleinrichtungen!

Schließlich: Das Hochschulstrukturgesetz bezieht sich nicht auf die Ballettausbildung und damit nicht auf ein in Sachsen traditionell sehr potentes künstlerisches Ausbildungsprofil, denkt man z. B. an Mary Wigman und Gret Palucca. Nun mag das Alter der Anfangsklassen von Ballettschulen deren Zuordnung zur Volksbildung durchaus nahelegen. Qualität und Wirksamkeit ihrer Absolventen sollten indes gleich wichtig genommen werden wie die der Absolventen künstlerischer Hochschuleinrichtungen. Ist das nicht nur für die Dresdner Paluccaschule gewährleistet, sondern auch für die Leipziger Balletschule, deren Bindung an die Leipziger Oper zwar vorgesehen, aber im einzelnen noch keineswegs durchdacht ist? Und gilt das auch für die gesetzliche Anerkennung der Berufsausbildung als "Tänzer(in)", die in den Altbundesländern seit langem ansteht? Sie war zwar in der DDR gesichert, muß nunmehr für die ostdeutschen Bundesländer neu erkämpft werden

Gibt die sächsiche Hochschulpolitik auf diese offenen Fragen keine kompetenten Antworten, dann droht einem der wervollsten Potentiale unseres Landes der Verschleiß. Sachsen sollte aber gerade jetzt mit seinen Pfunden wuchern!

Prof. Dr. Wilfried Adling (Leipzig)

Die Messen sind gesungen - Was bleibt nach dem Sächsischen Hochschulstrukturgesetz noch übrig?

Erst einmal kam es zu spät. Das Hochschulstrukturgesetz (HSTG) erblickte erst das Licht der Welt, nachdem bis auf die Enthusiasten alle qualifizierten Menschen das Hochschulwesen verlassen hatten. Zulange währte die Phase der Unsicherheit, was, wie und wo in den nächsten Jahren geforscht und gelehrt werden soll. Das HSTG kommt damit zu spät, den Universitäten ohne doktrinäre Bevormundung eine Zukunft zu geben.

Die Regierung konnte sich mehrere Monate nicht entscheiden, wieviele Stellen sie innerhalb der sächsischen Hochschulen in die Zukunft investieren will. Der Minister meinte, 13000 Menschen in Lehre und Forschung seien gerade ausreichend, damit die Universitäten ihre Aufgaben erfüllen könnten. Dabei war doch gar nicht so schwer auszurechnen, wieviel Sachsen zusteht: Baden-Württemberg durch zwei = 10100!

In einem Tauziehen zwischen Gewerkschaften und Regierung zeigte letztere dann ihre Kompromißbereitschaft und spendierte 11000 Stellen für das Hochschulwesen.

Die Studierenden standen dabei recht abseits. Kein Wunder, es war Prüfungszeit.

Das alles ist inzwischen kalter Kaffee, verzögerte das Hochschulstrukturgesetz aber erheblich. Denn wer kann eine Struktur zusammenbauen, ohne zu wissen, wieviele Menschen darin beschäftigt werden sollen? Und da waren noch andere Randbedingungen zu beachten.

Die wichtigsten stellen wohl die Empfehlungen des Wissenschaftsrates dar. Sie bilden die Grundlage für eine 50%ige Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Universitäten und Fachhochschulen. Jegliche Forderung nach ein paar mehr Stellen für einen noch-so-kleinen Lehrstuhl wurde abgetan mit der Begründung, daß Sachsen es sich nicht leisten könne, den Empfehlungen des Wissenschaftsrates nicht zu folgen. Denn dann würde ja der 50%ige Zuschuß vom Bund für diese Fakultät fehlen.

Leider nur stellt der Wissenschaftsrat kein unfehlbares Gremium dar. Und merkwürdigerweise handelte die Staatsregierung auf der einen Seite so konsequent entgegen den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, wie sie auf der anderen Seite daran festhielt.

Die Gründung der Fachhochschule der sächsischen Verwaltung in Meißen durch das Ministerium des Innern ist nicht nur illegal, weil sie am Parlament vorbei erfolgte, sondern muß außerdem von Sachsen allein finanziert werden, weil es eben nicht einer Empfehlung des Wissenschaftsrates entspricht. Aber für die Ausbildung von Polizei und Beamten ist uns nichts zu teuer.

Nachdem die Stellenzahl und damit der Rahmen für eine Hochschullandschaft Sachsens fixiert war, getraute sich niemand mehr, eine grundlegende Kritik zu äußern. Zu groß war die Angst, zum Beispiel der zu einer Anhörung geladenen Rektoren, vom Stellenkuchen zu wenig abzubekommen.

Sie weisen nur auf kleinere Mängel hin und bemühten sich, ihr Stückchen vom knappen Kuchen zu vergrößern. Diese Haltung war angesichts der CDU-Mehrheit zumindest pragmatisch.

Die CDU versuchte jede Kritik am HSTG zu übertönen, mit einem überlauten Gerassel um die *eine* neue Idee im Gesetz: Das kooperative Promotionsrecht. Aber nur wenige Prozent (so eine erste Schätzung) der Studenten werden es nutzen, denn eine Promotion bekommt man auch nicht geschenkt.

Was bleibt nun nach der Verabschiedung diese Gesetzes übrig? "Die Messen sind gelesen für etwas über 20.000 Beschäftigte an den sächsischen Hochschulen und für die Zukunft der sächsischen Hochschullandschaft überhaupt." Das sagte der Abgeordnete Weber von Bündnis 90/Grüne während der Debatte.

In der Tat: Das HSTG ist nach der Verabschiedung des Hochschulerneuerungsgesetzes im vergangenen Sommer der endgültige Schritt, die von der DDR geerbten Strukturen in die von der BRD übernommenen hineinzupressen. Das einzige Plus, welches ostdeutsche Universitäten noch haben, ein günstiges Verhältnis von Studierenden und Lehrkräften, wird beseitigt.

Die anonyme Masssenuni mit überlangen Studienzeiten und hohen Aussteigerquoten ist in Sicht. Verantwortlich dafür ist der politische Wille, der dieses Gesetz diktierte, nicht der endlich gestillte Regelungsbedarf in der Hochschulstruktur durch das HSTG. Die Chance, die ostdeutschen Hochschulen aus der Krise heraus in eine Avantgarde zu verwandeln, ist zumindest in Sachsen dahin. Die Hochschulen werden aus der Bevormundung durch eine Partei hineingestoßen in eine Situation, die durch mangelnde Lehrkräfte und riesige Studentenzahlen geprägt sein wird. Sie taumeln damit aus einer Krise in die nächste.

Hendrik Tews (Dresden)

(aus: "ad rem. Das unabhängige Studentenblatt in Dresden" 5/1992)

Deutsch-italienisches Symposium zur Reform der Ost-Hochschulen

Das deutsch-italienische Begegnungszentrum „Villa Vigoni" am Comer See hat das Thema „Ostdeutschland" zu seinem diesjährigen Schwerpunkt ernannt. Knapp 30 Wissenschaftler aus Italien und der Bundesrepublik referierten und diskutierten vom 30. März bis 1. April über den Stand der Erneuerung von Bildung und Wissenschaft in den neuen Ländern. □

Eine zufriedenstellende Zwischenbilanz der Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern zog der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Prof. Dr. Rainer Ortleb, am 30. März 1992 in der Villa Vigoni/Italien. Im deutsch-italienischen Begegnungszentrum am Comer See eröffnete der Bundesbildungsminister das Symposium „Erneuerungsprogramm für die Institutionen von Bildung und Wissenschaft in den neuen Ländern". Nach den Worten Ortlebs hat der Wissenschaftsrat einen wesentlichen Beitrag zur Reformierung der Hochschullandschaft in den ostdeutschen Ländern geleistet.

Die erfolgreiche Mitwirkung dieser kompetenten unabhängigen Kommission bei der Erneuerung des ostdeutschen Hochschulwesens werde von vielen Reformstaaten Mittel- und Osteuropas als Modell für die Lösung ihrer Probleme betrachtet. „Die Staatengemeinschaft sollte daher ihre Idee zur Konstituierung eines europäischen Wissenschaftsrates aufgreifen. Er könnte die Integration dieser Länder in das europäische Wissenschaftssystem nachhaltig fördern", erklärte Ortleb. Auslandskontakte seien für die ostdeutschen Hochschulen von besonderer Bedeutung; um so erfreulicher sei es, daß es bereits zu einer beachtlichen Anzahl solcher Hochschulverbindungen gekommen sei.

Empfohlener Neuanfang realisiert

Auch der vom Wissenschaftsrat empfohlene grundlegende Neuanfang in den Rechts-, Wirtschafts-, Sozial- und Politikwissenschaften sowie in der Lehrerbildung sei, so Ortleb, durch sieben inzwischen gegründete Fakultäten realisiert worden. Probleme gäbe es noch bei der personellen Erneuerung. Trotz vieler konkreter Verhandlungen sei die Zahl der tatsächlichen Berufungen noch gering. Der Bundesbildungsminister wies aber auch auf die besonderen Schwierigkeiten hin, die bei der Prüfung der fachlichen und persönlichen Eignung von Hochschullehrern aus dem bisherigen Personalbestand zu überwinden sind.

Erfreulich hoch sei das Interesse von Hochschullehrern und Wissenschaftlern aus den alten Bundesländern und dem Ausland, am Aufbau der Hochschullandschaft mitzuwirken. „Die Abwanderung von Spitzenwissenschaftlern aus den Universitäten der neuen Länder an Hochschulen der alten Länder oder des Auslands ist derzeit kein Thema. Die Mittel aus dem Hochschulerneuerungsprogramm für Bleibeverhandlungen mußten nicht ausgeschöpft werden", erklärte Ortleb.

Chancen für wissenschaftlichen Nachwuchs

Kopfzerbrechen bereite ihm jedoch die Situation beim wissenschaftlichen Nachwuchs. Bei der Nachwuchsförderung habe es 1991 erhebliche Anlaufschwierigkeiten gegeben. Die bereitgestellten Mittel für die Habilitationsförderung, für Auslandsstipendien und für die Postdoktorandenförderung seien nur zu einem geringen Teil in Anspruch genommen worden. Dies liege, so Ortleb, an neuen Förderverfahren, der Furcht vor einem Verlust der Stelle bei einem befristeten Wechsel in andere Bundesländer oder ins Ausland sowie an oft unzureichenden Fremdsprachenkenntnissen. „Bei der derzeitigen Altersstruktur wird der Bedarf an Hochschullehrern in der zweiten Hälfte der 90er Jahre sowohl im Osten wie im Westen stark steigen. Dafür müssen wir heute die Nachwuchskräfte ausbilden", forderte der Bundesbildungsminister.

Die erste Etappe des Neuaufbaus in den neuen Ländern sei zwar erreicht, doch stünden weitere schwierige Aufgaben wie etwa die für 1992 vorgesehene Revision des Hochschulerneuerungsprogrammes noch bevor. „Angesichts der bekannt schwierigen Finanzsituation von Bund und Ländern wird die Realisierung weiterer Verbesserungsvorschläge allen Beteiligten große Anstrengungen abverlangen", sagte der Bundesbildungsminister im deutsch-italienischen Begegnungszentrum Villa Vigoni am Comer See.

Fachlicher Rat aus dem Ausland erwünscht

Im Rahmen seines Besuches traf Bundesbildungsminister Ortleb auch mit den Präsidenten des Vereins Villa Vigoni e. V., dem ehemaligen italienischen Botschafter in Bonn, Prof. Luigi Vittorio Ferraris, sowie dem ehemaligen deutschen Botschafter in Rom, Dr. Lothar Lahn, zu Gesprächen zusammen. In der Veranstaltung, die unter der gemeinsamen Leitung von Prof. Dr. Paolo

Chiarini aus Rom sowie des Bochumer Prof. Dr. Paul Gerhard Klussmann stand, sollte den Hochschullehrern und Wissenschaftlern aus den neuen Bundesländern Gelegenheit gegeben werden, eine erste kritische Bestandsaufnahme vor diesem Expertengremium vorzunehmen.

Das Kolloquium sollte nicht nur den gegenwärtigen Stand der verschiedensten Projekte und Konzepte des Neuaufbaus diskutieren, sondern auch Impulse für die Beschleunigung der Gründungs- und Reorganisationsphasen geben. Zur Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten in Ostdeutschland wird auch auf den fachlichen Rat ausländischer Hochschullehrer und Wissenschaftler zurückgegriffen.

(aus: Informationen Bildung Wissenschaft, Hg. BMBW, Nr. 4/1992)

Ostwissenschaft im Taumel
Tagung "Universities, Unification & Reform" am Center for European Studies der Harvard University im März 1992

Inzwischen ist bereits ein drittes Jahr angebrochen, ohne daß für viele akademisch Tätige im Osten Deutschlands ein Zustand vergeht, der vielleicht am ehesten als andauernde Benommenheit charakterisiert werden kann. Zumindest für viele ehemals als Gesellschaftswissenschaftler figurierende ist mit dem abrupten Wegbrechen des Jahrzehnte fixen sozialen und politischen Koordinatensystems, das offen oder unausgesprochen den Kontext von Affirmation, Vertiefung, Kritik oder Ablehnung bildete, eine Situation eingetreten, wo selbst ein genialer Gedanke sich seines Zusammenhangs mit einem fortlebenden Diskurs versichern muß, wo selbst der unbefristet Angestellte um seine Stelle bangt, oder, wie es ein prominenter Historiker einmal formulierte, wo Priester plötzlich ohne Tempel sind. Was aus der Ferne vielleicht als von Lebenskraft zeugende Mobilität im akademischen Sektor erscheinen mag, ist wohl ein vielfach eher ohnmächtiger Taumel zwischen verschiedenen Projektideen und ungewissen Finanzierungen, zwischen Neubewerbung und Umschulung, zwischen Vorruhestand und Arbeitslosigkeit, zwischen Go West und ABM-Stelle, zwischen eigenen Ideen und den verdeckten Theoremen westlicher Diskurse, zwischen Altlasten und neu berufenen Professoren...

Das dauernde Suchen nach neuer Orientierung wie auch die offensichtliche Fragilität bestehender und gerade neu etablierter Strukturen sind jedenfalls Indizien dafür, daß noch lang nicht alles entschieden ist. Vielleicht resultiert daraus das enorme Interesse, welches eine vom Zentrum für Europastudien an der Harvard-Universität ausgerichtete Konferenz zur Umstrukturierung der ostdeutschen Universitäten unter amerikanischen Akademikern hervorrief. Fünfundzwanzig Deutsche, darunter acht aus dem Osten, wurden eingeladen, um vor einem größeren Forum ihre Sicht der Dinge zu unterbreiten. Natürlich mußte die Diskussion vordergründig um die Perspektiven eines funktionierenden, demokratischen und eine hohe Ausbildungsqualität versprechenden Hochschulsystems kreisen, natürlich aufsitzend auf divergenten Biographien, gegensätzlichen politischen Orientierungen, konkurrierenden institutionellen Interessen.

Natürlich mußte die Sprache immer wieder

auf die Eigentümlichkeiten der deutschen Vereinigung kommen. Für Verblüffung sorgte Michael Daxner aus Oldenburg, als er die These vertrat, die ostdeutschen Hochschulen hätten einfach geschlossen oder aber im vereinigten Deutschland unverändert für weitere Jahre erhalten werden sollen. Verblüffung, weil M. Daxner selbst höchst engagiert als Ko-Vorsitzender der Zentralen Struktur- und Berufungskommission für eine Selbsterneuerung der Humboldt-Universität wirkt. Doch in der Tat: Verglichen mit anderen westlichen Industrienationen müßten die Kapazitäten allein der westdeutschen Universitäten und Hochschulen genügen, um ein Land von der Größe des geeinten Deutschlands mit den erforderlichen Hochschulabsolventen zu versehen. Ob es in Ostdeutschland gute, schlechte oder gar keine Hochschulen gibt, ist vom Standpunkt der Funktion des deutschen Hochschulwesens eigentlich belanglos. Ob die Hochschulpolitik im Osten gut oder schlecht ist, ob es überhaupt eine gibt, kann Bonn nicht weiter beeindrucken. Allenfalls sind es politische Erwägungen regionalen Charakters, die verhindern, daß die Universitäten nach dem Vorbild der Akademie der Wissenschaften einfach geschlossen werden. Deutlicher hätte der Stellenwert des ganzen Themas im Koordinatensystem deutscher Politik nicht gekennzeichnet werden können.

Nicht zu übersehen war die augenfällige Dominanz der Westdeutschen in den Umstrukturierungsprozessen Ostdeutschlands, die mit einer zumindest zeitweiligen, jedenfalls aber unbestrittenen, Schwächung der dortigen Universitätsautonomie einhergeht. Zur Begründung dieses Umstandes diente gar nicht mals so sehr das Argument von der erforderlichen Kompetenz, die zugestandenermaßen nur durch erfahrene Vertreter des westdeutschen Systems eingebracht werden kann, sondern vor allem der Hinweis auf die nicht minder augenfällige Tatsache, daß interne Reformkräfte an allen ostdeutschen akademischen Einrichtungen nur eine verschwindende Minderheit bildeten. Selbst, wer nicht die Ansicht des Leipziger Slawisten Peter Rollberg von der prinzipiellen Reformunfähigkeit der DDR-Universitäten teilen wollten und den wenigen Reformern die besten Absichten zugestand, konnte nicht umhin, massive Hilfe von außen, lies: aus dem Westen, im Interesse einer schnellen Umstrukturierung für erforderlich zu halten. Oder, wie Jürgen Kocka aus Berlin konstatierte, überhaupt keine Universität, auch keine Westdeutschlands, könne sich jemals aus sich selbst heraus in radikaler Weise reformieren. Für die Politiker, vertreten durch Sachsens Staatsminister für Wissenschaft Hans Joachim Meyer, genügte allein dieser Umstand, um äußere Eingriffe in die Universitätsautonomie überzeugend zu begründen.

Der Logik der Tatsachen und Sachzwänge konnte nur eine historische Betrachtung, die ihnen den Schein des Objektiven zu nehmen hatte, entgegengehalten werden. Mechthild Küpper vom Berliner *Tagesspiegel* bedauerte in ihrem Resumé zu den Reformbemühungen an der Humboldt-Universität, daß den Ostdeutschen nie Gelegenheit gegeben wurde, mit sich allein zu sein, daß es nie Raum gab für eine Dosis Jakobinertum. Sie machte vor allem den Druck aus dem Westen für die falsche Solidarität verantwortlich, wie sie jetzt oft unter den Mitarbeitern ostdeutscher Universitäten beobachtet werden kann. Rainer Land und Ralf Possekel verwiesen darauf, daß danach zu fragen wäre, unter welchen Bedingungen Minderheiten effektiv wirken können, im Herbst 1989 waren es schließlich auch nur Minderheiten, die Großes in Gang zu setzen vermochten. Damals be-

gann auch innerhalb der akademischen Institutionen ein Ringen um die Unterstützung der verunsicherten Mehrheit für die Verabschiedung des alten Establishments, und erst die Bonner Entscheidung, die Vereinigung nach Art. 23 zu realisieren, führte dazu, daß sich die Kräfteverhältnisse von vor der Wende innerhalb der Institutionen so schnell restaurieren konnten. Bernd Bank, der ostdeutsche Ko-Vorsitzende der zentralen Struktur- und Berufungskommssion der Humboldt-Universität, und Sven Vollrath, ein Sprecher des Studentenrates, berichteten denn auch von vielfältigen internen Reformbemühungen - Kommissionen und Konzepten. Sie gaben sich davon überzeugt, daß ihr Weg innerhalb von fünf Jahren zu einer reformierten Universität geführt hätte, wäre er nicht durch den Berliner Senat systematisch sabotiert worden.

Doch die gegenwärtigen Konstellationen einmal gegeben, mußte die Diskussion schnell auf Besonderheiten und Perspektiven der ablaufenden Prozesse kommen. Gerhard Lehmbruch erzählte von seinen merkwürdigen Erfahrungen mit Ostwissenschaftlern in den diversen Kommissionen. Asu seiner Tätigkeit in Konstanz sei er es gewohnt, daß Leute mit allen nur greifbaren Argumenten ihre Interessen zur Geltung bringen. Im Osten begegnete ihm zu oft statt Widerspruch nur bloßte Zustimmung. Diese Beobachtung war symptomatisch: der stark ungleichgewichtige Charakter der Vereinigung beider Wissenschaftssysteme bringt es augenscheinlich mit sich, daß die Suche nach neuen Orientierungen sehr schnell zur kritiklosen Anpassung zu verkommen droht.

Nicht zu überhören war das wiederholt geäußerte Bedauern der ostdeutschen Teilnehmer, daß in den diversen Gremien kaum Wissenschaftler aus Österreich, Frankreich, Großbritannien oder den USA vertreten sind. Karen Kramer von der Stanford Universität beobachtete denn auch eine unterschiedliche Verwendung der Europa-Rhetorik bei Ost- und Westdeutschen: Während ihr schien, daß Westdeutsche oft von Europa sprechen, um die eigene Dominanz erträglicher erscheinen zu lassen, hatte sie von den Ostdeutschen den Eindruck, daß sie von Europa (wie auch von den USA) ein Gegengewicht zur westdeutschen Allmacht erhofften.

Doch Neuorientierung, und sei es bloß als Anpassung, muß, wie sich im Laufe der Diskussion ergab, aus tieferliegenden Gründen auch in Zukunft prekär bleiben. Die private Harvard-Universität mit ihrer reichen Bibliothek, mit vielen Professoren und wenigen Studenten, gesegnet mit großzügiger finanzieller Ausstattung vor Augen mußte die Rede schnell auf die Krise des westdeutschen Hochschulwesens kommen. Schon seit Jahren verringern sich hier die Mittel, welche pro Student zur Verfügung stehen, die Studienzeiten ufern aus, die soziale Lage der Studenten verschlechtert sich und offen wird von einer strukturellen Verantwortungslosigkeit beamteter Hochschullehrer gegenüber den Studenten gesprochen. Kein Wunder also, daß die Einführung dieses Modells im Osten bei niemanden rechten Enthusiasmus hervorruft. Gefragt, warum eine Reform ausbleibt, ja im Gegenteil, diese abgelebten Strukturen im Osten eine neue Blüte erleben sollen, wußte Jürgen Kocka aus Berlin zwei Antworten: Man müsse einfach nüchtern konstatieren, daß die Krise leider noch nicht tief genug sei, um die erforderliche Lobby für Reformen zusammenzubringen, zum anderen sehe er im Osten nicht viel, was für zukünftige Reformen deutscher Universitäten nützlich sein könnte. Es blieb allein die vage Hoffnung, daß die Turbulenzen in Ostdeutschland vielleicht auch irgendwann einmal die festgefahrenen Konstallationen in Westdeutschland zu erschüttern mögen.

Auf einer Konferenz ist natürlich nicht genügend Muße, um ostdeutsche Versuche, sich in den Forschungs- und Lehrinhalten neu zu orientieren, auch nur anzudiskutieren. Drei episodische Momente warfen dennoch ein Licht auf diese Problematik. Charles Meyer von der Harvard-Universität zeigte sich verwundert, daß westdeutsche Sozialwissenschaften vergleichsweise selbstbewußt auftreten, währenddem im französisch-angelsächsischen Raum eher ein Gefühl der Verunsicherung dominiert. Meyer verwies auf das in den letzten Jahren gewachsene Interesse an anthropologischen und ethnologischen Ansätzen, an der Erforschung von Mentalitäten und kulturellen Verhaltensmustern, kurz, auf ernsthaften Selbstzweifel im Kontext der Postmoderne, die einem Duktus selbstbewußter Evaluierung eher entgegenzustehen scheinen. Jürgen Kocka beobachtete, daß sich in ihrer Not ostdeutsche Wissenschaftler oft für dominant empirische Themen entscheiden, was sicherlich verständlich ist, aber auch befürchten läßt, daß aus dem Osten keine grundlegenderen Innovationen zu erwarten sind. Und schließlich brachte selbst das wiederholte Nachfragen einer amerikanischen Feministin nach den Perspektiven der Geschlechterforschung, einem überaus innovativen Forschungsgebiet in den USA, nur wenig Ermutigendes aus dem deutschen Osten zur Sprache.

Die Vermutung, daß die Ostwissenschaftler so schnell nicht zur Ruhe kommen werden, konnte durch die Diskussion der finanziellen Dimensionen nur noch erhärtet werden. Hans Joachim Meyer, Sachsens Staatsminister für Wissenschaft, machte deutlich, daß sein Budget infolge mangelnder Steuereinkünfte des Freistaates im Wesentlichen von den Finanztransfers aus den alten Ländern abhängt. Und es sei schlechterdings unrealistisch zu erwarten, daß die Kultusminister der alten Ländern den Sachsen mehr Geld pro Student zugestehen werden, als sie selbst zur Verfügung haben. Das aber heißt, daß statt neuer Projekte zunächst vor allem Kürzungen ins Haus stehen. Auch betreffs der Nachfolgeeinrichtungen der Akademie der Wissenschaften ist die Kuh noch nicht vom Eis, wie Jürgen Kocka deutlich machte. Bisher haben alle eingestellen Ostwissenschaftler unabhängig ihrer Qualifikation und ihres Alters nur befristete Arbeitsverträge, es sei zunächst ein Absturz ins Bodenlose verhindert und vor allem Zeit gewonnen worden.

Das Resumé fiel daher eher melancholisch aus. Unbezweifelt blieb, daß selbst gut gemeinte Eingriffe von außen in die ostdeutschen Universitäten nicht so schnell eine neue Identität, geschweige denn Visionen oder ein neues universitäres Selbstbewußtsein, dessen Fehlen Konrad Jarausch aus Chapel Hill (N.C.) anmerkte, hervorbringen können. Mehr noch, äußere Eingriffe sind oft mit unangenehmen Nebeneffekten verbunden, wie etwa einer geringen Identifikation der Betroffenen, dem Abwandern befähigter und ehemals engagierter Wissenschaftler, einer Lawine arbeitsrechtlicher Prozesse, einem geringen Engagement der Studenten usw., die ein positives Resultat dieser Anstrengungen zumindest für die nahe Zukunft als fraglich erscheinen lassen.

Werden sich die Wissenschaftler im Osten also neu besinnen können? Keine nationale Hochschulpolitik, kein master plan ist in Sicht. Eine Situation, die anstatt Gewißheiten zu schaffen, fortdauernde Unsicherheiten generiert, beläßt die Chancen wie auch

die Gefährdungen vor Ort. So kam die Sprache zum Beispiel auf die vielen neu gegründeten Vereine in den ostdeutschen Universitätsstädten, die versuchen, entlassenen Akademikern Möglichkeiten für die Fortführung ihrer Forschungen zu erhalten. Wird die Politik diesen grass roots activities Aufmerksamkeit schenken? Bisher werden viele allein durch ABM-Maßnahmen finanziert, doch was kommt danach; sind andere Finanzierungsmodelle denkbar? Werden diese Vereine - vergleichsweise fern den Anpassungsdrücken eines Universiätsbetriebes - Orte, wo abgelebte Konzepte jenseits der lebendigen Diskurse ein selbstgenügsames Dasein fristen oder sind von ihnen in Zukunft vielleicht auch innovative Impulse zu erhoffen? Wird die Mischung aus Ost und West an den Universitäten nur Lethargie und Grabenkämpfe produzieren oder auch neues Selbstbewußtsein mit neuen Ideen? Die Chancen liegen vor Ort, darüber wäre ein nächstes Mal zu konferieren.

Ralf Possekel (Bochum/Berlin)

(aus: "Berliner Debatte INITIAL", H. 2/1992)

Zwischenbilanz: Als Wessi-Professor in Ossi-Land

Vorbemerkung:

Wir leben in einer äußerst schnellebigen Zeit. Vor genau zwei Jahren gab es noch die DDR, die SED mußte abdanken und die ersten freien Volkskammerwahlen wurden im März 1990 durchgeführt. Das alles ist erst zwei Jahre her, doch kommt diese Entwicklung uns heute viel ferner vor als sie es tatsächlich ist. Wer erinnert sich heute noch daran, daß der im Herbst 1989 unter gefährlichen Umständen zunächst als SDP gegründeten SPD in fast allen Meinungsumfragen ein Sieg prophezeit wurde und dann doch - auch für die meisten Beobachter - überraschenderweise die Allianz für Deutschland die Volkskammerwahlen gewann. Im Grunde wußten weder die Politiker in West noch in Ost, wie es mit der DDR weitergehen sollte.

Als allerdings im Frühjahr/Sommer 1990 absehbar wurde, daß die DDR nicht mehr lange existieren würde, mußte dies auch nachhaltige Wirkungen auf die verschiedensten Politikfelder haben, so auch auf die Bildungspolitik.

Gastprofessorenprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung

Im Sommer 1990 konkretisierte sich die Idee eines Gastprofessorenprogramms, mußten doch nun die Studenten vollkommen umlernen. Fächer wie die Rechts-, Wirtschafts-und Sozialwissenschaften waren vom Zusammenbruch der DDR natürlich wesentlich stärker betroffen als z.B. die Naturwissenschaften oder die Medizin. In den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften waren die Studenten für eine Gesellschaftsordnung ausgebildet worden, die nun nicht mehr bestand. Jeder Student, egal welches Fach er auch studierte, mußte den Marxismus-Lenismus (ML) belegen. Der neue CDU-Kultusminister Meyer hatte bis Ende September 1990 bereits 706 Hochschuldozenten und 620 Professoren abberufen, darunter 506 Hochschullehrer für ML. So mußte nach einer Alternative gesucht werden, denn die Studenten blieben ja weiter an den Hochschulen. Sie konnten ja nicht "abgewickelt" werden. Schnelle Hilfe war also erforderlich. Doch konnte ja nicht von heute auf morgen eine totale Kehrtwendung in der Hochschule erfolgen. Es konnte sich also nur um einen evolutionären Prozeß handeln, in dem eine Umstrukturierung der ehemaligen DDR-Hochschulen vorgenommen wird. Allerdings mußten in der Zwischenzeit die Studenten ja "versorgt" werden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, unter ihrem damaligen Vorsitzenden und heutigen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel, ergriff die Initiative für ein Gastprofessorenprogramm. Vogel erklärte im Sommer 1990 zu recht: "Wie wir geistig zusammenkommen, ist mindestens ebenso wichtig wie wirtschaftliche Partnertschaft." So sollte bereits zum WS 1990/91 das Gastprofessorenprogramm starten, um den Studenten die Möglichkeiten zur Fortsetzung wie auch zum Neubeginn ihres Studiums zu geben.

Als ich im Sommer 1990 zur Mitarbeit aufgefordert wurde, hatte ich meine Zweifel. Sollte ich die Belastung auf mich nehmen und alle zwei Wochen für zwei Tage "nach drüben" reisen. Das bedeutete zwei Tage weniger Zeit für Lehre und Forschung. Das bedeutete natürlich letztendlich, da ja die Lehrverpflichtungen an der Münsteraner Universität unverändert wahrgenommen werden mußten und wurden, effektiv weniger Freizeit. War das ganze Unternehmen solch eine Einschränkung der Lebensqualität wert? Und was erwarteten mich in der ehemaligen DDR für Studenten? Ich hatte ja nur die Erfahrungen aufgrund der Exkursionen mit meinen Studenten in den 80er Jahren in die DDR sowie einer einmaligen Vortragstätigkeit an der Universität Halle. Dabei waren mir natürlich nur regimetreue Studenten begegnet, die ideologisch geschult ihre Vorstellungen runterspulten. Und angesichts der Tatsache, daß Studenten ja nun gerade nicht zu den Revolutionären der ersten Stunde gehörten, ja ganz im Gegenteil als Privilegierte des Systems, objektiv zu den Verlierern zählten, mußte man wissen, auf welches Wagnis man sich einließ, wenn man dem Programm seine Zusage gab. Aber es war doch eine schöne Herausforderung, konnte man doch gerade in einer Umbruchsphase einiges bewegen und beim Neuaufbau des Faches Politikwissenschaft durch Engagement und Vorleben für die Verankerung des Faches einiges bewegen.

Schließlich entschloß ich mich doch und wählte als Priorität Berlin, dann Leipzig und Dresden. Verkehrswege mußten auch bedacht werden, so daß eine norddeutsche Universität nicht in Frage kam. Wäre es nicht schön, an der altehrwürdigen Humboldt-Universität zu lehren und zwischen zwei Lehrveranstaltungen auf dem ehemaligen Prachtboulevard "Unter den Linden" zu wandeln? Der Zuschlag fiel jedoch auf Leipzig, was natürlich zuerst eine kleine Enttäuschung war. Doch die war schnell überwunden, trug doch die Leipziger almer mater den ehrwürdigen Namen des großen Deutschen Karl Marx, der zwar durch das DDR-System diskreditiert wurde, der aber zweifellos zu den großen deutschen Denkern gehört und dessen sich man zu recht in der alten Bundesrepublik erinnert (in diesem Zusammenhang sei nur an das Karl-Marx-Haus in Trier erinnert). Doch als ich im Sommersemester 1991 die Lehrveranstaltungen in Leipzig aufnahm, war bereits der Name Karl Marx nicht mehr Bestandteil der Universität. Verständlich, wenn man sich die Diskreditierung des Namens Marx durch das DDR-System vergegenwärtigt. Jedoch gehört Karl Marx unzweifelhaft zur deutschen Geschichte, und auch die DDR gehört dazu, und so ist es nur gut, daß die Bronzeplastik am Hauptgebäude der Universität noch deutlich die Spuren dieser Zeit widerspiegelt und sie bis heute nicht entfernt ist und aus Kostengründen - Gott sei dank - auch in der nächsten Zeit nicht entfernt werden wird. Vielleicht ist man in einigen Jahren so weit, daß man mit einigem Abstand auch zu einer umstrittenen geschichtlichen Epoche ein weniger emotionales Verhältnis hat.

Uni Leipzig - Neuland für einen Wessi

Nachdem ich mich einmal entschlossen hatte, den neuen Herausforderungen zu begegnen, zog ich gen Leipzig und versuchte vor allem, eine "Besserwessi-Mentalität" zu vermeiden, die in den ersten Besuchen von Westdeutschen in der damals noch existierenden DDR aufgekommen war. Erst recht durften weder Arroganz noch eine

- im übrigen nicht gerechtfertigte - Siegermentalität bei den Adressaten des Programms aufkommen. Es galt höchst sensibel zu agieren und zu reagieren. So war ich äußerst neugierig, was mich nun in den Lehrveranstaltungen erwarten würde? Wie würden die Studenten auf das umfangreiche Angebot der Westprofessoren reagieren? Allein in Leipzig lehrten zeitweise acht Professoren aus westdeutschen Universitäten im Fach Politikwissenschaft. Die erste positive Erfahrung, die ich machte, war die Aufgeschlossenheit und Neugier, mit der mir die meisten der im Verhältnis zur WWU Münster geringen Anzahl von Studenten entgegentrat. In der Vorlesung waren 60 Studenten/Studentinnen;im Seminar, das bereits um 7.30 Uhr begann - man sollte einmal zu dieser Zeit an einer westdeutschen Uni eine Veranstaltung anbieten und der Raum bliebe leer - gab es eine nahezu optimale Größe von 25 Teilnehmern. Natürlich gab es auch skeptisch orientierte Studentinnen/Studenten, die nun auf einmal ein vollkommen anderes Bild über bestimmte Politikfelder - in meinem Fall über die Europäische Gemeinschaft (EG) - vom "Klassenfeind" erhielten. Aber grosso modo war die Aufgeschlossenheit deutlich größer als die Skepsis. Und wer wollte es den jungen Menschen verdenken, die über Jahre in einem System erzogen wurden, von dessen Vorteilen die meisten überzeugt waren, daß sie uns "Wessis" mit Skepsis begegneten? Und im übrigen, jene Studenten, die die Westprofessoren abgelehnt haben, werden auch nicht in deren Veranstaltungen gekommen sein und die Universität verlassen haben, da sie unter diesen Auspizien keine Perspektive für sich entdecken konnten.

Nachdem wir miteinander ins Gespräch gekommen waren, verliefen die Lehrveranstaltungen analog zu den an den westdeutschen Universitäten. Die Studenten mußten Referate und Seminararbeiten anfertigen. Doch unter weit schwierigeren Bedingungen als ihre westdeutschen Kommilitonen. Denn gerade im Fach Politikwissenschaft stellte sich das große Problem der fehlenden Literatur. Wie konnte man eine Arbeit über den Binnenmarkt der EG schreiben, wenn die dafür vorhandene Literatur fehlte. Natürlich konnte jedem Seminarteilnehmer Grundlagenliteratur - dank der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn und der Landeszentrale für politische Bildung in Düsseldorf - zur Verfügung gestellt werden, doch war dies natürlich nicht ausreichend. In dieser Situation zeigten die meisten Studenten eine Tugend, wie man sich in einer Mangelgesellschaft behilft, was man ja seit Jahren in der DDR gewöhnt war. Viele Studenten/Studentinnen fuhren nach Berlin-West und wurden für ihre Seminararbeiten in den dortigen Bibliotheken fündig, hielten im großen und ganzen gute Referate und schrieben auch z. T. anspruchsvolle Seminararbeiten, wenngleich der deskriptive Aspekt unübersehbar war

Prüfungen - ein unerwartetes Geschäft

In Umbruchszeiten gelten andere Gesetze und somit wurden auch besondere Prüfungsbedingungen gestellt. Was sollte mit all jenen Studenten geschehen, die bereits drei oder vier Jahre ML studiert hatten? Mußten diese noch einmal ein vollständiges Studium absolvieren? Ein Regelstudium in den Sozialwissenschaften ist zwar normativ mit 8 Semestern ausgewiesen, real benötigen die meisten Studenten für ihren Magister artium (MA) aber 11 bis 12 Semester. War solch eine Studienzeit überhaupt zumutbar? Und welche ökonomischen Kosten wären dann auf die Studenten und letztendlich auf die Gesellschaft zugekommen? Also mußte eine Sonderregelung gefunden werden, in der sich allerdings doch eine "Siegermentalität" niederschlug. Studenten, die ein gewisses Quorum von Scheinen aufweisen konnten und mindestens zwei Semester bei Westprofessoren gehört hatten, konnten sich zum Vordiplom melden. Und hier schlug die westdeutsche Arroganz voll zu, denn man verlangte von den Oststudenten wesentlich mehr als von den Weststudenten. Das Vordiplom konnte nur durch das erfolgreiche Bestehen von sechs 30-minütigen Teilprüfungen in den Fächern Politische Theorie, Politisches System BRD, Internationale

Politik/Außenpolitik, vergleichende Politikwissenschaft, Politik und Wirtschaft sowie Methoden der Politikwissenschaft erworben werden. Das bedeutete, daß insgesamt drei Stunden mündliche Prüfungen zu absolvieren waren; eine Prüfungzeit, die noch nicht einmal beim Diplom oder der Magisterhauptprüfung gefordert wird. Wie würden die Studenten an westdeutschen Universitäten reagieren, wenn man ihnen solche Forderungen abverlangte. Aufruhr, Streik und Verweigerung wäre die wahrscheinliche Reaktion. In Leipzig hatten die Studenten jedoch keine Alternative; man beklagte sich zwar - zu recht -, aber man fügte sich. Sechs Teilprüfungen bedeuteten natürlich nicht nur für die Studenten Streß, sondern auch für die Prüfer. So hatte ich mehr als 110 Studenten allein nach dem Sommersemester 1991 zu prüfen, was eine effektive Prüfungszeit von 55 Stunden bedeutete. Man kann sich ausrechnen, wieviele Tage allein für Prüfungen reserviert werden mußten, an die man bei der Zusage zu dem Programm überhaupt nicht gedacht hatte. Aber die Kandidaten haben überwiegend die ungewöhnliche Situation gemeistert, waren in der großen Mehrzahl gut vorbereitet und haben zu 84 % bei mir die Prüfungen bestanden.

Eine besondere Problemgruppe kristallisierte sich bei den Studenten heraus, nämlich die Ausländer aus dem ehemals kommunistischen Ausland. Vietnamesen, Kambodschaner, Laoten und Jemeniten gehörten zu jener Gruppe von Studenten, die überwiegend - auch aufgrund ihrer Sprachprobleme - große Schwierigkeiten hatten, die geforderten Leistungen zu erbringen. Aber natürlich gab es auch hier positive Ausnahmen, wenngleich der überwiegende Anteil der Nichtbesteher aus dieser Gruppe resultierte.

Kontakte und Kooperationsmöglichkeiten

Natürlich hängt es von jedem einzelnen Kollegen ab, inwieweit es möglich ist, Kontakte mit Studenten und verbliebenen Dozenten zu knüpfen. Aufgrund meines vierzehntägigen, jeweils zwei Tage dauernden, Engagements hatte ich immer die Möglichkeit genutzt und nutze sie auch noch heute, mit den Studenten, aber auch anderen Bürgern in den neuen Ländern in Kontakt zu kommen. Dabei konnte ich ein besseres Verständnis für ihre Probleme, Nöte und vor allem Denkweisen erwerben, umgekehrt aber auch wiederum für meine Sichtweisen und Vorstellungen Verständnis finden. Von besonderer Bedeutung war auch ein gemeinsames Seminar meiner Münsteraner Studenten mit einigen Leipziger Studenten im Sommer 1991, das nicht nur zu einem besseren gegenseitigen Kennenlernen beigetragen hat, sondern gegenseitige, nicht unbedingt offen geäußerte, Vorurteile mit abgebaut hat und das von Bernhard Vogel postulierte Ziel des geistigen Zusammenkommens eine nicht unbedeutende Schubkraft verliehen hat, haben sich doch daraus bleibende Kontakte in einigen Fällen entwickelt.

Bedauerlich ist, daß es sich bisher um ein einseitiges Gastprofessorenprogramm, um einen "brain-drain" von West nach Ost, handelt, und daß kaum westdeutsche Studenten an die ostdeutschen Universitäten gehen. Im Sommersemester 1991 war ein einziger Kommilitone aus Konstanz im Fach Politikwissenschaft eingeschrieben, fand er doch hier ein weit besseres Lehrveranstaltungsangebot im Fach Politikwissenschaft vor, als es in vielen westdeutschen Universitäten der Fall ist. Dieses breit angelegte Angebot an Lehrveranstaltungen begeisterte auch einige Münsteraner Studenten anläßlich eines Besuchs an der Leipziger Universität.

Fazit - Leistungsbereitschaft und Engagement

Nach nunmehr zwei Semestern Vorlesungs-, Seminar- und Prüfungstätigkeit an der Universität Leipzig sind mir "meine" Leipziger Studenten ans Herz gewachsen, zumal sie auch immer einen hervorragenden Vergleich zu meinen Münsteraner Studenten bilden und sich - in der überwiegenden Mehrheit - wahrlich nicht verstecken müssen. Sie haben bewiesen, daß in kurzer Zeit ein Stoff zu

erlernen ist, für den die Weststudenten deutlich mehr Zeit brauchten. Natürlich darf dabei nicht das Vorstudium vergessen werden, in dem ihnen methodische Fertigkeiten vermittelt wurden, die ihnen im neuen Studium sehr stark zu Nutze kamen. Wenn die ersten Studenten in diesen Tagen in das Diplom gehen und mit der Anfertigung der Diplomarbeit im Herbst 1992 nach vier Semestern das Diplom erworben haben werden, müssen sie mit ihren westdeutschen Kommilitonen konkurrieren. Sie brauchen sich allerdings nicht zu verstecken und werden den Vergleich erfolgreich bestehen. Allerdings ist eigenes Engagement gefragt. Die beruflichen Positionen werden nicht mehr vom Staat geplant und vergeben, eigenes Engagement ist nun gefragt.

Wichard Woyke
(Professor für Politikwissenschaft an der Universität Münster)

Vom 10. bis 12. Mai 1992 traf sich die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zu ihrer Jahresversammlung an der Universität Rostock. Nachstehender Beitrag ist die Ansprache des Rektors der Rostocker Universität, **Gerhard Maeß,** *auf der Eröffnungsveranstaltung in der Universitätskirche.*

Hochverehrte Ehrengäste, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

ich heiße Sie herzlich willkommen im jungen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, in der alten Hansestadt Rostock, an der ehrwürdigen alma mater Rostochiensis. Um Ihnen Alter und Würde zu verdeutlichen, begrüße ich Sie in dieser sakralen Umgebung, in der Universitätskirche, die gleichzeitig der größte verfügbare Raum der Universität ist. Bis zur Reformation gehörte sie zum Zisterzienserinnen-Kloster zum heiligen Kreuz, das von Margarethe von Dänemark 1270 gestiftet und in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts vollendet wurde.

Als ich Sie vor einem Jahr im Frankfurter Palmengarten hierher einlud, wies ich Sie auf die kleinen Unterschiede zwischen Frankfurt und Rostock hin und sagte, daß es eines gewissen Pioniergeistes bedürfe, der Einladung zu folgen. Ich freue mich, daß Sie diesen Pioniergeist weit über unsere Erwartungen hinaus bewiesen haben und hoffe, daß er Ihnen angesichts der klimatischen Unterschiede zwischen der wohltemperierten Paulskirche und unserer Universitätskirche erhalten bleibt.

Das studium generale in Rostock wurde auf Antrag zweier Mecklenburger Herzöge, der Hansestadt Rostock und des Schweriner Bischofs von Papst Martin V. im Jahre 1419 genehmigt. Die Rostocker und die nur wenige Jahrzehnte später gegründete Greifswalder Universität sind damit die ältesten Hohen Schulen in der Ostseeregion, älter z.B. als Uppsala (1477) und Kopenhagen (1479). Ich will Sie mit der wechselvollen Universitätsgeschichte nicht langweilen, sondern verweise auf das 1991 im Kölner Universitätsjournal erschienene Universitäts-Porträt, das in aktualisierter Form im März 1992 in den "Nachrichten und Berichten" der Universität Passau abgedruckt und uns dankenswerterweise für die Tagungsmappen zur Verfügung gestellt wurde.

Die Universität begann ihre Tätigkeit mit den Artes liberales, der juristischen und der medizinischen Fakultät. Wenig später kam die theologische hinzu, und in unserem Jahrhundert folgten eine agrarwissenschaftliche, eine mathematisch-naturwissenschaftliche, eine wirtschaftwissenschaftliche und - zu Beginn der fünfziger Jahre eine Besonderheit für eine klassische deutsche Universität - eine technische Fakultät. Im vorigen Jahr wurden der Universität im Rahmen der Neuordnung der Hochschullandschaft das Lehrerbildungsinstitut Rostock, die Pädagogische Hochschule Güstrow und die Hochschule für Seefahrt Warnemünde-Wustrow angegliedert.

Das breitgegliederte Fächerspektrum von etwa 40 Studiengängen wird im laufenden Semester von ca. 8000 Studenten genutzt. Ihnen stehen im nichtmedizinischen Bereich 1500 nichtwissenschaftliche und etwa 1200 wissenschaftliche Mitarbeiter (davon 100 Hochschullehrer) gegenüber. Dazu kommen in der medizinischen Fakultät, die mit ihren Kliniken allerdings auch umfangreiche kurative Aufgaben für die Region zu übernehmen hat. Wir haben also insgesamt eine sehr günstige Betreuungsrelation und sind - zumindest in dieser Beziehung - eine Hochschule der Zukunft und alles andere als zweite Wahl. Wir appellieren an die Verantwortlichen, diesen Vorteil nicht durch übermäßige Personalreduzierungen zu verspielen, zumal in den nächsten Jahren mit deutlich zunehmenden Studentenzahlen zu rechnen ist, da der Zugang zum Abitur nicht länger reglementiert wird.

Mecklenburg-Vorpommern, das einzige der fünf neuen Bundesländer, das über den Reichtum zweier klassischer Universitäten verfügt, trägt außerdem noch drei in Gründung befindliche Fachhochschulen, hoffentlich bald eine Kunsthochschule sowie einige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Leider hatte es in der Vergangenheit den Anschein, daß dieses reichhaltige Bildungs- und Forschungspotential zumindest seitens des Finanzministeriums eher als Last, denn als Chance empfunden wird. Vor einem Jahr erklärte das Kabinett, die beiden Universitäten zu Volluniversitäten ausbauen zu wollen. Im gerade veröffentlichten Hochschulentwicklungsbericht wird nur noch die Absicht erklärt, die Hochschulen lebensfähig zu erhalten. Das ist nicht genug, denn Investitionen in den Bildungs- und Forschungsbereich, das haben ehemals strukturschwache Altbundesländer zur Genüge bewiesen, sind Investitionen in die Zukunft.

Leistungsfähige, gut ausgestattete Hochschulen holen Studenten und Wissenschaftler ins Land, die an sich schon einen gewissen Wirtschaftsfaktor darstellen. Die Wissenschaftler wiederum werben Forschungsprojekte und damit sowohl Finanzmittel als auch zusätzliche Personalstellen ein, die zum überwiegenden Teil nicht vom Landeshaushalt, sondern vom Bund oder von Stiftungen getragen werden. Schließlich siedeln sich in der Nähe von Hochschulen gern kleinere und größere Unternehmen und Behörden an, die in vielfältiger Weise über Gutachten, Beratung und Technologie-Transfer von Forschungs- und Bildungseinrichtungen profitieren.

Unter diesem Gesichtspunkt halten wir die angestrebte Personalreduzierung für außerordentlich bedenklich. Zumindest bis der bundesdeutsche Ausstattungsstandard erreicht ist und die durch die Eingliederungen und Umstrukturierungen bedingten

Zusatzaufgaben weggefallen sind, ist eine erhöhte Stellenausstattung als bisher vorgesehen dringend erforderlich. Eine gewisse Entlastung könnten die "flankierenden Maßnahmen" bringen, die zwischen Kultusministerkonferenz und HRK in Gespräch sind. Schließlich appelliere ich noch einmal an die Kollegen in den alten Bundesländern, bei Vakanzvertretungen auch an ältere Wissenschaftler aus den neuen Bundesländern zu denken, die keinen Chance mehr für eine Berufung haben.

Bedrückender als die Personalreduktion selbst sind die Begleitumstände, unter denen sie vonstatten geht. Erklärtes Ziel unserer Universitätserneuerung war das Zurückdrängen von Fremdbestimmung. Fachliche Kompetenz und persönliche Integrität, die wir selbst glaubten beurteilen zu können, sollten die maßgeblichen Kriterien für eine Weiterbeschäftigung sein. Wir hatten die Hoffnung, daß belastete Kollegen sich ihrer Schuld bewußt würden und den Mut hätten, sich dazu zu bekennen. Wir hatten die Hoffnung, daß ein solches Eingeständnis der Schuld akzeptiert würde von denen, die in der Vergangenheit zurückgesetzt und benachteiligt worden waren, und wir hatten die Hoffnung, daß auf diese Weise ein gemeinsamer Neubeginn möglich würde. Leider erwiesen sich diese Hoffnungen als Illusionen. Die Bereitschaft, eigene Belastungen einzugestehen war zu gering.

Möglicherweise liegt hier eine der Ursachen, daß den Universitäten, obwohl sie seit zwei Jahren demokratisch gewählte Kollegialorgane besitzen, ihre durch finanzielle Zwänge ohnehin stark eingeschränkte Autonomie in unerträglicher Weise reduziert wurde.

Nach dem dreistufigen, langwierigen, weitestgehend von außen gesteuerten Überprüfungsprozeß werden frühestens im Spätsommer die Entscheidungen fallen. Die Ehrenkommissionen stehen vor kaum lösbaren Aufgaben. Nicht Gesinnung darf be-oder verurteilt werden, sondern schuldhaftes Verhalten. Glaubwürdig sind die Verfahren nur, wenn die gleichen Maßstäbe gelten für Hochschullehrer in Greifswald ebenso wie für Ministerpräsidenten in den Landeshauptstädten, für wissenschaftliche Mitarbeiter in Rostock ebenso für Bundesminister in Bonn. Und endlich zu einem Abschluß kommen müssen die Verfahren. Wie soll sich bei einer monate- oder gar jahrelangen Ungewißheit der Hochschullehrer auf die Vorlesung und seine Forschungsvorhaben, der Chirurg auf seine Operation konzentrieren? Wie sollen die Fachbereiche unter einer solchen Belastung einen regulären Studienbetrieb aufrechterhalten oder gar das kommende Wintersemester mit gegebenenfalls erforderlichen Vertretungen oder Neubesetzungen planen?

Viele Kollegen aus den alten Bundesländern haben uns in den letzten zwei Jahre mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Ohne sie wäre vieles nicht möglich gewesen. Ein - aber nicht das einzige - Beispiel ist der Wiederaufbau der Juristischen Fakultät, bei der sich der Präsident der HRK in besonderer Weise engagiert hat. Ich denke aber, die Zeit der Hilfsersuchen, Notaktionen und Vertretungen sollte spätestens nach dem Wintersemester 92/93 zu Ende gehen und einem regulären normalen Studienbetrieb weichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies sind momentane Sorgen der Ost-Universitäten und hoffentlich keine Probleme der Hochschulen der Zukunft. Eine schnelle Erneuerung ist nötig, sonst bleibt weniger als die zweite Wahl.

Aussprache des Deutschen Bundestages zur "Stärkung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern und im geeinten Deutschland" am 21. Februar 1992

Auf seiner 80. Sitzung der 12. Wahlperiode am 21. Februar 1992 behandelte der Deutsche Bundestag einen Antrag der SPD-Fraktion "Stärkung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern und im geeinten Deutschland" (Drucksache 12/1983). Wir dokumentieren im folgenden die Aussprache. Vizepräsident Hans Klein erteilte zunächst dem Abg. Eckart Kuhlwein (SPD), Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft, das Wort.

Eckart Kuhlwein (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hat vorgestern in der Leipziger Universität mit Akteuren und Betroffenen des Umbaus der Hochschullandschaft in den neuen Ländern diskutiert. Ich weiß nicht, ob wir in der Lage sind, aus dem Gehörten ein gemeinsames Fazit zu ziehen. Ich jedenfalls bin erschrocken, welche gewaltigen Aufgaben vor uns liegen. Ich ziehe daraus den Schluß, daß sich auch der Deutsche Bundestag bei der Lösung dieser Aufgabe sehr viel stärker als bisher engagieren muß.

Der Umbau eines 40 Jahre lang ideologisch ausgerichteten und von oben ständig gegängelten Hochschulsystems wirft offenbar sehr viel mehr Schwierigkeiten auf, als es sich die Bundesregierung beim Abschluß des Einigungsvertrages träumen ließ. Fest steht jedenfalls, daß es mit Empfehlungen des Wissenschaftsrates, mit einem Hochschulerneuerungsprogramm und mit der Aufnahme der neuen Länder in die Rahmenplanung des Hochschulbauförderungsgesetzes allein nicht getan ist. Der Bund wird den neuen Ländern darüber hinaus mit Rat und noch mehr Taten zur Seite stehen müssen, wenn er die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse herstellen will.

Wenn die SPD-Bundestagsfraktion heute mit einem Antrag zur Stärkung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern und im geeinten Deutschland die Bundesregierung auffordert, bis Ende Mai dieses Jahres einen Bericht vorzulegen, in dem auch die Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates und die damit verbundenen Entscheidungen von Bund und Ländern sowie die geplanten weiteren Maßnahmen dargelegt werden sollen, so wollen wir dazu den Anstoß geben. Wir können es uns nicht leisten, daß die Hochschulen in den neuen Ländern die Chance verpassen, in Forschung und Lehre so schnell wie möglich einen Standard zu erreichen, der den jungen Menschen dort gleichwertige Zukunftschancen bietet.

Wir wollen mit unserem Antrag gleichzeitig Transparenz im Verfahren herstellen. Im Ausschuß haben wir bereits einen Bericht des Bundesbildungsministers erhalten. Wir

möchten aber gern wissen, was die gesamte Bundesregierung will und was sie mit den Ländern verabredet hat. Wir möchten auch gern den gesamten Bundestag und die Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung beteiligen. Das ist auch deshalb notwendig, weil wir rechtzeitig für die nächsten Haushalte die Konsequenzen ziehen müssen.

Wir glauben schließlich, daß es höchste Zeit ist, daß die neuen Länder kritischer mit der Übertragung des westdeutschen Hochschulsystems umgehen. Vielleicht liebe sich dann noch einiges von dem retten, was z. B. in der alten DDR im Studium effektiver gewesen ist als in der alten Bundesrepublik.

Es ist unbestritten, daß der Wissenschaftsrat sei dem Juli 1990 mit seinen Empfehlungen zur Hochschulstruktur hervorragende Arbeit geleistet hat. Aber es konnte gar nicht ausbleiben, daß dieses Expertengremium dabei in erster Linie das bekannte westdeutsche System auf die neuen Länder übertragen wollten. Dabei wurde offenbar verdrängt, daß auch die Hochschule in den alten Ländern in einer tiefen Krise steckt, die nicht nur mit dem Mangel an flächenbezogenen Studienplätzen und an Personal zu tun hat. (...)

In seinem Bericht vor dem Bildungsausschuß hat Minister Ortleb z. B. bedauert, daß es nicht möglich gewesen sei, in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates "die besonderen Stärken der ostdeutschen Hochschullehre z. B. in Gestalt der Seminargruppen, der intensiven Betreuung der Studenten und der didaktischen Aufbereitung des Stoffes, aufzuarbeiten und für eine gesamtdeutsche Hochschullandschaft fruchtbar zu machen". Das Ergebnis dieses Versäumnisses wird sein, daß auch in den neuen Ländern statt früher knapp fünf künftig sieben Jahre im Durchschnitt studiert wird. Nicht zu Unrecht ist in den neuen Ländern vielfach die Frage aufgeworfen worden, ob und wann die Hochschulen in den alten Ländern evaluiert werden.

Über dem Umbau dürfen wir aber den Ausbau des Hochschulsystems nicht vergessen. Die Wissenschaftspolitik muß in der Gesellschaft und bei den Finanzpolitikern rechtzeitig ihren fundierten Bedarf anmelden. Ein weiteres Jahrzehnt der Vertröstung auf das Licht am Ende des Tunnels könne wir uns nicht mehr leisten. Die Gesellschaft der Zukunft braucht mehr wissenschaftlich ausgebildetes Personal. Sie braucht es wegen der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, wegen der notwendigen ökologischen Erneuerung. Sie braucht es für den sozialen Zusammenhalt und die kulturelle Entfaltung. (...)

Strukturreform und Ausbau des Hochschulsystems im Westen und Osten ist angesagt. Wir brauchen einen Hochschulgesamtplan, in dem neue Strukturen entwickelt und neue quantitative Ziele vorgegeben werden.

Die Leistungsfähigkeit des Hochschulbereichs - so hat Minister Ortleb vor dem Bildungsausschuß festgestellt - hänge davon ab, ob es gelinge, dem Wissenschafts- und Hochschulbereich insgesamt im Konzept der Staatsausgaben einen ausreichenden Platz zu sichern. Ich möchte ihn korrigieren und sage lieber: einen komfortablen oder einen zukunftsweisenden Platz. Aber wir kennen ja die Bescheidenheit diese Bildungsministers und wollen ihm das nicht nachrechnen. Wir interpretieren das hoffentlich gemeinsam so, da es der notwendige Platz ist, der gesichert werden muß. Dann gebe ich ihm recht. (...)

Aber dieser Platz ist nur zu sichern, Herr Ortleb, wenn die zuständigen Minister und Ministerinnen in Bonn und in den Ländern endlich in die Offensive gehen.

Vizepräsident Hans Klein: Ich erteile das Wort der Abgeordneten Maria Eichhorn.

Maria Eichhorn (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der SPD fordert die Bundesregierung auf, dem Deutschen Bundestag einen Bericht vorzulegen. Dieser soll die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu Hochschulen, Wissenschaft und Forschung sowie den bisherigen Stand der Umsetzung dieser Empfehlungen darstellen.

Gegen einen solchen Bericht ist sicherlich nichts einzuwenden, doch erhebt sich die Frage, zu welchem Zeitpunkt dieser vorgelegt werden soll. (...)

Der 21. Hochschulrahmenplan erkennt klar die Notwendigkeit, den qualitativen und quantitativen Gesamtrahmen für den Ausbau des Hochschulwesens neu zu überdenken. Gründe sind die neue Situation nach der Wiedervereinigung, aber auch die entgegen früheren Prognosen weiter steigenden Studentenzahlen. Die Festsetzung eigener Ausbauziele für die neuen Länder ist möglich, sobald die erforderlichen Datenerhebungen abgeschlossen sind. Diese Datenermittlung, die derzeit durch die Länder erfolgt, ist auch Voraussetzung für die Kostenprognose, wie sie der Ausschuß gefordert hat.

Die Umstrukturierung der Hochschulen muß zunächst noch weiter vorangekommen sein, bevor Aussagen für eine längerfristige Ausbauplanung erfolgen können. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es noch nicht möglich, für den qualitativen Ausbaustand und die Entwicklung der Hochschulen der alten und der neuen Länder vergleichbare Daten vorzulegen.

Eines wissen wir jedoch heute bereits: Der Bundesansatz von 1,6 Milliarden DM im Haushalt von 1992 für die Gemeinschaftsaufgabe "Aus- und Neubau von Hochschulen" wird künftigen Anforderungen nicht mehr gerecht werden. Der Wissenschaftsrat fordert deswegen für 1993 einen Bundesanteil von 2 Milliarden DM. Diese Aufstockung ist zum einen auf Grund der Anforderungen in den neuen Bundesländern notwendig. Sie ist aber auch Folge weiter steigender Studentenzahlen. (...)

Ich denke, es ist unbestritten, daß wir neben den verstärkten Anforderungen in den neuen Bundesländern auch den Ausbau in den alten Bundesländern kontinuierlich fortführen müssen. Daher richtet sich die Bitte an den Herrn Bundesminister für Finanzen, sich unseren berechtigten Argumenten nicht zu verschließen.

(Eckart Kuhlwein [SPD]: Ist das nicht Ihr Parteivorsitzender?)

In den nächsten Wochen beginnen die Vorbereitungen zum Haushalt 1993. Wir wissen natürlich noch nicht, wie die Gewichte verteilt werden; denn der Wissenschaftsrat fordert zusätzliche Mittel z. B. für die Renovierung von Gästehäusern und den Bau von internationalen Begegnungszentren in den neuen Bundesländern. Zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen beantragt er ein Sonderprogramm. Dies sind nur einige von der Vielzahl von Forderungen, die auf den Bundesfinanzminister zukommen werden. (...)

Die Umstrukturierung der Hochschullandschaft in den neuen Bundesländern bietet ... die Chance, über unser gesamtes

Bildungssystem nachzudenken. Angesichts der Tatsache, daß die Zahl der Studenten immer weiter steigt, die der Auszubildenden aber sinkt, müssen wir nach neuen Wegen suchen, um die berufliche Ausbildung wieder attraktiver zu machen. (...)

Vizepräsident Hans Klein: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Karlheinz Guttmacher.

Dr. Karlheinz Guttmacher (F.D.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Situation, in der sich der Aufbau einer neuen Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern befindet, kann anderthalb Jahre nach der deutschen Einheit von Bund und Ländern im wesentlichen als gut bezeichnet werden.

(Zuruf von der SPD: Na! Na!)

- Schauen Sie bitte im Bericht nach. - Die Ergebnisse, die im haushaltsmäßigen, administrativen und politischen Bereich in der Startphase erzielt wurden, waren zufriedenstellend. Die Länder haben aber in nächster Zeit unausweichliche praktische Probleme zu lösen, die sich sowohl durch den Verwaltungsvollzug als auch aus den haushaltsmäßigen Verpflichtungen für die Neuordnung der Forschungslandschaft ergeben. (...)

Ich möchte am Beispiel der Auflösung der Akademie der Wissenschaften die Neustrukturierung der Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern skizzieren. Zum Jahreswechsel wurde die Akademie der Wissenschaften ... aufgelöst. Es entwickelt sich mit dem Beginn des Jahres 1992 eine neue Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern mit folgenden aus öffentlichen Mitteln geförderten Forschungseinrichtungen: Drei neue Forschungseinrichtungen, die bereits bestehen, haben sich um acht neue, teilweise große Institutsteile ergänzt.

31 neue, vom Bund und von den Ländern gemeinsam finanzierte Forschungseinrichtungen wurden errichtet, die einschließlich einer Serviceeinrichtung in die Blaue Liste aufgenommen worden sind. Die neuen Länder gründen Landesforschungseinrichtungen. Der Bund gründet eine Bundesressort-Forschungseinrichtung und erweiterte bestehende um Anstaltsteile.

Zwei Institute, zwei Außenstellen von Instituten sowie 29 Arbeitsgruppen an Universitäten und eine Trägereinrichtung für die sieben vorgeschlagenen geisteswissenschaftlichen Zentren werden durch die Max-Planck-Gesellschaft geschaffen. Die Fraunhofer- Gesellschaft hat acht eigenständige Fraunhofer-Institute, einen neuen Institutsteil und zwölf Außenstellen errichtet.

Zur Erforschung des Transformationsprozesses und zum Neuaufbau der Sozialwissenschaften in den neuen Bundesländern wurde von Sozialwissenschaftlern aus den alten und den neuen Bundesländern mit Unterstützung des BMFT, und des BMA die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Ländern gegründet und zur Hälfte aus Projektmitteln des BMFT und es BMA in Höhe von 6 Millionen DM gefördert.

Die DFG hat ihr Fördergebiet mit Erfolg auf die neuen Länder ausgedehnt. Der Förderumfang beträgt 124,35 Millionen DM. 44,1 Millionen DM sind bereits 1991 eingesetzt worden.

Als eine wesentliche Voraussetzung für die Integration von Akademie-Personal in

den Hochschulen wurden mit dem Wissenschaftlerintegrationsprogramm bislang über 1700 Förderzusagen erteilt. Hierfür sind im Jahr 1992 144,8 Millionen DM erforderlich. In diesem Zusammenhang erscheint der Hinweis wichtig, daß Hochschulen und Wissenschaftler, die im Wissenschaftlerintegrationsprogramm gefördert werden, sehr schnell aufeinander zugehen müssen, um zu vermeiden, daß durch Aufnahme von Wissenschaftlern aus der Akademie an den Hochschulen der Personalabbau eigener Mitarbeiter zunimmt.

Dies kann gelingen, wenn die Förderung nach Art. 81 HEP so lange läuft, daß die Hochschulen nicht schon Ende 1993 die vollen Kosten des ehemaligen Akademiepersonals zu tragen haben und die Länder Anreize für die Hochschulen z.B. durch einen Stellenpool schaffen, der für im Wissenschaftlerintegrationsprogramm gefördertes Personal zweckbestimmt ist. Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung und auch das BMBW und das BMFT unterstützen dieses Anliegen und begrüßen die Ausdehnung des Art. 81 HEP auf fünf Jahre.

Wenn man sich an den Instituten oder den Universitäten aufhält, wird immer hörbarer vorgebracht, daß die Universität zwar die Personalkosten für die aus der Akademie zu übernehmenden Kollegen übertragen bekommen, nicht aber die Sachkosten. Ich glaube, wir müssen gemeinsam darüber nachdenken, inwieweit hier eine Nachbesserung erfolgen soll. (...)

Vizepräsident Hans Klein: Als nächster hat der Kollege Dr. Dietmar Keller das Wort.

Dr. Dietmar Keller (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stimmen dem Antrag zu und halten es für notwendig und richtig, daß sich der deutsche Bundestag mit der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern und im geeinten Deutschland beschäftigt. Auf Grund gleicher Erwägungen hat die PDS/Linke Liste ja eine Große Anfrage zur Bildungs- und Wissenschaftspolitik der Bundesregierung eingereicht.

Natürlich kann man - das ist in der Politik normal - als Regierung und Opposition unterschiedliche Auffassungen über die Bewertung on Prozessen haben. Wenn man nach der wissenschaftlichen Effizienz fragt, nach dem was die Wissenschaft eigentlich ausmacht, dann sind wir uns, glaube ich, alle einig, daß es dringend notwendig ist, daß sich dieses Parlament mit dieser Lebensfrage für das deutsche Volk schnell beschäftigt.

Das Hauptproblem, das ich sehe, besteht darin, daß die Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern - und da unterscheidet sich die Wissenschaft nicht von der Wirtschaft und den anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens - nach der Wende naturgemäß schwere Erschütterungen erlitten hat. Das hängt - auch das ist normal - mit entscheidenden Strukturveränderungen, mit der Reduzierung der Anzahl der Professoren und Dozenten, mit Eingriffen in den wissenschaftlichen Mittelbau, in inhaltliche und methodische Fragen, in die Ausbildungs- und Lehrzyklen zusammen; das hängt aber auch mit der Neuprofilierung und Umprofilierung von Wissenschaftsgebieten, dem Zusammenbruch von Wissenschaftsschulen und vielem ähnlichen mehr zusammen.

Mir scheint - auch deshalb unterstütze ich diesen Antrag -, die Unterschiede bzw.

Rückstände in den neuen Ländern gegenüber den alten Ländern sind nicht geringer geworden. Das ist normal, weil Wissenschaft keine Industrie ist. In der Wissenschaft zahl sich normalerweise erst in fünf bis acht Jahren aus, was man heute investiert. Um so notwendiger ist es, daß wir, wenn über diese Fragen sprechen, nicht denken, es gehe jetzt vorrangig um eine Stärkung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern. Vielmehr geht es im Augenblick aus meiner Sicht vor allem um die Herstellung ihrer vollen Arbeitsfähigkeit, damit langfristig wirklich eine einheitliche deutsche Wissenschafts- und Forschungslandschaft mit einer vollzogenen europäischen Öffnung entstehen kann.

Herr Kuhlwein, mich hat der Besuch in Leipzig - Sie sind Realpolitiker; als solchen kenne ich Sie - nicht erschüttert. Wir wissen, wie schwierig solche Eingriffe in die Wissenschaft und die Hochschulen sind. Und ich gestehe aus konkreter Erfahrung: Ich weiß, was mit Hochschulreformen in der DDR alles angerichtet wurde. Es wird jetzt sehr viel über die ideologische Indoktrinierung gesprochen, es wird über die Entmündigung der Wissenschaft gesprochen. Aber ich möchte auch daran erinnern, daß der Wissenschaft und den Hochschulen mit diesen Hochschulreformen einheitliche Modelle aufgezwängt worden sind, daß es administrative Entscheidungen über Wissenschaftszweige, daß es Anweisungen zum Gesundschrumpfen von Wissenschaftsdisziplinen gegeben hat, daß Wissenschaftsstandorte leichtfertig verändert worden sind usw.

Mir scheint, wir unterliegen der Gefahr, diese Fehler heute zu wiederholen. Wenn wir die Fehler wiederholen, wird das langfristig katastrophale Auswirkungen für die Wissenschaftsentwicklung haben. (...)

Vizepräsident Hans Klein: Frau Kollegin Hega Otto, Sie haben das Wort.

Dr. Hega Otto (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein reichliches Jahr nach der formalen Wiedervereinigung Deutschlands blicken wir auf die Erfolge und Trümmer unserer Hoffnungen. Haben wir das Ziel, eine einheitliche, ausgewogene und freie Wissenschafts- und Hochschullandschaft zu schaffen, erreicht? Sind die dazu vom Einigungsvertrag vorgesehenen Schritte und Empfehlungen des Wissenschaftsrates und die Beschlüsse der Ausschüsse in die Tat umgesetzt worden?

Eine vielfach behinderte Wissenschaft hätte wohl kaum eine Chance, nach den Maßstäben einer freien und unbehinderten Wissenschaft evaluiert zu werden. Kann man von Chancengleichheit sprechen?

Das Ergebnis: Von 74000 Beschäftigten der industrienahen Forschung und Entwicklung blieben bedeutend weniger als ein Drittel übrig. Zahlreiche - natürlich nicht die schlechtesten - wanderten nach Westdeutschland ab oder folgten dem Ruf ins Ausland. Andere gingen in die technischen Dienstleistungen; die nennt man jetzt "überqualifiziert". Der Rest ist arbeitslos. Und das bei einer Industrie, in der nur knapp ein Viertel der Industrieerzeugisse jünger als zwei Jahre sind und nur jedes achte Unternehmen Produkt- und Prozeßinnovation durchführt. In der alten BRD ist es jedes zweite.

Die Prognose für die von den Betrieben losgelösten Forschungs-GmbHs ist nicht gut; denn ihre Auftraggeber sind verschwunden. Sie haben kein Startkapital, aber Probleme mit dem Eigentum und mit museumswürdiger Technik und Ausstattung. Ich frage Sie: Wie kann sich vor diesem Hintergrund der Staat aus der Verantwortung für diese Leute und für den Industriestandort Ostdeutschland schleichen?

Appelle an die westdeutsche Industrie, 5% ihres Forschungspotentials an die ostdeutschen Länder zu geben, haben erwartungsgemäß nichts gebracht. Im Gegenteil: Dumpingpreise von finanzkräftigen Westfirmen nehmen diesen jungen Betrieben noch die Aufträge aus der Hand. Nachgezogene Projektfördermittel, Überbrückungsfinanzierungen und geplante Innovationsförderprogramme sind gut, sie dienen aber nunmehr nur noch der Schadensbegrenzung. Strukturpolitische Programme von Anfang an, gemeinsam mit der Treuhand unter der Vision des Erhalts einer wertvollen Wissenschaftslandschaft in den Regionen, hätte jedenfalls mehr gebracht.

Die Abwicklung der ADW-Institute war eher ein Schlachtfest. Von 24000 F- und E-Beschäftigten sind 6500 Mitarbeiter in Institute übernommen worden. Aus 2000 versprochenen Stellen für das Wissenschaftlerintegrationsprogramms sind gerade 1750 übernommen worden.

Bei den Forschungs-ABM wurden von 2500 versprochenen Stellen bisher nur 789 bewilligt. Während KAI im Juli die löbliche Absicht bekundete, daß - gefördert durch den BMFT - ein Verfahren der Projektförderung in Verbindung mit ABM den Neuaufbau in den neuen Ländern flankieren sollte, lehnte die Bundesanstalt für Arbeit gerade dieses Projekt ab, da sie nicht "zusätzlich" seien. Überhaupt ist die Bundesanstalt für Arbeit der Meinung, daß man Wissenschaftler nicht gerade fördern muß, weil sie ja - ich zitiere - "am ehesten über die notwendige Flexibilität verfügen". Flexibel ist man aber auch, wenn man das Land verläßt.

Große Bedenken gibt es beim HEP-Programm. Es liegt klar auf der Hand, daß ein Jahr nicht ausreicht. Bei den Problemen, die die Hochschulen haben, braucht es Zeit; denn Eile ist kein guter Ratgeber. Selbst KAI fordert eine Verlängerung auf fünf Jahre. Das wäre eine angemessene Frist. Die Anlaufphase sollte aber in jedem Fall auf zwei Jahre verlängert werden. Für das Wissenschaftlerintegrationsprogramm wären auch Aninstitute denkbar; besonders im Blick auf die älteren Wissenschaftler.

Bei der Umstrukturierung der institutionellen Förderung fällt auf, daß die Lasten ganz listig den neuen Ländern aufgebürdet werden. Während in Westdeutschland für die gesamte außeruniversitäre Forschung das Verhältnis Bund/Länder 74 zu 26 beträgt, ist es in den neuen Ländern 59 zu 41. Es gibt also für die neuen Länder eine 1,6 mal höhere Belastung.

Die mittlere finanzielle Ausstattung pro Mitarbeiter beträgt in den alten Ländern 100.000 bis 200.000 DM, in den neuen Ländern nach Aufbesserung 129.00 DM - bei dem enormen investiven Nachholedarf ein mir völlig unverständlicher Ansatz. Gerade hier müßte wegen der Chancengleichheit kräftig in Bildung, Bausubstanz und apparative Ausstattung investiert werden. Das Wahlversprechen hieß 1990: "Gemeinsam schaffen wir's!".

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch noch an den Beschluß des Forschungsausschusses vom 12. Juni 1991, in dem Sozialpläne und Qualifizierungsmaßnahmen für die gefordert wurden, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Gerade jeder dreizehnte hat eine Übergangsfinanzierung bekommen. Stellen Sie sich bitte einmal vor, einem westdeutschen Wissenschaftler im Alter von 50 oder mehr Jahren, der 20

Jahre in einem Institut gearbeitet hat, stellte man vor diese Tatsache. Lautes Wehgeschrei und Proteste wären die Folge.

Ich muß das immer wieder annahmen: Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun. Am Schluß zitiere ich den Molekularbiologen Professor Jens Reich:

Die deutsche Einigung ist ein Epochenwechsel; sie ist zu wichtig, als daß sie für eine große Zahl Betroffener zur Erinnerung an ein gebrochenes Versprechen, an einen Dolchstoß werden darf.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Nunmehr erteile ich dem Abgeordneten Schmidt (Halsbrücke) das Wort.

Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ohne Forschung und Entwicklung ist wirtschaftlicher Aufschwung in den östlichen Ländern nicht möglich. Die Erhaltung und Konsolidierung der Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern ist deshalb eine zentrale Aufgabe deutscher Forschungspolitik. Konsolidieren heißt in diesem Zusammenhang, die Schwächen und Defizite, die Erblast des alten Systems sind, abzubauen und eine zukunftsorientierte und wettbewerbsfähige Forschungsstruktur aufzubauen. Konkret heißt dies, neue Forschungseinrichtungen zu gründen und lebensfähige zu erhalten.

Die Forschung in der ehemaligen DDR war wie der gesamte Staat zentralistisch organisiert. Sie litt, vor allem in der angewandten Forschung, unter von politischem Abgrenzungsdenken geprägten, die internationale Entwicklung häufig negierenden Forschungsschwerpunkten. Sie litt ferner unter dem Fehlen eines Forschungsmanagements. Und schließlich litt sie vor allem daran, daß Forschungsergebnisse meist nicht oder kaum umgesetzt werden konnten. Ich weiß, wovon ich rede. Mangelnde Ausrüstung wurden durch personelle Überbesetzung kompensiert.

In den Forschungseinrichtungen der ehemaligen DDR arbeiteten aber Wissenschaftler und technische Mitarbeiter mit hoher Motivation und sehr guter wissenschaftlich-fachlicher Ausbildung. An der fachlichen und intellektuellen Ebenbürtigkeit gegenüber westlichem Standard bestand und besteht auch heute kein Zweifel. Die zum Teil bemerkenswerten Ergebnisse von zum Teil internationaler Bedeutung entsprachen aber in erster Linie subjektiver Tüchtigkeit und persönlichem wissenschaftlichen Format, nicht einer weitsichtigen und effizienten Forschungspolitik der DDR. (...)

Bei der Umgestaltung der Forschungslandschaft sind zwei Aufgaben zu lösen. Erstens. Die Orientierung auf zukunftsträchtige und wettbewerbsfähige Forschungs- und Technologiefelder, für mich die Zukunftsaufgabe schlechthin und damit die Bereitschaft und der Wille zur fachlichen Flexibilität sowie zur Ausschöpfung der eigenen, wie ich glaube, nicht geringen Möglichkeiten. Zweitens. Die Behandlung der offenen sozialen Fragen, die für die in der Forschung Tätigen einen Übergang in einen sozial gesicherten Lebensabschnitt gewährleisten muß. (...)

Zur Hochschulforschung. Zuerst ist festzustellen, daß an den Hochschulen der ehemaligen DDR weit mehr Forschung betrieben wurde, als landläufig bekannt ist. Das aufgelegte Hochschulerneuerungsprogramm bietet gegenwärtig wertvolle Hilfe und Unterstützung, die Forschung an den Hochschulen zu verstärken und neu zu organisieren.

Etwa 2.000 Wissenschaftler der ehemaligen Akademie der Wissenschaften werden in die Hochschulforschung integriert. Es liegt auf der Hand, daß dieser Transfer nur mit einem Höchstmaß an Fingerspitzengefühl und Augenmaß sinnvoll zu realisieren ist. In diesem Zusammenhang wiederholen wir die am 4. Dezember 1991 vom Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung erhobene Forderung nach Verlängerung des Wissenschaftlerintegrationsprogrammes bis 1996.

Zur Situation in der Industrieforschung. Die Industrieforschung ist in den letzten Jahren vernachlässigt worden und noch vor der Vollendung der staatlichen Einheit zum Teil auch überstürzt privatisiert worden. Die Auftragssituation ist derzeit das schwierigste Problem in der Industrieforschung in den neuen Ländern. Aus dem eigenen Umfeld können zur Zeit aus verständlichen Gründen nicht ausreichend Aufträge gewonnen werden. Die Auftragsakquirierung in den alten Bundesländern hat trotz verbesserten Marketing wenig Erfolg gebracht.

Ich möchte deshalb auch hier und heute die westdeutsche Wirtschaft, vor allen Dingen die mittelständische auffordern, mehr Aufträge für Forschung und Entwicklung an industrieorientierte Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern zu vergeben. Mittlerweile wurden die mit der Industrieforschung befaßten Forschungs-GmbH's in den östlichen Bundesländern von der Treuhand evaluiert und in ihrer übergroßen Mehrheit als überlebens- und sanierungsfähig bewertet.

Der Bund wird in diesem Jahr die Industrieforschung mit 180 Millionen DM fördern und damit zum Ausdruck bringen, daß die Industrieforschung einen wichtigen und unverzichtbaren Bestandteil der Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern bildet.

Ich hatte zu Beginn von Übergangsmaßnahmen gesprochen. ABM in der Forschung hat sich als ein wirkungsvolles Instrument bewährt, durch Auftragsmangel zur Zeit gefährdete, für den Aufschwung aber notwendige Arbeitseinrichtungen und damit eingespielte Forschungsteams zu erhalten und ihr Auseinanderbrechen zu verhindern. ABM hat sich auch als besonders wertvoll erwiesen, wichtige Wissenschaftler und Mitarbeiter in den Institutionen zu halten und ihr Abwandern in die westlichen Bundesländer und in das Ausland zu verhindern.

Es ist erfreulich, festzustellen, daß dies jetzt auch für die außeruniversitäre Forschung möglich ist. Der BMFT und die Bundesanstalt für Arbeit haben dafür die notwendigen Voraussetzungen geschaffen. (...)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat nunmehr die Abgeordnete Frau Fischer (Gräfenhainichen).

Evelin Fischer (Gräfenhainichen) (SPD): Herr Präsident, Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige kurze Bemerkungen zum Antrag der SPD. Zunächst einmal, Kollegin Eichorn, bedanke ich mich, daß Sie auch der Meinung sind, 1,6 Milliarden DM seien für den Aus- und Neubau der Hochschulen zuwenig. Auch Sie peilen eine Summe von 2 Milliarden DM an. Ich hoffe, daß die 400 Millionen DM nicht allein in den Freistaat Bayern fließen, sondern daß auch die neuen Länder etwas davon abbekommen.

(Eckart Kuhlwein [SPD]: Aber Bayern scheint es nötig zu haben!)

- Ich habe das auch so erfahren.

(Eckart Kuhlwein [SPD]: Mehr Bildung nach Bayern!)

Die öffentliche Anhörung des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft vorgestern in Leipzig hat wohl den Beteiligten klargemacht, wie notwendig und dringend es ist, die Umstrukturierung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern zügig und zielorientiert vorzunehmen. Vor allem muß das Ende dieser Umstrukturierung für die beteiligten Studentinnen und Studenten, für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer Zukunft eröffnen und gleichzeitig absehbar sein.

Deshalb fordern wir in unserem Antrag die Bundesregierung auf, bis Ende Mai 1992 einen Bericht vorzulegen, der uns Klarheit darüber verschafft, wie die Bundesregierung die Empfehlungen des Wissenschaftsrates umsetzen wird, welche damit verbundenen Entscheidungen von Bund und Ländern sie treffen und welche Maßnamen sie angesichts der so drängenden Probleme im Wissenschafts- und Hochschulbereich ergreifen wird.

Wir setzen in unserem Antrag ein Datum, weil zum einen die Haushaltsentscheidungen anstehen und zum anderen die lähmende soziale Unsicherheit an den Hochschulen aufhören muß. Es läßt doch aufhorchen, wenn Professor Dr. Weiss aus Leipzig darauf hinweist, daß von seiner Hochschule innerhalb eines Jahres 20 Hochschullehrer abgewandert sind, weitere 20 Gastprofessoren an westlichen oder ausländischen Hochschulen oder Universitäten angenommen haben und sie immer öfter um eine Verlängerung ihrer Verträge nachsuchen. Das spricht für die Trostlosigkeit im Bereich von Forschung und Lehre. (...)

Als Mitglied des Bundestages, das aus den neuen Ländern kommt, erlebe ich die Umstrukturierung der ostdeutschen Wissenschafts-und Hochschullandschaft mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Gestatten Sie mir als Opposition, daß ich hier etwas näher erläutere, weshalb ich die Umstrukturierung mit einem weinenden Auge sehe. Die Übertragung des westdeutschen Hochschulsystems hat uns - möglicherweise auch die westdeutsche Hochschullandschaft - um die Chance einer Weiterentwicklung und einer Reformierung des Systems insgesamt, insbesondere unter der Perspektive des vereinten Europas gebracht. Auch das westdeutsche Hochschulsystem steckt ja - dies geht aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrates hervor - in einer tiefen Krise. Die Motivation bei uns, die Motivation aller Mitarbeiter an den Hochschulen und im Wissenschaftsbereich war nach der Wende sehr stark, nun endlich nach jahrelanger Reglementierung und Gleichstellung neue Strukturen zu entwickeln und innovativ zu wirken. Die Ernüchterung kam ziemlich schnell. - Dies nicht deshalb, weil Stellen abgebaut werden müssen - das war uns allen klar -, sondern deshalb, weil Chancen vertan wurden, Alternativen zu entwickeln und somit eine Hochschulerneuerung in Ost und West zu erreichen. (...)

Wir wissen, daß das Verhältnis Lehrende zu Lernenden in den DDR-Hochschulen besser war als in der Bundesrepublik. Die Gruppe der Studienabbrecher war kleiner, die Studienzeit war kürzer: 9,1 Semestern im Osten stehen 14,2 Semestern im Westen gegenüber; 75% Examinierte im Osten gegenüber 50 % Examinierten im Westen.

Eine Verschiebung der Verhältnisse, das heißt eine Anpassung an die westlichen Verhältnisse, betrifft im übrigen insbesondere den Mittelbau. Dieser Gruppe müssen wir jedoch gerade unsere Aufmerksamkeit schenken; denn in diesem Bereich arbeiten erfahrungsgemäß viele, die sich dem SED-Regime ideologisch weniger oder gar nicht angepaßt haben, die dadurch nicht in höhere Positionen gelangten und die nun vom Personalabbau besonders hart betroffen sind.

An meiner Kunsthochschule in Halle reduzierte sich der akademische Mittelbau von 1989 bis 1991 um 38%. Weil die Personalkommission ihre Arbeit noch nicht abgeschlosen hat, sind weitere Reduzierungen zu erwarten. Derzeit sind an der Hochschule - inklusive Verwaltung - noch 235 Mitarbeiter beschäftigt. Bis Ende des Jahres werden davon noch einmal 59 Stellen abgebaut. Ein nicht unerheblicher Anteil geht zu Lasten des Akademischen Mittelbaus. (...)

An vielen Hochschulen ist die Stimmung nicht nur lähmend wegen der unsicheren Zukunft, weit mehr wirkt die Bitterkeit über die geringen Chancen erhoffter Gerechtigkeit. (...)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat nunmehr der Herr Abgeordnete Dr. Päselt.

(Zuruf von der SPD: Nicht nur von Gotha erzählen! Es gibt auch noch etwas anderes!)

Dr. Gerhard Päselt (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir begrüßen den Antrag der SPD-Fraktion zum Thema Stärkung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern und im geeinten Deutschland, gibt er uns doch die Möglichkeit, uns im Bundestag mit dem Problem zu beschäftigen. Wie die Debatte zeigt, liegen die Fraktionen ja gar nicht so weit auseinander. Die einen sehen es etwas mehr schwarz, die anderen etwas mehr weiß. Ich sage es einmal so, ohne hier auf Parteifarben zu achten. (...)

Einen neuen Hochschultyp stellt für die ehemalige DDR die Fachhochschule dar. Dieser an den Anforderungen der Wirtschaft ausgerichtete Hochschultyp sollte nun zügig errichtet werden. Die ersten sind gegründet worden, weitere werden folgen. Da hier bemängelt wurde, daß Frau Eichhorn Bayern erwähnt hat, muß ich sagen: Auch wir sind da, Frau Kollegin Fischer, um unseren Anteil einzufordern. Es sollte aber vermieden werden, daß wir nur an die neuen Bundesländer denken. Es muß erkannt werden, daß es Probleme in dieser Hinsicht auch in den alten Bundesländern gibt. (...)

Die Wissenschafts- und Forschungslandschaft in der ehemaligen DDR war historisch gekennzeichnet durch eine Konzentration auf regionale Bereiche, wobei das Land Sachsen die höchste und das Land Brandenburg die geringste Dichte aufweisen. Zum Teil handelt es sich um Bildungseinrichtungen mit ehrwürdiger Tradition und einmaligem Charakter. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates haben dem leider nicht immer Rechnung getragen, so daß an einigen Stellen der Vorwurf eines nicht allzu sensibelen Vorgehens erhoben wird.

Fach- und Ingenieurschulen wurden in der Regel nicht mitbewertet und sollten nur in den wenigsten Fällen in Fachhochschulen

umgewandelt werden. Dies bringt, sowohl was die Schulen als auch die Absolventen betrifft, Probleme, über die hier bereits mehrfach berichtet wurde und die heute nicht weiter erörtert werden sollen. (...)

Zu letzten möchte ich zum Ausdruck bringen, daß wir in den neuen Bundesländern das einmalige Kunststück fertigbringen sollen, möglichst ohne Geld mit Beratern aus den alten Bundesländern die Fehler der alten Bundesrepublik nicht zu wiederholen. Frage: Wie sollen wir das machen?

(Frau Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink [F.D.P.]: Wenn wir das wüßten, dann wären wir weiter!)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Nunmehr erteile ich dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft das Wort.

Dr. Rainer Ortleb, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! (...) Es ist keine leichte Aufgabe, die Voraussetzungen für das Zusammenwachsen der deutschen Hochschullandschaft zu schaffen. Auch hier trifft mehr als 40 Jahre nicht gemeinsam gelebte Geschichte aufeinander. In dieser schwierigen Situation halte ich es für e ,en wissenschaftspolitischen Glücksfall, daß mit der Existenz eines unabhängigen Beratungsgremiums mit hohem Sachverstand eine Einrichtung zur Verfügung stand, die im Prozeß des Zusammenwachsens erste zentrale Orientierungspunkte zu setzen vermochte. Dieses Gremium ist der Wissenschaftsrat. Seine Aufgabe ist es, wissenschaftsinterne Aspekte für das Handeln der Politiker in Bund und Ländern zu formulieren. Zu Recht wurde gesagt: Wenn es den Wissenschaftsrat nicht gegeben hätte, spätestens jetzt hätte man ihn erfinden müssen.

Der Wissenschaftsrat hat auf der Grundlage des Art. 38 des Einigungsvertrages die außeruniversitäre Forschung in den neuen Bundesländern evaluiert und Empfehlungen zur Einpassung in die Forschungslandschaft ausgesprochen. Für die Entwicklung der Hochschulen hat er fächerbezogene Strukturempfehlungen erarbeitet. Den Arbeitsauftrag dafür erhielt er bereits im Sommer 1990.

Der Wissenschaftsrat konnte die ihn gestellte Aufgabe, die von der Sache her äußerst schwierig war und in der deutschen Wissenschaftsgeschichte ohne Beispiel ist, mit einer einmaligen Kraftanstrengung hervorragend lösen. Hierfür gebührt den in den verschiedenen Arbeitsgruppen tätigen Wissenschaftlern des Wissenschaftsrates hohe Anerkennung. Das Verfahren zur Integration von Forschung und Wissenschaft hat dadurch einen Anfang genommen, der den Geist kollegialer Fairneß und innerwissenschaftlicher Expertise in den Dialog mit den Vertretern des Bundes und der Länder einbrachte.

Der Wissenschaftsrat konnte es mit seinen Empfehlungen gleichwohl nicht allen recht machen. Es ist unvermeidlich, daß an seinen Empfehlungen aus unterschiedlichen Blickwinkeln auch Kritik angebracht wird, die im Einzelfall aus der Sicht partikularer Interessen verständlich ist. Von gelegentlichen Irrtümern ist im übrigen niemand frei. Dafür sind gewiß auch hoher Zeitdruck und die von vornherein bewußten eingeschränkten Möglichkeiten für die Umsetzung der Empfehlungen mit verantwortlich. Zahlreiche Kompromisse mußten gefunden werden. Für unangebracht halte ich allerdings Kritik am grundsätzlichen Verfahren der Begutachtung. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf die internen und nichtöffentlichen Beratungen des Wissenschaftsrates.

Ich erinnere daran, daß der Wissenschaftsrat ein Beratungsorgan der Regierungen des Bundes und der Länder ist. (...) Folgerichtig richten sich die Ratschläge des Wissenschaftsrates in erster Linie an die Regierungen von Bund und Ländern. Sie können von diesen befolgt werden oder nicht.

Selbstverständlich können die Beratungen der zuständigen Minister im Wissenschaftsrat mit den wissenschaftlichen Mitgliedern parlamentarische Entscheidungsprozesse nicht substituieren oder auch nur faktisch ersetzen. Sie ändern auch nichts an der Verantwortlichkeit der Minister für ihren Zuständigkeitsbereich. Eine Empfehlung des Wissenschaftsrates ersetzt auch nicht die Entscheidung des Ministers, die dem Parlament gegenüber zu vertreten ist.

Soweit ich dem Antrag der SPD-Fraktion Kritik an diesem Verfahren oder an der bisherigen Unterrichtung des Parlaments durch den Kollegen Riesenhuber und mich herauslese, muß ich diese - lassen Sie mich das deutlich sagen - zurückweisen. (...)

In interpretiere ihren Beitrag, Herr Kollege Kuhlwein, auch so, daß Sie ungeduldig darauf drängen, die strukturellen und finanziellen Konsequenzen aus den ersten Erfahrungen mit der Neugestaltung der Hochschullandschaft in den neuen Ländern im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, der Weiterentwicklung der Forschungsförderung und der Sonderfinanzierung im Rahmen des Hochschulerneuerungsprogramms zu diskutieren. Es versteht sich von selbst, daß auf dem Wege der Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates in Bund und Ländern erst ein Teilstück zurückgelegt werden konnte. Auch erscheint es mir angebracht, Verständnis dafür zu haben, daß die Länder im Rahmen ihrer Zuständigkeit Zeit brauchen, um ihre eigene Hochschulpolitik zu formulieren und mit ihren Finanzierungsmöglichkeiten abzugleichen.

Darüber hinaus braucht die Entwicklung quantitativer Zielvorstellungen allein schon wegen der methodisch schwierigen Bestandsaufnahme und der notwendigen Abstimmung mit den Ländern Zeit. Der Planungsausschuß für den Hochschulbau hat bereits am 11. Juli 1991 einen Arbeitsvertrag zur Überprüfung der bisherigen Ausbauziele und zur Entwicklung neuer Vorschläge erteilt. Das alles können wir nicht übers Knie brechen, obwohl mir manches in den Ländern zu langsam geht.

Ich hätte mir daher gewünscht, daß die Opposition mit ihren Berichtsforderungen - zumal ich gerade erst umfassend und zu ihrer Zufriedenheit, so hoffe ich jedenfalls, im Ausschuß berichtet habe - etwas mehr Augenmaß für die Interessen und Belange der Länder und auch für die Sache aufbringt. Das gilt insbesondere auch für den Zeithorizont Ihrer Berichtsforderungen. Sie werden nicht im Ernst annehmen, daß ich die Konsequenzen aus dem Stand der Hochschulplanung vor der Abstimmung der Belange dieses Bereiches mit den anderen Bundesaufgaben im Zusammenhang mit der Einbringung des Bundeshaushaltes darlegen kann. Gleichwohl werde ich mich ihrem Antrag nicht widersetzen, da ich jederzeit bereit bin, den Stand meiner Meinungsbildung im Bereich der Hochschulpolitik in diesem Hause und in seinen Ausschüssen zu vertreten.

KONFERENZ DER STUDENTiNNENSCHAFTEN

Koordinierungsrat
Unter den Linden 6
O-1086 Berlin
Tel/Fax: (0037 2) 20 315 282
Fax: über HUB (0037 2) 20 93 2770

Erklärung
des Koordinierungsrates der Konferenz der StudentInnenschaften (Ost) (KdS)
zu der Liste der DDR-Bildungsabschlüsse,
die gemäß des Beschlusses der Kultusministerkonferenz (KMK) über die Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen vom 10./11. Oktober 1991 anerkannt werden

---

Der Beschluß der Kultusministerkonferenz betrifft ausschließlich die an staatlichen Hochschulen, kirchlichen Ausbildungsstätten sowie an Fach- und Ingenieurschulen in der DDR erworbenen Abschlüsse. Ausgenommen wurden:

- die Abschlüsse, die in der alten Bundesrepublik staatlichen Prüfungsordnungen unterliegen; für diese wurden besondere Vorschriften im Rahmen des Einigungsvertrages oder in anderen rechtlichen Vorschriften getroffen;
- die Abschlüsse der militärischen Hochschulen;
- die an Industrieinstituten erworbenen Abschlüsse.

Die KMK hat die Abschlüsse der einzelnen Hochschulen getrennt aufgeführt und in vier verschiedene Kategorien unterteilt:

- *Fallgruppe 1*: der Abschluß ist mit einem Abschluß gleichwertig, der an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule in der ehemaligen Bundesrepublik erworben wurde;
- *Fallgruppe 2*: der Abschluß ist niveaugleich mit einem Abschluß, der an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule in der ehemaligen Bundesrepublik erworben wurde; die Ausbildung war jedoch unmittelbar auf das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR ausgerichtet, so daß hinsichtlich der Studieninhalte erhebliche systembedingte Unterschiede bestehen;
- *Fallgruppe 3*: der Abschluß ist einem Abschluß gleichwertig, der an einer Fachhochschule erworben wurde;
- *Fallgruppe 4*: der Abschluß ist niveaugleich mit einem Fachhochschulabschluß; die Ausbildung war jedoch unmittelbar auf das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR ausgerichtet, so daß hinsichtlich der Studieninhalte erhebliche systembedingte Unterschiede bestehen.

Namens der KdS formulieren wir an der Liste fünf grundsätzliche Kritiken:

1. Hinter der gewählten Einteilung in die vier verschiedenen Fallgruppen steht eine beeindruckende Arroganz: Die höchsterreichbare Qualifizierung der DDR-Studiengänge ist "gleichwertig mit westdeutschen Universitätsabschlüssen". Mit anderen Worten: Der *unübertreffbare* Maßstab für die Bewertung von jeglichen Studienabschlüssen sind hier die westdeutschen Studiengänge. Schon der Ansatz für die Eingruppierung wurde also derart gewählt, daß eine Möglichkeit prinzipiell ausgeschaltet ist: Ein DDR-Abschluß kann unter gar keinen Umständen ggf. besser bewertet werden als ein Abschluß an westdeutschen Universitäten, also an Einrichtungen, die von kompetenter Seite sinnfällig mit "verrottet" beschrieben werden (Wissenschaftsratsvorsitzender Dieter Simon im SPIEGEL 50/1991).

2. Die Einordnung der Studienabschlüsse in die verschiedenen Fallgruppen wird rein formal vorgenommen. Sie orientiert sich am Namen (d.h. Status) der jeweiligen DDR-Hochschule. Universitäten, Technische Universitäten und Technische Hochschulen landen in Fallgruppe 1 oder 2. Ingenieurhochschulen finden sich in Gruppe 3 oder 4 wieder.

Die Problematik wird deutlich, wenn AbsolventInnen eines bestimmten Jahrgangs einer Ingenieurhochschule sich jetzt als FH-AbsolventInnen eingeordnet sehen, diejenigen jedoch, die an derselben Hochschule ein Jahr darauf abschlossen, nun zu Uni-AbsolventInnen geadelt werden - aus dem einzigen Grund, weil die Einrichtung zwischenzeitlich zur "Technischen Hochschule" erhoben worden war, ohne daß sich im Lehrbetrieb Grundlegendes geändert hätte.

Die formale Sortierung der Abschlüsse wird nur an wenigen Stellen durchbrochen. Doch auch dort ist keine systematische Logik erkennbar.

So werden etwa die Diplome der TH Leipzig mit Ausnahme des Bauingenieurwesens und der Wirtschaftswissenschaften als FH-Abschlüsse qualifiziert. Als Hintergrund darf die Empfehlung des Wissenschaftsrates vermutet werden, das Bauingenieurwesen und die Wirtschaftswissenschaften an die Universität zu überführen und aus dem "Rest" die neue FH Leipzig zu konstituieren. Eine Empfehlung für die *Zukunft* wird also zur *retrospektiven* Bewertung von Vergangenem benutzt.

Gleichzeitig ist auch dieses Verfahren wiederum nicht systematisch durchgehalten worden. So werden bspw. die agrarwissenschaftlichen Diplome der Leipziger Universität in Fallgruppe 1 eingeordnet, obwohl die Leipziger Agrarwissenschaften durch den Wissenschaftsrat negativ evaluiert worden sind - konsequenterweise mit der Empfehlung der Auflösung. Dies stützt wiederum einen anderen Verdacht, der sich bereits früher im Zusammenhang mit der besagten Negativ-Evaluierung aufdrängte: Daß diese Bewertung ihre *eigentliche* Ursache darin hatte, daß der Wissenschaftsrat es als unangebracht empfand, in zwei fünfunddreißig Kilometer voneinander entfernten Orten - Halle und Leipzig - jeweils eine universitäre Agrarwissenschaft zu unterhalten: daß die Evaluierung folglich wissenschaftspolitisch instrumentalisiert worden ist.

3. In der in Rede stehenden Liste fehlen einige Abschlüsse, die nach ihren formalen Kriterien hineingehörten. So vermissen wir bspw. den Philosophie-Abschluß der Leipziger Universität. Da alle anderen in der DDR erlangbaren Philosophie-Diplome Erwähnung finden, muß eine Leipziger Besonderheit als Ursache des Fehlens

vermutet werden: In Leipzig lief der Philosophie-Studiengang seit 1968 unter dem Fachrichtungstitel "Lehrer für Marxismus-Leninismus". Dies war eine administrative Entscheidung gewesen, deren Auswirkung auf das Studienprogramm allein darin bestand, daß die Studierenden zusätzlich Crash-Kurse in Psychologie, Pädagogik und Methodik belegen mußten. Ansonsten glich das Studium inhaltich dem in Halle, Jena, Berlin und Greifswald - weswegen auch in Leipzig mit dem akademischen Grad "Dipl.-Phil." abgeschlossen wurde. Zudem gab es auch vor 1968 - also vor der Einführung des Fachrichtungstitels "ML-Lehrer" - schon Philosophie-AbsolventInnen in Leipzig, die nun gleichfalls keinen gesamtdeutsch anerkannten Abschluß besitzen.

Die unter 1. - 3. von uns an der KMK-Liste kritisierten Aspekte hätten nur einer Voraussetzung vermieden werden können - womit wir bei unserem entscheidenden Kritikpunkt wären:

4. Es fand keine Evaluierung der Studienprogramme statt. Diese allein hätte eine begründete Qualifizierung der in der DDR erlangten fach- und hochschulischen Abschlüsse gestattet. Da eine solche Evaluierung nicht erfolgte, ist die Liste angreifbar.

5. schließlich ist nicht zu akzeptieren, wenn der KMK-Beschluß und die anhängende Liste Grundlage dafür sind, *heute* Studierenden einen Abschluß zu geben, den sie bei ihrer Immatrikulation nicht angestrebt hatten. StudentInnen an Einrichtungen bzw. Fachrichtungen, die nach der Liste als FH-Abschlüsse eingeordnet werden, obwohl sie bislang an Hochschulen mit universitärem Charakter stattfanden, haben Anspruch auf Vertrauensschutz. es muß gewährleistet sein, daß sie einen dem bisherigen Charakter ihrer Hochschule entsprechenden Abschluß bekommen, also ein universitäres Hochschul- statt ein FH-Diplom.

Den von Beschluß und Liste negativ Betroffenen bzw. sich ungerecht behandelt Fühlenden kann nur empfohlen werden, sich gegen die Empfehlungen zu wehren, bspw. vor Gericht die Fundiertheit der Liste nachprüfen zu lassen. Die KdS bietet sich an, entsprechende Aktivitäten heute Studierender zu koordinieren. Die Gewerkschaften sind aufgefordert, ihren im Beruf stehenden betroffenen Mitgliedern dabei den notwendigen Beistand zu gewähren.

Berlin, den 23. März 1992

Koordinierungsrat der KdS